Wie die Medien den Wahlkampf beeinflussen, S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 37 – 15. September 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Wähler tasten im Nebel: Doch schemenhaft zeichnet sich ab, was nach der Wahl blüht

Bild: Mauritius

Die Wahrheit – danach

Merkel verhüllt ihre wirklichen Absichten – was ab Oktober auf uns zukommt

Ob bei der Zuwanderung oder beim Euro: Die Deutschen werden sich auf böse Überraschungen gefasst machen müssen.

Eigentlich sollen die Bürger bei Wahlen darüber entscheiden, wie es nach dem Urnengang weitergeht. Dafür müssten ihnen die Kandidaten allerdings sagen, was sie wirklich vorhaben. In keinem Wahlkampf der Bundesrepublik aber haben die großen Akteure, allen voran die amtierende Kanzlerin, ihre tatsächlichen Absichten so dreist verhüllt wie in dem des Jahres 2017.

Dies betrifft nicht allein die Zuwanderungspolitik. Merkel will um jeden Preis erst Anfang 2018 entscheiden, ober der ohnehin fragwürdige und integrationspolitisch hochriskante, massenhafte Nachzug syrischer Familien noch einmal deutlich ausgeweitet wird. Der Aufschub kann nur einen Grund haben: Die Ausweitung ist in Wahrheit längst entschieden, man will es den Wählern nur noch nicht sagen.

Weniger im Blickfeld der Öffentlichkeit stehen überdies in der Euro-Zone gravierende Weichenstellungen bevor, die Deutschland zusätzlich massiv belasten werden. Es geht um einen eigenen Haushalt für die Euro-Zone. Er soll beträchtliche Milliarden-Summen betragen, wenn es nach dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron geht. Merkel hat nichts dagegen, spricht jedoch davon, dass der Haushalt zunächst nicht gleich „Hunderte von Milliarden Euro“, sondern „erst einmal“ kleinere Beträge umfassen solle.

> In nie gekanntem Maß soll deutsches Geld abfließen

„Erst einmal“ kleinere Beträge: Per Salami-Taktik werden die Deutschen in die Falle gelotst. Die volle Dimension des Vorhabens wird „erst einmal“ vernebelt. Wenn die ganze Rechnung auf uns zurollt, ist alles längst entschieden.

Motiv der aktuellen Operation ist pure Not: Der Euro ist gescheitert, die Europäische Zentralbank (EZB) gerät mit ihren Manipulationen (Nullzins) und der (eigentlich vertraglich verbotenen) Übernahme von Staatsschulden in ihre Bücher an Grenzen. Frankreich indes benötigt dringend Geld. Wenn die EZB nicht mehr helfen kann, muss es aus Deutschland kommen. Zahlt Berlin nicht, droht das Euro-Gespinst schon sehr bald zu platzen. Ergo muss ein neuer Kanal her, der noch mehr deutsches Geld in andere Länder leitet – dies ist der „gemeinsame Haushalt der Euro-Zone“.

So soll das unvermeidliche Fiasko der Einheitswährung noch einmal hinausgezögert werden. Denn der offensichtliche Zusammenbruch dieses Systems würde auch die Verantwortlichen in Berlin blamieren, wenn nicht hinwegspülen. Nützen wird das Manöver am Ende nichts, der Schaden, insbesondere für die Deutschen, wird dadurch nur sogar größer. Doch soweit denkt Politik heute nicht mehr. Oder es schert sie nicht.

Die Euro-Partner, allen voran Paris, achten die Belange der wahlkämpfenden Kanzlerin und halten sich derzeit mit konkret bezifferten Geldforderungen zurück. Ist der Urnengang gelaufen, wird diese Zurückhaltung nicht mehr nötig sein. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Übergeschnappt

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen scheint kurz vor dem (hoffentlich endgültigen) Ende ihrer Amtszeit nicht zu wissen, wohin mit Geld, Soldaten und Gerät. Sie will den Vereinten Nationen kurzfristig Personal und Material für Friedensmissionen zur Verfügung stellen. Konkret geht es unter anderem um Stabspersonal, Militärbeobachter, ein Feldjägerbataillon, ein „maritimes Expertenteam“, eine Aufklärungskompanie, mobile Trainingsteams zur Einsatzausbildung, meteorologische Dienste, operative Kommunikationsfähigkeiten, zivil-militärische Spezialisten, Minenspezialisten, ein Feldhospital sowie Lufttransport – alles Dinge, die ohnehin knapp und teuer sind. Deutschland wolle sich „nun auch im Bereich militärischer Unterstützungskomponenten mit einem Spektrum von hochwertigen Fähigkeiten der Bundeswehr“ in die UN-Friedensmissionen einbringen, heißt es zur Begründung aus von der Leyens Ministerium.

Das klingt so, als ob sich Deutschland bisher aus den UN-Einsätzen heraushalten würde. Das ist jedoch absolut nicht der Fall. Die Vereinten Nationen haben 193 Mitgliedstaaten. Von diesen leistet Deutschland den viertgrößten finanziellen Beitrag zum Blauhelm-Etat. Außerdem befinden sich derzeit über 1000 Bundeswehrsoldaten für die UN im Einsatz, darunter 900 in der außerordentlich gefährlichen Mission in Mali. Es gibt also keinen Grund, Deutschlands Engagement in dieser Hinsicht zu verstärken – außer, man will es mit dem Leben deutscher Soldaten den Anspruch Deutschlands auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat unterstreichen. Bei von der Leyen ist aber eher davon auszugehen, dass sie langsam überschnappt.

Auf tönernen Füßen

Haushaltsplan der Bundesregierung hat vermutlich keinen Bestand

Die Bundesregierung hat den Finanzplan des Bundes 2017 bis 2021 vorgelegt. Neben den Ansätzen für den Haushaltsentwurf 2018 enthält der Finanzplan die Eckpfeiler für die Etats der Jahre 2019 bis 2021. Ausgaben und Einnahmen sollen demnach von 329,1 Milliarden Euro (Soll 2017) auf 356,8 Milliarden Euro im Jahr 2021 steigen. Eine Neuverschuldung ist nicht vorgesehen.

Größter Ausgabeposten in den genannten Jahren sind Rentenversicherungsleistungen des Bundes. Sie steigen von 91 Milliarden Euro (Soll 2017) auf 103,3 Milliarden Euro im Jahr 2021. Die Steuereinnahmen des Bundes sollen von 308 Milliarden Euro (Soll 2017) auf 341,6 Milliarden Euro steigen, das Gesamtsteueraufkommen im selben Zeitraum von 732,4 Milliarden Euro auf 852,2 Milliarden Euro.

Der Etatentwurf der Bundesregierung für den Haushalt 2018 sieht Ausgaben und Einnahmen in Höhe von jeweils 337,5 Milliarden Euro vor. 2017 waren es jeweils 329,1 Milliarden Euro. Eine Neuverschuldung ist laut Bundesregierung nicht vorgesehen.

Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sollen im Jahr 2018 bei 309 Milliarden Euro liegen (2017: 301 Milliarden Euro). Rund 8,1 Milliarden Euro sollen aus der in den vergangenen Haushaltsjahren gebildeten Rücklage für Kosten im Zusammenhang mit der sogenannten Flüchtlingskrise entnommen werden.

Die größten Etatzuwächse betreffen die Haushalte der Bundesministerien für Arbeit und Soziales (+3,4 Milliarden Euro auf 140,9 Milliarden Euro), Verteidigung (+1,5 Milliarden Euro auf 38,5 Milliarden Euro) sowie Wirtschaft und Energie.

Die Bundesregierung geht selbst davon aus, dass ihr Haushaltsgesetzentwurf der „Diskontinutität anheimfallen“ wird. Damit ist gemeint, dass sich mit Antritt einer neuen Bundesregierung in der kommenden Wahlperiode Änderungen bei der Haushaltsplanung ergeben dürften. *Jan Heitmann*

Kauderwelsch zur Wahl

Studie: Wahlprogramme der Parteien in weiten Teilen unverständlich

Die Programme der Parteien zur Bundestagswahl sind für viele Laien unverständlich. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse von Kommunikationswissenschaftlern der Universität Hohenheim in Stuttgart. „Mit ihren teilweise schwer verdaulichen Wahlprogrammen schließen die Parteien einen erheblichen Teil der Wähler aus und verpassen damit eine kommunikative Chance“, resümiert Frank Brettschneider, der Leiter der Studie.

Die Wissenschaftler suchten mit Hilfe einer Software unter anderem nach überlangen Sätzen, Fachbegriffen, Fremdwörtern und zusammengesetzten Wörtern. Anhand dieser Merkmale bilden sie den „Hohenheimer Verständlichkeitsindex“, der von 0 (völlig unverständlich) bis 20 (sehr verständlich) reicht. Das Ergebnis: Im Durchschnitt liegt die Verständlichkeit der Bundestagswahlprogramme bei 9,1. Insgesamt schneidet das Programm von CDU/CSU mit einem Wert von 10,8 noch am besten ab. Die Grünen liegen mit 10,0 auf Rang 2. Auf den dritten Platz kommt die Linkspartei mit 9,3, gefolgt von FDP (9,1), SPD (8,4) und AfD (7,3).

Die Programme aller Parteien enthalten zahlreiche Fremd- und Fachwörter. Als Beispiele nennt die Studie: „Race to the Top“ (Die Grünen), „Braindrain“ (Die Grünen), „Failed States“ (AfD), „Economic Partnership Agreements“ (SPD), „Genome-Editing“ (FDP), „Small Banking Box“ (FDP), „Share Deals“ (Die Linke) oder „one-in, one-out-Regel“ (CDU/CSU). Eine ähnlich abschreckende Wirkung haben Wortzusammensetzungen oder Nominalisierungen, durch die einfache Begriffe zu Wort-Ungetümen wie beispielsweise „Erwerbsminderungsrentnerinnen“ (Linkspartei, SPD), „Statusfeststellungsverfahren“ (FDP) oder Mindestlohndokumentationspflichtenverordnung“ (FDP) werden.

Auch zu lange Sätze erschweren das Verständnis. Der längste findet sich bei der FDP mit 90 Wörtern. Aber auch bei allen anderen Parteien tauchen überlange Sätze mit mehr als 50 Wörtern auf. *J.H.*

MELDUNGEN

Tausende Türken wollen Asyl

Berlin – Seit Sommer vergangenen Jahres haben über 6700 Türken in gehobenen Positionen Deutschland um Schutz vor Verfolgung gebeten. Darunter befinden sich etliche Personen mit Diplomatenstatus sowie rund 500 Offiziere der türkischen Armee. Ebenso zählen dazu ein führender Beamter der türkischen Nationalpolizei und der türkische Verbindungsbeamte zum deutschen Bundeskriminalamt. Wie viele Türken inzwischen heimlich Unterschlupf bei ihren bereits in Deutschland lebenden Angehörigen oder befreundeten Familien gefunden haben und dort illegal leben, ist den deutschen Sicherheitsstellen unbekannt und auch nur schwer abzuschätzen. *F.W.S.*

Bundesarchiv soll NS-Opfer nennen

Berlin – Der Petitionsausschuss des Bundestages unterstützt die Forderung, den Zugang zu den Akten des Bundesarchives bezüglich der während des „Euthanasie-Programms" im Rahmen der „Aktion T4" eingesperrten, deportierten und getöteten Menschen zu erleichtern und die Namen der Opfer öffentlich zu nennen. In der Petition wird kritisiert, dass die Namen der Opfer, bei denen es sich insbesondere um Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen handle, die systematisch ermordet worden seien, bisher nicht veröffentlicht worden seien. Im Gedenken an alle Opfer müsse die Wahrheit endlich veröffentlicht und müssten deren Namen bekannt gemacht werden. „Andernfalls würde man im Ergebnis die Interessen der Täter unterstützen", heißt es in der Petition. Dass die Untaten des NS-Regimes zur „Vernichtung unwerten Lebens" in Forschung, Lehre und Bildung in den vergangenen Jahrzehnten hinreichend berücksichtigt wurden, ignorieren die Petenten ebenso wie die erheblichen datenschutzrechtlichen Bedenken gegen ihr Vorhaben. *J.H.*

Alles andere als Fachkräfte

Berlin – Die Bundesregierung hat den Fortschrittsbericht 2017 zu ihrem Fachkräftekonzept vorgelegt. Dieser enthält am Schluss ein Kapitel „Arbeitsmarktintegration und Potenziale Schutzsuchender". Erwartungsgemäß vertritt die Regierung darin die These, die Integration der seit 2015 eingewanderten „überwiegend jungen Schutzsuchenden" biete die Chance, „mittelfristig die Fachkräftebasis zu sichern". Die nüchternen Zahlen, um deren Nennung die Bundesregierung für sie misslicherweise nicht umhinkommt, widerlegen diese These jedoch. Demnach haben neun Prozent der Zugewanderten gar keine Schule besucht, zehn Prozent besuchten eine Grundschule und weitere 31 Prozent „eine Form der Mittelschule". Über ein Drittel hat eine „weiterführende Bildungseinrichtung" besucht. Zwei Drittel sind zehn Jahre und mehr auf eine allgemeinbildende Schule gegangen. Bei diesen Angaben ist zu berücksichtigen, dass das Schulniveau beispielsweise in Syrien weit unter dem in Deutschland liegt. Die Bundesregierung weist also selbst nach, dass es sich bei den Immigranten um alles andere als um Fachkräfte handelt. *J.H.*

Die getürkte CDU

Wie die Christdemokraten von türkisch-islamischen Extremisten unterwandert werden

Der Streit ist derzeit groß zwischen Erdogan und Merkel, zwischen türkischer AKP und deutscher CDU. Vielleicht streben deswegen so viele Immigranten mit türkischen Wurzeln zu den Christdemokraten und dort in einflussreiche Positionen. Möchten sie die Volkspartei nach ihren oftmals extremen Vorstellungen beeinflussen? Viele pflegen intensive Kontakte zu Gruppierungen wie den nationalistischen Grauen Wölfen oder den Demokratiefeinden der Milli-Görus-Bewegung.

Muslime in der „christlichen" CDU? Das geht, und da läuft noch viel mehr im Namen des Propheten. Es gibt sogar Muslime in der CDU, die sich Sorgen machen, dass die Union vom politischen Islam unterlaufen wird. So warnt Salih Tahusoglu, Mitglied im Bundesvorstand der Christlichen Arbeitnehmerschaft, in der Online-Zeitung „Huffington Post": „Der politische Islam ist mit unseren Werten grundsätzlich nicht vereinbar. Er darf weder in der CDU noch in sonst einer deutschen Partei einen Platz bekommen."

Was dem liberalen Moslem konkret aufstößt, ist die im letzten Sommer von konservativen Muslimen gegründete Midu. Die Abkürzung steht für „Muslime in der Union". Schon die Zusammensetzung der Gruppe sei fragwürdig, so Tahusoglu, weil man liberale Muslime und auch die muslimischen CDU-Promis nicht einlud. Der Sprecher der Midu ist Cihan Sügür, ein smarter 27-jähriger Deutsch-Türke, der in Hamburg für einen japanischen Elektronikkonzern als IT-Experte arbeitet. Er begründete in einem TV-Interview, warum nicht alle Glaubensbrüder in der Midu erwünscht waren. Es gehe um Glaubwürdigkeit in der Gemeinschaft. Die fehle zum Beispiel bei denjenigen, die im Bundestag für die Resolution zum Völkermord in Armenien gestimmt haben. Nachdem Midu-Sprecher Sügür in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" auch noch behauptete, „der Islam werde Deutschland am stärksten verändern, weil Christen und Judentum bereits etabliert sind", sah Tahusoglu sich schließlich genötigt, seinen aufrüttelnden Artikel für die „Huffington Post" zu verfassen: „Wie würde der Islam Deutschland denn aus Sügürs Sicht prägen?", will er wissen. „Wer sind die Vorbilder? Iran, Ägypten, Türkei?" Gäbe es Vollverschleierung, fehlende Gleichberechtigung, Paralleljustiz und Diskriminierung von Minderheiten? Weiter stellte er eine Frage, die wohl jedem Deutschen den Rassismus-Vorwurf eingebracht hätte. Tahusoglu: „Ob die Mehrheit der Deutschen für diese Veränderungen bereit ist und ob unsere Gesellschaft diese Veränderung überhaupt möchte."

> »Der politische Islam darf weder in der CDU noch in einer anderen Partei Platz bekommen«

Größere Resonanz in der deutschen Presse gab es darauf nicht, ebenso wenig auf den Vorstoß einiger Mitglieder der „Union der Vielfalt" (UdV). Das nordrhein-westfälische CDU-Netzwerk aus Parteimitgliedern mit Immigrationshintergrund war ihnen selbst suspekt geworden. Sie schlugen Alarm und schrieben einen 131 Seiten starken Bericht über den Einfluss türkisch-islamischer Lobby-Organisationen. Politik und Presse erhielten das brisante Dossier. Schon die ersten Seiten lassen gruseln: „Es ist kein großes Geheimnis, dass der Einfluss von islamisch-nationalistischen Organisationen und deren Lobbyisten sich nicht nur auf die CDU beschränkt, sondern sich auf die gesamte Parteienlandschaft in der deutschen Politik ausdehnt. Dabei sollte man nicht außer Acht lassen, dass einige Lobbyisten zeitweise aus taktischen Gründen der parteipolitischen Linie Folge leisten, aber im Grunde die Agenda bestimmter Organisationen vorantreiben."

Offengelegt werden auf den folgenden Seiten dann die intensiven Kontakte wichtiger Mitglieder der UdV zu sechs Organisationen, die entweder vom Verfassungsschutz überwacht oder mehr oder weniger von der Erdogan-Partei AKP gelenkt werden. Aufgezählt werden hier unter anderem die türkischen Rechtsextremisten der Grauen Wölfe. Auch die islamisch-konservative Wirtschaftsvereinigung Müsiad ist dabei. Eine Organisation, die sich in der Vergangenheit immer wieder durch rassistische und extrem judenfeindliche Äußerungen hervortat. Die Milli-Görus-Bewegung schließlich zeigt, so das Bundesamt für Verfassungsschutz, ein antidemokratisches Staatsverständnis. Westliche Demokratien werden abgelehnt. Die ideologisch-religiöse Bewegung geht auf den türkischen Politiker Necmettin Erbakan (1926–2011) zurück. Für Erbakan sind nur die Ordnungen „gerecht", die auf „Allahs Offenbarung" gegründet wurden. „Nichtig" sind jene, die von Menschen entworfen wurden. Die westliche Zivilisation sei eine „nichtige" und müsse durch eine islamische ersetzt werden, predigte er seinen Anhängern.

Alles in allem also nicht gerade ein passender Umgang für einflussreiche Funktionsträger der CDU. Das Dossier belegt dennoch das Gegenteil unter anderem mit Dutzenden aussagekräftigen Bildern. Zu sehen ist unter anderem Serap Güler, Landtagsabgeordnete der CDU in NRW und Staatssekretärin für Integration im Kabinett Laschet mit Milli-Görus-Mitgliedern beim Fastenbrechen. Die einzige muslimische CDU-Bundestagsabgeordnete, Cemile Giousouf, scheint sich gar regelmäßig mit Milli Görus zu treffen und lässt sich dabei gern fotografieren. Auch bei den Grauen Wölfen hat sie keine Berührungsängste. Sie posiert unter dem Müsiad-Logo, trifft sich mit der Lobbyorganisation Islamic Relief, die von Israel der Geldwäsche für die Hamas bezichtigt wird.

Derlei Kungeleien gingen der CDU-Spitze dann anscheinend doch zu weit. Trotz geradezu hymnischer Presseartikel. in denen die UdV schon als „neue CDU" gefeiert wurde („Die Welt"), wahrte man plötzlich Distanz. Die „Union der Vielfalt" wurde im vergangenen Jahr plötzlich durch den „Landesfachausschuss Integration und Vielfalt" ersetzt. Einen neuen Vorsitzenden, Thomas Kufen, Oberbürgermeister von Essen, hat man auch. Aber: 19 der neuen Vorstände (von 24) sind die alten. Auch Serap Güler ist als Stellvertreterin wieder dabei, ebenso Cemile Giousouf.

Die Internetseite der „Muslime in der Union" ist derzeit kommentarlos ganz abgeschaltete. Ob das nur für Wahlkampfzeiten gilt? Darüber hinaus ist wenig passiert. Ein einziger Grauer Wolf, Zafer Topak, Kommunalpolitiker aus Hamm, musste die CDU verlassen. Das Ausschlussverfahren dauerte zwei Jahre. Topak motzt seitdem bei Facebook: Wieso ich? Die anderen sind doch genau so? Nicht ganz zu unrecht, allein in Hamm sollen noch mindestens 40 weitere CDU-„Wölfe" und im Kreisverband Wuppertal fünf Milli-Görus-Mitglieder sitzen. Mit gezielten Eintritten würde versucht, die Mehrheitsverhältnisse zu kippen, dazu würden einzelne „Islam-Verbände" konkret aufrufen, so ein Kenner der NRW-CDU, der lieber anonym bleiben möchte. Eine Überprüfung von Neu-Mitgliedern, ob es Verbindungen zu ausländischen Extremisten gibt, findet nicht statt. Die Kreisverbände, 54 bei der NRW-CDU, nehmen jeden auf.

Volker Kleinophorst



Zuviel Nähe? Armin Laschet, damals Integrationsminister, heute NRW-Ministerpräsident, beim Besuch einer türkischen Moschee. Seine jetztige Staatssekretärin für Integration pflegt enge Kontakte zur Milli-Görus-Bewegung, die unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht Bild: pa

Butterpreis auf Allzeithoch

Seit vergangenem November kosten frische Lebensmittel mehr als im jeweiligen Vorjahresmonat

Das hatte wohl niemand erwartet. Anfang September erhöhte Aldi den Preis für seine Butter erneut auf nun 1,99 Euro pro 250-Gramm-Paket. Andere Lebensmittelketten zogen nach und verteuerten ihre Eigenmarken-Butter bis auf 2,39 Euro. Biobutter kostet jetzt 2,59 Euro. Das nutzte eine Handelskette, um sogleich ein Sonderangebot für die normalerweise teurere irische Butter zu schalten.

Mitte 2016 hatte die sogenannte Milchkrise zum Absturz des Butterpreises bis auf 79 Cent für 250 Gramm geführt. Die anschließend eingetretene kontinuierliche Verteuerung der Butter bis auf das derzeitige Allzeithoch ist ein Novum. Als Grund wird die weltweit höhere Nachfrage nach fetthaltigen Produkten bei einem gleichzeitig verknappten Angebot genannt. Einfluss hatte neben dem Russlandembargo auch das Wetter. Große Produktionsländer wie Australien und Neuseeland konnten witterungsbedingt nicht so viel Ware liefern wie noch im vergangenen Jahr. Zudem exportierte Neuseeland 32 Prozent mehr Butter und Butteröl nach Russland.

Milch und Milchprodukte treiben die allgemeine Teuerungsrate nach oben. Wie die Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH (AMI) berichtet, kosten frische Lebensmittel seit November 2016 mehr als im jeweiligen Vorjahresmonat. Im Verhältnis zum Butterpreis ist der Milchpreis jedoch nur moderat angestiegen. Am hohen Butterpreis wird sich auf absehbare Zeit kaum etwas ändern. Wie der Geschäftsführer des Milchindustrieverbands, Eckard Heuser, der „Neuen Osnabrücker Zeitung" mitteilte, kaufen die Verbraucher wieder mehr Butter und Sahne. Diese Lebensmittel hätten ihr negatives Image verloren. Das Wachstum der fettarmen Light-Produkte sei vorbei, Genuss stehe wieder im Vordergrund. So setzt auch die weiterverarbeitende Industrie verstärkt auf hochwertige Zutaten und stellt von Palmöl auf tierische Fette um. Auch wird mehr Käse produziert, wofür ebenfalls der Rahm der Milch gebraucht wird. Heuser nannte die Preissteigerung aus Sicht der Landwirte bitter nötig.



Bild: ddp images

Ein immer teureres Vergnügen: Butter

Als Novum wird registriert, dass jetzt auch der Deutsche Bauernverband (DBV) die Liberalisierung des Milchmarktes als Ursache für die starken Preisschwankungen bei Molkereiprodukten nennt. Dabei setzt der DBV im Einklang mit Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) nach wie vor auf Export. Milchprodukte und Fleisch sollen in größtmöglichem Umfang weltweit vermarktet werden. Unter diesem Vorzeichen wurde der Milchmarkt durch Aufhebung der Milchquote im April 2015 liberalisiert. Damit galt für die konventionell wirtschaftenden Landwirte mehr denn je die Devise „Wachse oder weiche!" Durch die niedrigen Weltmarktpreise steht dieser Sektor der Landwirtschaft mal mehr, mal weniger unter Druck.

Dem rasanten Anstieg des Butterpreises war ein jahrelanger Preisverfall für Milch und Molkereiprodukte vorangegangen. Für die Bauern bedeutete dies eine lange Talfahrt der Erlöse mit verheerenden Folgen. Infolge massiver finanzieller Verluste gaben 2015/16 mehr Milchviehhalter ihre Produktion auf als je zuvor. Stützungskäufe sowie Ausgleichszahlungen der EU und des Bundes an Bauern, die ihre Milchproduktion drosselten, trugen in erheblichem Maße dazu bei, dass die Preise nicht noch stärker verfielen. Im ersten Halbjahr 2017 entsprach die Milchanlieferung laut AMI nach zunächst rückläufiger Tendenz wieder in etwa den Mengen des Vorjahres. Jedoch begrenzen die seit 2016 reduzierten Kuhbestände den Anstieg auf längere Sicht.

Warum der Erlös der Landwirte nicht im gleichen Maß wie der Butterpreis steigt, erklären die Landwirte Willi Kremer-Schillings und Alois Wohlfahrt in ihrem Internetportal „Bauer Willi", mit dem sie die Kommunikation zwischen Landwirten und Verbrauchern fördern wollen. Aus der Zeit der Milchkrise drücken noch immer Lagerbestände an Milchpulver, die verkauft werden müssen. Da der Landwirt mit der Kuhmilch ein Gemisch aus Milchfett und Milcheiweiß abliefert, errechnet sich sein Erlös aus dem hohen Preis für Milchfett und dem niedrigen Preis für Milcheiweiß. *D. Jestrzemski*

»Erbärmliche Kampagnen«

Mit Manipulationen und Falschinformtionen beeinflussen Deutschlands Medien massiv den Wahlkampf

Am 24. September stimmen 61,9 Millionen Wahlberechtigte über die Zusammensetzung des 19. Bundestages ab. Angesichts von Terrorgefahr, Islamisierung, ungebremsten Zuwandererströmen und anderen drängenden Problemen erscheint der Entscheid über die zukünftig Regierenden wichtig wie nie zuvor. Deutschlands Medien aber betreiben Meinungsmache pur. Kein Schwindel scheint ihnen zu dreist, kein Gerücht zu unglaubhaft.

Ach, diese deutschen Journalisten! Wo anfangen und wo aufhören, wenn man ihnen Pflichtvergessenheit vorwerfen will, wenn man ihnen ihre tendenziöse Berichterstattung vorhalten möchte und sie sogar der infamen Lüge bezichtigen muss? Da sind zum Beispiel all die kleinen Manipulationen, die sich so schnell zu einer großen Lüge formen. Donald Trump beispielsweise lässt sich auf Fotos als Staatsmann präsentieren oder als grimassierender Verrückter vorführen. Es gibt von ihm wie von allen Menschen, die jemals vor eine Kamera getreten sind, die unterschiedlichsten Aufnahmen. Schmeichelhafte sind ebenso dabei wie Unvorteilhafte. Eine entsprechende Auswahl zeichnet auch ohne Worte das gewünschte abstoßende Bild des „Master of Desaster" („Zeit Online"). Die Wirklichkeit findet dann allerdings irgendwo anders statt.

In der MDR-Sendung „Umschau" tut sie es jedenfalls auch nicht. Dort klagte jüngst eine Mutter über die wachsende Wohnungsnot in der Stadt. Mit ihrer vierköpfigen Familie, so erzählte eine Frau namens Anja Riekewald, suche sie mittlerweile seit vier Jahren eine größere Wohnung. Die Not würde immer größer, je größer die Kinder werden.

Keine Frage wie in vielen deutschen Städten ist der Mangel an Wohnraum auch in Leipzig ein Problem. Jetzt kam allerdings heraus: Die Frau, die im Fernsehen über hohe Mieten klagt, heißt in Wirklichkeit Franziska Riekewald, ist in Leipzig Stadträtin der Partei „Die Linke" und kandidiert gerade für den Bundestag. Der Dramatik halber wurden ihr vier Kinder angedichtet. Tatsächlich hat die 36-Jährige zwei. All das verschwieg der MDR seinen Zuschauern. Seriöses Fernsehen geht anders.

Der gediegenen Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit" mangelte es unlängst an Interviewpartnern, die – ganz in ihrem Sinne – das angeblich brutale Vorgehen der Polizei beim G20-Gipfel in Hamburg verurteilten. Thomas Wüppesahl, ehemaliger Kriminalbeamter und Vorsitzender einer ominösen „Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten", sprang ein. Die Hamburger Polizei sei bekannt für ihr rechtswidriges Verhalten. Hartmut Dudde, der Hamburger Polizeidirektor, hätte schließlich einiges auf dem Kerbholz, gab er im Gespräch zum Besten. Apropos Kerbholz: Ein entscheidendes Detail aus der Vergangenheit des Interviewpartners Wüppesahl wurde den „Zeit"-Lesern verschwiegen. Das Landgericht Hamburg verurteilte ihn am 7. Juli 2005 wegen der Vorbereitung und des Versuchs der Beteiligung an einem Raubmord und Verstoßes gegen das Waffengesetz zu einer Freiheitsstrafe von vierinhalb Jahren. Er wurde daraufhin aus dem Polizeidienst entlassen (siehe *PAZ* 35, Seite 2).



Seriöse Berichterstattung oder findet die Wirklichkeit gerade irgendwo anders statt? Vollbesetztes Pressezentrum bei einer Politveranstaltung Bild: Imago

Geht's noch unseriöser? Aber natürlich, und zwar unter der Überschrift „Das Engelsgesicht der AfD hat eine Vergangenheit als Verschwörerin". In der „Welt" ist diese Formulierung nachzulesen. Die Tageszeitung aus dem Verlagshause Axel Springer hat gerade eine E-Mail veröffentlicht, die angeblich von der AfD-Spitzenkandatin Alice Weidel stammt. In einem Tonfall nach Art des SPD-Grobians Ralf Stegner pöbelt der Verfasser darin über deutsche Spitzenpolitiker, nennt sie „Schweine" und „Marionetten der Siegermächte". Araber, Sinti und Roma seien „kulturfremde Völker", von denen „wir überschwemmt" werden, heißt es weiter.

Stasi-Richtlinien von früher lesen sich wie Handlunganweisungen heutiger Journalisten

Eine Menge spricht dafür, dass die E-Mail aus dem Jahr 2013 eine Fälschung ist. Alice Weidel spricht von einer „erbärmlichen Kampagne" und streitet ab, sie verfasst zu haben. Aber für die AfD-Frontfrau gilt die Unschuldsvermutung natürlich nicht. „Focus Online" nennt die Mail „alarmierend" und mirakelt plötzlich von Alice Weidels „undurchsichtiger Vergangenheit". Die „Frankfurter Rundschau" sorgt sich salbungsvoll mit der Frage: „Steht die AfD auf dem Boden der verfassungsmäßigen Ordnung?". Das „Handelsblatt" „behauptet die „Radikale Mail bringt AfD-Kandidatin in Erklärungsnot."

Eine perfide Formulierung, denn sie unterstellt, dass Alice Weidel selbst nachzuweisen habe, dass sie unschuldig sei. Die Konsequenz: Gleich, mit welchen verrückten Vorwürfen auch immer sie demnächst konfrontiert wird, es wäre an ihr, die Gegenbeweise heranzuschaffen. Etwa, dass sie keinerlei Gesundheitsprobleme habe. Eine „Spiegel"-Journalistin soll ihr in mehreren Recherchein terviews Bulimie unterstellt haben. Alice Weidel hat inzwischen Streifanzeige erstattet.

Die *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld hat sich der Vorgänge um die AfD-Spitzenkandidatin in einem Artikel auf ihrer Internet-Seite ebenfalls angenommen. Die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin sieht frappierende Parallelen zum Vorgehen der Staatssicherheit im SED-Staat. Sie zitiert aus den Stasi-Richtlinien zur Zerstörung einer Person in der Öffentlichkeit. Es gehe um „systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender, sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben".

Sind solche Handlungsanweisungen demnächst auch in den Journalistenhandbüchern zu finden? *Frank Horns*

MELDUNGEN

Überfall wegen Halskreuz

Berlin – In Neukölln haben nach Angaben der Polizei am vergangenen Montag zwei Männer einen 23-Jährigen überfallen. Demnach haben die Angreifer ihr Opfer auf seine um den Hals getragene lange Kette mit einem Kreuz angesprochen, ihm diese dann vom Hals gerissen und auf den Boden geworfen. Anschließend schlug ein Täter dem Opfer mit der Faust ins Gesicht. Der zweite Mann hat den Attackierten dann festgehalten, während ihm der erste Angreifer zwei Schnittverletzungen am Oberkörper zufügte. Anschließend flüchteten die Angreifer und ließen den Mann verletzt zurück. Die Polizei spricht zwar von einem religiösen Tathintergrund, macht aber über die Nationalität beziehungsweise die Zugehörigkeit der Täter zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe keine Angaben. *J.H.*

Scharfer Protest gegen Pfeiffer

Berlin – Der dem Hannoveraner Kriminologen Christian Pfeiffer im März von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen erteilte Auftrag, ein Gutachten über die innere Lage der Bundeswehr zu erstellen, ist vorerst zurückgestellt. Grund ist der Vorwurf aus der Truppe und dem Beirat für Fragen der Inneren Führung, Pfeiffer habe durch seine negativen Äußerungen über die Bundeswehr gezeigt, dass er nicht unvoreingenommen und ergebnisoffen an die Sache herangehe. In einem Brief an von der Leyen kritisiert Thomas Kossendey, Sprecher des Beirats und ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, zudem, dass die Untersuchung „zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Bundeswehr eher schaden als nutzen würde". Der Beirat sehe die Gefahr, dass wegen der gegenwärtig sehr angespannten Stimmung in der Truppe „eher Gräben vertieft als zugeschüttet werden". *J.H.*

Wer ist »Die Partei«?

Die Spaßpartei hat fast so viele Mitglieder wie die AfD

Spätestens seit ihrer Aktion, mehrere Facebook-Gruppen der Alternative für Deutschland zu kapern, ist die „Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative" in aller Munde. „Die Partei", wie die Gruppierung sich auch abkürzt, wurde 2004 von Redakteuren des Satiremagazins „Titanic" gegründet. Mittlerweile hat sie rund 24 000 Mitglieder, nur etwas weniger als die AfD. Der Vorsitzende Martin Sonneborn hat es 2014 sogar ins Europaparlament geschafft.

Ihr Stilmittel ist die Satire. Ihre Aktivisten provozieren gern. Ihr Wahlwerbespot genießt gerade bei jüngeren Menschen bereits einen gewissen Kultstatus. Ein verschlafen wirkender Mann mit Kapuzenpulli und Hornbrille liegt im Bett und macht Wahlkampf. „Wenn es euch egal ist, wer im Bundestag sitzt", so seine Werbebotschaft, „wäre es dann nicht schön, von jemandem vertreten zu werden, dem es egal ist, dass er im Bundestag sitzt?" Im Internet ist der Film mit dem selbsternannten „Demotivationstrainer" Nico Semsrott („Wir geben der Krise ein Gesicht") ein Riesenerfolg. Bei Youtube etwa wurde der Clip bereits mehr als 156 000 Mal aufgerufen. Kabarettist Semsrott, ausgezeichnet unter anderem mit dem Deutschen Kleinkunstpreis 2017, steht an der Spitze der Landesliste in Berlin. Seine Zielsetzung: „FDP, AfD und mit ein bisschen Glück die SPD unter die Fünf-Prozent-Hürde drücken." Einen bundesweiten Spitzenkandidaten gibt es nicht. Dafür hat die „Partei" gleich



Nico Semsrott Bild: CF

einen Kanzlerkandidaten nominiert. Der in Istanbul geborene Kabarettist Serdar Somuncu will nicht nur in den Bundestag einziehen, er will gleich Angela Merkel ablösen. „Kançler", nennt er sich auf den Wahlplakaten.

In Wirklichkeit sind die Chancen deutlich geringer. Bei der Europawahl 2014 holte „Die Partei" einen Sitz im Europäischen Parlament. Damals reichten 0,63 Prozent der Stimmen für das Mandat. „Liebes Volk, schnallt euch an. Ich nominiere mich, ich will der erste türkische Bundeskanzler Deutschlands werden. Und dann ist Schluss mit lustig. Vor allem für Erdo, Angie und Konsorten", teilt der „Kanzlerkandidat" dennoch mit. Parteichef Sonneborn kündigte kürzlich an, „einen schmutzigen Sexwahlkampf" führen zu wollen. Somuncu forderte zudem, Frauen im Alter von 18 bis 28 Jahren zu öffentlicher Nacktheit zu verpflichten – „Frauen ab Körbchengröße B bis 30 Jahre". „Wir rechnen nicht mit Wechselwählern, wir setzen komplett auf formbare Erstwähler und eine biologische Lösung für die überalterte CDU/SPD-Klientel", sagt Sonnenborn gewohnt drastisch.

„Sie nimmt sich selbst nicht ernst, hat aber mit Sonneborn ein bekanntes Gesicht, der vor allem jüngere Leute anspricht", analysiert der Politikwissenschaftler Gero Neugebauer. Für einen Einzug in den Bundestag werde es nicht reichen, aber „die Partei" habe gute Chancen, größte Gruppierung der Sonstigen zu werden. *Peter Entinger*

Rechts von der AfD

Am Verhältnis zur »Alternative« scheiden sich Reps und NPDler

Rückblick: Herbst 1990. Die Republikaner treten zum ersten Mal zu einer Bundestagswahl an. Ein Jahr zuvor waren sie in das Berliner Abgeordnetenhaus und das Europaparlament eingezogen. Es folgten heftige Streitigkeiten und eine Spaltung im Sommer. Die Folge war ein Ergebnis von 2,1 Prozent. Was der damalige Parteivorsitzende Franz Schönhuber als „ordentliches Aufbauergebnis" bezeichnete, sollte bis heute das beste Ergebnis der Partei bleiben, die sich einst anschickte, den Etablierten das Fürchten zu lehren.

27 Jahre später ist die Partei von der Bildfläche verschwunden, zur Bundestagswahl am 24. September tritt sie nicht mehr an. Funktionierende Landesverbände gibt es kaum noch, lediglich im Südwesten halten die Reps noch rund 40 kommunale Mandate. In ihrer einstigen Hochburg Baden-Württemberg erzielten sie 2016 trotz flächendekkenden Wahlantritts nur noch 0,3 Prozent der Wählerstimmen. Damit einhergehend hat die Partei erstmals seit 1986 keinen Anspruch mehr auf Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung. „An den Bundestagswahlen nehmen wir Republikaner nicht teil, jedoch an den Europawahlen 2019. Wir nutzen diese Zeit zur Sammlung der Kräfte, den Ausbau der Verbände und der kommunal- und landespolitischen Arbeit, damit wir bei den kommenden Europawahlen gestärkt in das Europäische Parlament einziehen können", teilte die Partei auf Anfrage mit.

Doch ein großer Teil der einstigen Anhänger und Wähler hat eine neue Heimat gefunden: die AfD. Programmatisch sind sich beide Formationen nicht unähnlich und so sagte der langjährige Vorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer,

Die NPD steht am 24. September zur Wahl, die Reps nicht

während einer Vortragsveranstaltung: „Sollte sich die AfD etablieren, wird es neben ihr keinen Platz für eine weitere patriotische Partei geben."

Damit will sich die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) allerdings nicht abfinden. Nach überstandenem Verbotsverfahren steht sie in 15 von 16 Bundesländern auf dem Stimmzettel, lediglich in Berlin wurde ihr die Zulassung aufgrund eines Formfehlers bei der Listenaufstellung verweigert. In den sozialen Netzwerken bezeichnet sich die 1964 gegründete, älteste deutsche Rechtspartei als das Original. Die Wähler sollten nicht der Scheinalternative AfD auf den Leim gehen, sondern lieber die konsequente Arbeit für deutsche Interessen honorieren. „Die AfD ist als Wurmfortsatz der Altparteien gegründet worden", sagt Parteiideologe Jürgen Gansel, und der frühere NPD-Chef und Europaabgeordnete Udo Voigt nennt die AfD „eine Systempartei" und ein „trojanisches Pferd" der CDU.

Zahlreiche Wahlniederlagen in der letzten Zeit haben in der Partei auf die Motivation geschlagen. Lediglich 4000 Mitglieder soll die NPD noch haben. Zudem drücken große finanzielle Sorgen. Die könnten nach dem 24. September noch größer werden. 2013 erhielt die NPD bei der Bundestagswahl noch 1,3 Prozent. Ein halbes Prozent muss sie erzielen, um von der staatlichen Parteienfinanzierung profitieren zu können. 2016 standen der NPD danach 1,2 Millionen Euro zu, die etwa zur Hälfte auf das Bundestagsergebnis zurückzuführen waren. Für 560 000 Bundestagswahlstimmen gab es jeweils einen Euro pro Jahr. „Wir tun es für Deutschland und haben unsere Pflicht angetreten", sagt Parteichef Frank Franz. *P.E.*

Zeitzeugen



Bild: CF

Giampaolo Musumeci – Nach mehrjährigen Recherchen und zahlreichen Interviews mit professionellen Schleppern veröffentlichte der italienische Fotograf, Dokumentarfilmer, Journalist und Radiomoderator gemeinsam mit dem Kriminologen Andrea di Nicola das Buch „Bekenntnisse eines Menschenhändlers“, das bemerkenswerte Einblicke in die Schleuserszene bietet.

Mahmod M. – Im Prozess um den Tod von 13 „Flüchtlingen“, darunter zwei Kindern, deren völlig überladenes Schlauchboot im September 2015 auf der Überfahrt vom türkischen Izmir zur griechischen Insel Lesbos mit einem Frachter kollidiert war, verurteilte das Landgericht Traunstein den syrischen Schlepper jetzt zu vier Jahren Haft. Damit blieb es achteinhalb Jahre unter dem Antrag der Staatsanwaltschaft.

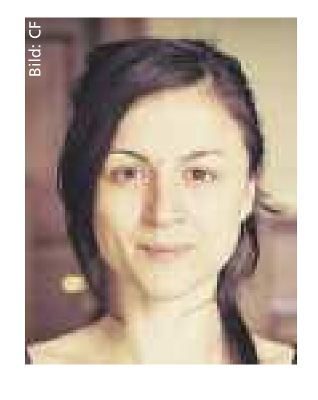


Bild: CF

Nancy Porsia – Die italienische Journalistin berichtete schon vor sechs Monaten: „Die Küstenwache der libyschen Marine ist am Menschenhandel beteiligt.“ Das bestätigte nun auch Tarek Shanboor, ein Offizier im Dienste der Einheitsregierung in Tripolis, der kürzlich erst enthüllt hatte, dass westliche Nichtregierungsorganisationen (NRO) einige Menschenschmugglern Geld zahlen, damit sie die Migranten zu den NRO-„Rettungsschiffen“ bringen. So sagte der Oberstleutnant der Küstenwache: „Wir haben Schleuser in unseren Reihen, das ist ein echtes Problem.“

„Haddsch“ – Unter dem Tarnnamen betätigt sich der 33-jährige libysche Jurist vom Volk der Amazigh als Schlepper. Er soll für 60 Prozent aller Abfahrten von „Flüchtlings“-Booten aus Zuwara verantwortlich sein. Damit will er der EU einen Denkzettel erteilen, weil diese seinen Stammesbrüdern „finanzielle Hilfen“ verweigere.



Bild: Imago

Gerhard Schindler – Nach Auskunft des früheren Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes sammelt sein Dienst fleißig Informationen über die Netzwerke und Methoden der Schleuser: „So helfen wir, ihnen das Handwerk zu legen.“ Zuvor hatte der frühere Verwaltungsjurist allerdings genauso überzeugt verkündet, unter den nach Deutschland strömenden „Schutzsuchenden“ seien keine Terroristen.

Wer sind die obersten Bosse?

Viele große Nachrichtenagenturen des Westens wollen es gar nicht so genau wissen

Die Schlepper- und Schleuserringe haben seit dem Jahre 2000 schon rund 16 Milliarden Euro „erwirtschaftet“, indem sie angeblich Flüchtlinge illegal nach Europa brachten. Nichtsdestoweniger ist relativ wenig über sie bekannt.

Viele der Menschenschmuggler agieren von dem gescheiterten Staat Libyen aus, wo es inzwischen rund 1700 militante Gruppierungen gibt, die sich oft auch durch Schleuserei finanzieren. Die Hauptquartiere der Schleppermafia liegen allerdings südlich der Sahara in Agadez (Niger) und Gao (Mali). Wer genau dort das große Sagen hat, ist jedoch unbekannt. Es gibt praktisch keine verwertbaren Erkenntnisse über die obersten Bosse. Das wird zumeist mit den mehrstufigen Hierarchien innerhalb der Banden erklärt, aufgrund derer die „kleinen Fische“ wenig über ihre Auftraggeber wissen. Andererseits bestehen aber viele der Schleuser-Organisationen aus Angehörigen kleinerer homogener ethnischer Gruppen wie zum Beispiel der Amazigh in Libyen. Hier kennen selbst die unteren Chargen die Strippenzieher innerhalb der Clans, wodurch zwangsläufig Geheimhaltungslecks entstehen. Aber offenbar interessieren diese niemanden, was auch für jene großen Nachrichtenagenturen des Westens gilt, die sonst immer gerne mit den Namen und Lebensläufen von Terroristen und Großkriminellen an die Öffentlichkeit gehen.

Die Hauptquartiere liegen südlich der Sahara

Auf jeden Fall agieren die Menschenhändler wie „Reisebüros“, indem sie via Facebook Reklame für ihr „Unternehmen“ machen und dergestalt potenzielle Kunden anlocken. Letztere stammen neuerdings kaum mehr aus den Krisengebieten des Nahen Ostens, sondern aus Pakistan und Bangladesch sowie westafrikanischen Staaten wie Nigeria, Mali, Guinea, Gambia und Senegal. „Schutzbedürftig“ ist freilich kaum einer der Migranten von dort. So werden nur drei Prozent der in Italien anlandenden Nigerianer als Flüchtlinge anerkannt.

Mit der Schleusung von illegalen Einwanderern oder tatsächlich Asylberechtigten verdienten alleine die libyschen Schlepper 2016 um die 400 Millionen Euro – dafür schickten sie 186 000 Menschen aufs Mittelmeer hinaus, von denen wahrscheinlich 5000 ertranken. Die Gewinnspannen sind deutlich größer als im Drogengeschäft, das oft noch parallel mit betrieben wird. Hierzu ein typisches Beispiel: Schrottreife, rund 80 Meter lange Frachter sind auf dem grauen Markt für etwa 800 000 Euro zu haben. Darauf kann man rund 1000 „Passagiere“ zusammenpferchen, die zusammen vier bis fünf Millionen Euro für die Überfahrt zahlen – im Voraus versteht sich. Somit machen die Schlepper selbst dann gewaltig Kasse, wenn die Küstenwache den Seelenverkäufer schon beim ersten Einsatz beschlagnahmt oder das Schiff sinkt.

An den exzellenten Verdienstmöglichkeiten ändert auch nichts, dass neuerdings Rabatte für Schwarzafrikaner gewährt werden müssen, weil diese über weniger Geld verfügen als die muslimische „Kundschaft“ aus dem Nahen Osten, deren Finanzkraft immer wieder für Erstaunen sorgt. Hier bringt es die schiere Masse. Verschiedenen Schätzungen von Hilfsorganisationen und Nachrichtendiensten zufolge warten derzeit 750 000 bis zwei Millionen Afrikaner in Libyen auf die Überfahrt ins gelobte Europa. Da ist für die Schlepper noch einiges zu holen. *Wolfgang Kaufmann*



Ihre Zahl ist derart hoch, dass die Schlepper ihnen Rabatte gewähren können: Schwarzafrikaner, die nach Europa drängen Bild: pa

Es drängt sich ein böser Verdacht auf

Wieso eigentlich honorieren „Flüchtlinge“ die Dienste der Schlepper, welche sie auf lebensgefährliche Weise übers Mittelmeer nach Europa verschiffen, mit bis zu 14 000 Euro pro Person, wo doch Linienflüge aus den Ländern, die von ihnen auf ihrem Wege zu Europas Küste passiert werden, nur Bruchteile dieser Summe kosten und zudem eine sichere Ankunft im gewünschten Zielland garantieren?

Und warum gelingt es den Militärs und Geheimdienstlern des Westens nicht, die aktivsten Schlepper zu finden und zu neutralisieren, so wie das im Falle von Anführern terroristischer Milizen quasi zum „Tagesgeschäft“ gehört – beispielsweise durch den Einsatz von Drohnen? Das gilt analog für die schwer zu versteckenden Produktionsstätten, in denen all die großen Schlauchboote entstehen, mit denen mittlerweile fast zwei Drittel der Migranten die Überfahrt nach Europa antreten.

Weil plausible Antworten auf diese Fragen fehlen, wird zunehmend der Verdacht laut, dass die Schlepper nicht nur mit den „Rettern“ an Bord der Schiffe der Nichtregierungsorganisationen kooperieren, sondern auch mit westlichen Geheimdiensten wie der CIA. Und tatsächlich hatte diese in der Vergangenheit ja überhaupt keine Skrupel, Drogenkartelle und ähnliche Verbrecherorganisationen einzuspannen, wenn es den Interessen der Vereinigten Staaten diente. Werden die Schlepper also mit Samthandschuhen angefasst, weil sie vielleicht heimliche Verbündete im „Krieg gegen den Terror“ sind? Darauf deutet unter anderem der Fall von Ahmed Dabashi hin, der jetzt zum honorigen „Nationalgardisten“ avancierte und westliche Unterstützung genießt, nachdem er bislang als eine der Schlüsselfiguren der libyschen Menschenschmuggler-Industrie galt. Hängt das etwa mit dem Tod seines Cousins, des lokalen Anführers des Islamischen Staates, Abdallah Dabashi, nach einem gezielten US-Luftangriff auf dessen Camp bei Sabratha zusammen? *W.K.*

Westliche Geheimdienste

Melken oder Bekämpfen?

Das Verhältnis des »Tileel«-Kapitäns Al Bija zu den Schleppern

Bei der Bekämpfung des Schlepperunwesens setzt die äußerst zögerlich agierende Europäische Union jetzt verstärkt auf die libysche Küstenwache. Allerdings besteht diese im Abschnitt zwischen Tripolis und der tunesischen Grenze nur aus der 16 Meter langen „Tileel“ mit ihren 37 Mann Besatzung unter Commander Abdurahman Salem Ibrahim Milad alias Al Bija. Der frühere Student an der Marineakademie Gaddafis operiert nun gegen Schleuserboote – in einem Seegebiet von der 30-fachen Größe des Bodensees.

Das tut Al Bija seit dem Frühsommer 2015, in dem er kurzerhand mit einigen Getreuen den Hafen von az-Zawiya besetzte, die ramponierte „Tileel“ flott machte und sich dann selbst zum Commander der Küstenwache beförderte. Sein Geld will der „Marineoffizier“ dabei als Pferdehändler sowie mit dem Verkauf beschlagnahmter tunesischer und ägyptischer Fischerboote verdienen.

Die Frage ist freilich, ob Al Bija, der im Kampf gegen Muammar al-Gaddafi zwei Finger verlor und anschließend drei Jahre in Berlin-Charlottenburg lebte, tatsächlich die Rolle spielt, die er nach außen vorgibt. Immerhin meldete das türkische Nachrichtenportal TRT World am 22. Februar 2017 unter Bezug auf Recherchen italienischer Journalisten: „Al Bija ist der größte Player in der Mafia der Küstenwache, die das lukrative Geschäft des Menschenschmuggels in Zawiya und der umliegenden Küstenregion fest im Griff hat … Alle Schmuggler westlich von Tripolis bezahlen Al Bija seinen Anteil.“ Nur wenn der ausbleibe, lasse der Commander auf die Boote der Schleuser schießen – ungeachtet möglicher Kollateralschäden unter den an Bord befindlichen „Flüchtlingen“.

Die EU setzt auf die Zusammenarbeit mit Warlords wie ihn

Deshalb könnte Al Bijas Deal mit der EU, die Warlords unter der Flagge der Küstenwache wie ihn finanzieren und unterstützen will, noch platzen, wenn sich die Vorwürfe von TRT als wahr erweisen sollten. Aber unabhängig davon werden der sogenannte Ritter von Zawiya und seine winzige „Tileel“ die Heerscharen der Schleuser auf dem zentralen Mittelmeer definitiv nicht aufhalten. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Dschihad erobert die Gefängnisse

Radikale Moslems rekrutieren in deutschen Haftanstalten immer mehr neue Anhänger



Idealer Nährboden: Immer mehr islamische Extremisten tummeln sich in deutschen Gefängnissen

Bild: pa

Das Bundeskriminalamt gibt Berlins Justizvollzugsbeamten in einem Leitfaden nun Hinweise zum Umgang mit radikalen Moslems. Die Aktion enthüllt: Inhaftierte Dschihadisten werden zunehmend zu einem Sicherheitsproblem in den Gefängnissen der Hauptstadt.

In ganz Deutschland werden Vollzugsbeamte mittlerweile im Umgang mit radikal-islamischen Häftlingen geschult. Als Warnsignale für eine Radikalisierung gelten Symbole von Terrorgruppen ebenso wie bestimmte Gesten, Bekleidung, Barttracht oder Namensänderungen. Laut einem Bericht der Zeitung „BZ" ist Mitarbeitern des Berliner Strafvollzugs nun eine als Verschlusssache deklarierte Ausarbeitung des Bundeskriminalamtes (BKA) ausgehändigt worden, die eine Reihe von Hinweisen zu radikalen Moslems liefert.

Sensibilisiert werden die Beamten darin, Veränderungen wahrzunehmen, die auf eine Radikalisierung von Gefangenen hindeuten. Berlin ist mit seinen mehr als 40 inhaftierten radikalen Muslimen nicht allein betroffen. Insgesamt sitzen deutschlandweit derzeit etwa 300 Personen, die die Behörden dieser Gruppe zuordnen, hinter Gefängnismauern.

Neben Berlin werden auch aus Hessen, Bayern und Nordrhein-Westfalen zweistellige Zahlen von inhaftierten radikalen Moslems gemeldet. Die Zahl könnte schon bald rapide steigen. Generalbundesanwalt Peter Frank äußerte im August in einem Interview mit dem Berliner „Tagesspiegel", er rechne allein 2017 mit 500 bis 600 Prozessen gegen Terror-Beschuldigte. Im Vorjahr seien knapp 240 neue Verfahren gegen radikale Moslems eröffnet worden, wobei es sich bei mehr als 80 Prozent um Fälle „aus dem Phänomenbereich des islamistischen Terrorismus" gehandelt habe.

Auch vom Bundeskriminalamt kommen alarmierende Zahlen. Die Behörde ermittelt mittlerweile gegen mehr als 400 Personen wegen des Verdachts, sie seien Mitglieder von Dschihad-Gruppen gewesen, bevor sie als Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind.

Schon die derzeit in Haft sitzenden radikalen Moslems stellen die Behörden vor Probleme. Die verstärkte Beobachtung der Gefangenen erfordert Vollzugspersonal, das nicht nur in Berlin oftmals knapp ist. Eine andere Sicherheitsmaßnahme droht wiederum eine verhängnisvolle Langzeitwirkung zu entfalten. Bundesweit ist es mittlerweile üblich, radikale Moslems voneinander getrennt unterzubringen. Laut einer Auskunft des Berliner Senats soll damit einer „gegenseitigen Bestärkung in der radikalen Gesinnung" entgegengewirkt werden.

Längst haben Terrorgruppen wie der Islamische Staat allerdings erkannt, welches Rekrutierungspotenzial auch ganz gewöhnliche Kriminelle darstellen. Hinter vielen Gefängnismauern ist damit ein besonders brisanter Mix zustande gekommen: Der Fanatismus von radikalen Moslems in Kombination mit der kriminellen Energie von Drogendealern, Schlägern und Intensivtätern. Forscher am Londoner King's College haben sich systematisch mit diesem Phänomen beschäftigt und im vergangenen Jahr eine Studie veröffentlicht.

> EU: In Europa leben bereits mehr als 50 000 Dschihadisten

Die Auswertung der Werdegänge von Dschihadisten lässt demnach darauf schließen, dass sich mehr als ein Viertel von ihnen während eines Gefängnisaufenthalts radikalisiert hat. Untersucht hatten die Wissenschaftler die Fälle von 79 radikalen Moslems in mehreren europäischen Ländern. Bei mindestens 27 Prozent der Untersuchten ist von einer Radikalsierung während der Haft auszugehen. 57 Prozent der Untersuchten waren vor ihrer Radikalisierung bereits inhaftiert gewesen.

Zu befürchten ist, dass sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren noch massiv verstärkt. Die deutsche Justiz bislang hat sehr unterschiedliche Signale ausgesendet, wenn es um die Abschiebung von Terrorverdächtigen ging. Erst im August billigte das Bundesverwaltungsgericht in zwei Grundsatzentscheidungen die Abschiebung von Terrorverdächtigen aus Deutschland. Grundlage der Entscheidung war der Paragraf 58a des Aufenthaltsgesetzes. Diese bislang kaum angewendete Regelung erlaubt eine Abschiebung auf Grundlage einer auf „Tatsachen gestützten Prognose zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder einer terroristischen Gefahr". Das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main entschied dagegen im Juli, dass ein terrorverdächtiger Tunesier nicht abgeschoben werden darf. Der Mann war bei einer Razzia in der raikalen Moslemszene festgenommen worden und steht sogar im Verdacht, im Auftrag des Islamischen Staates einen Anschlag in Deutschland vorbereitet zu haben.

Das Gericht begründete seine Entscheidung mit Zweifeln, ob den Tunesier in seinem Heimatland ein hinreichender Schutz vor der Todesstrafe erwarte. Diese Entscheidung dürfte nicht nur für Tunesien Bedeutung haben, sondern vermutlich auch im Hinblick auf viele andere Herkunftsländer von radikalen Moslems. Verschärfend kommt hinzu, dass das Potenzial von gewaltbereiten Dschihadisten in ganz Europa inzwischen riesige Ausmaße angenommen hat. Der Antiterrorkoordinator der EU, Gilles de Kerchove, sprach gegenüber der spanischen Tageszeitung „El Mundo" unlängst davon, in Europa lebten mittlerweile mehr als 50 000 Dschihadisten.

Norman Hanert

Berliner Wahlkrimi

Von Theo Maass

In Berlin werden zwölf Bundestagsabgeordnete direkt in ihren Wahlkreisen in den Deutschen Bundestag gewählt. 2013 gewann die CDU fünf von sechs rein West-Berliner Kreisen. Nur Neukölln ging damals an die SPD. In den beiden „gemischten" Wahlkreisen Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost und Mitte waren die Grünen und die SPD jeweils einmal erfolgreich.

Die vier reinen Ostwahlkreise gingen geschlossen an die Linkspartei. CDU und SPD werden bei den kommenden Bundestagswahlen Stimmenverluste vorhergesagt. Dennoch ist nicht zu erwarten, dass die Union ihre bisherigen fünf Wahlkreise im Westteil der Stadt verliert. Im Gegenteil: In Neukölln könnten sich die Verhältnisse zugunsten der CDU ändern. Nicht aufgrund ihrer Stärke, sondern durch die Schwäche der SPD.

Käme es so, wäre dies für die CDU-Landesvorsitzende Monika Grütters allerdings unangenehm. Sie steht zwar auf Platz eins der Landesliste, erlangt die CDU jedoch „zu viele" Direktmandate in Berlin, könnten die Kandidaten der Landesliste komplett leer ausgehen, damit auch Grütters.

Direkt kandidiert die Landeschefin im für die CDU praktisch aussichtslosen Ost-Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf. Dort tritt erneut Petra Pau an. Ob sie hingegen wiedergewählt wird, ist eine andere Frage. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus eroberte die Alternative für Deutschland (AfD) dort drei von sechs Wahlkreisen. Mit Jeanette Auricht haben die Alternativen eine attraktive Geschäftsfrau gegen Pau und Grütters ins Rennen geschickt.

Der Niedergang der Linkspartei dort steht im engen Zusammenhang mit dem Aufstieg der AfD. Alte DDR-Eliten, die hier die treue Stammwählerschaft der Linkspartei ausmachten, entfremden sich wegen der offenen Zuwanderungspolitik in Teilen von ihrer früheren Partei. Zudem wohnen viele Aussiedler aus Russland hier, die früher fast durchweg CDU gewählt haben, inzwischen aber in nicht geringer Zahl zur AfD gewandert sind. Die Linkspartei schaffte bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016 im Bezirk 23,6 Prozent und damit nur einen Hauch mehr als die AfD, die 23,5 Prozent einstrich.

Persönlich dürfte Pau den Verlust des Wahlkreises verschmerzen können: Sie steht auf Platz eins der Landesliste, die auch diesmal den SED-Erben einige Mandate bescheren dürfte. In der öffentlichen Wahrnehmung wäre der Verlust dieses Wahlkreises hingegen beachtlich.

FDP und AfD können für Berlin jeweils mit zwei bis drei Mandaten rechnen. Die aktuelle Umfrage sagt ihnen elf beziehungsweise neun Prozent voraus. Da beide Parteien 2013 nicht den Sprung in den Bundestag schafften, gehen ihre Mandatsgewinne zulasten der bisher im Bundestag vertretenen Parteien.

Streit um linke Parole

Grünen-Kandidatin Bayram plakatiert Enteignungs-Forderung

Die Häuser denen, die drin wohnen" ist eine linksextreme Parole, mit der zu Beginn der 90er Jahre die militanten Hausbesetzer in Berlin die Forderung nach Enteignungen aufstellten. Nun hat die Bundestagskandidatin der Grünen im Wahlkreis 83 (Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost), Canan Bayram, diesen Spruch auf den Wahlplakaten ihrer Partei anbringen lassen. Im Wahlkreis waren die Grünen bei den Erststimmen zwar viermal hintereinander, zuletzt mit 39,9 Prozent, stärkste Partei, aber das Zweitstimmenergebnis lag stets deutlich dahinter.

Der bisherige Grünen-Kandidat Hans-Christian Ströbele genoss im linken Lager hohes Ansehen. Mancher Zweitstimmenwähler der SPD und der Linkspartei votierte mit der Erststimme für ihn. So erreichte seine Partei bei den Zweitstimmen nur etwas mehr als 22 Prozent und landete hinter Linkspartei und SPD. Ströbeles Ansehen scheint Bayram nicht zu genießen. Der Echtheits- und „Rebellenbonus" fehlt.

Der Versuch, mit linksextremen Enteignungsphantasien zu punkten, scheint Landes- und Bundespartei unangenehm zu sein, die Bundespartei distanzierte sich von Bayram: Das Plakat hänge nur lokal und sei „kein Teil der Bundeskampagne". Den Grünen kommt die Bayram-Kampagne



Canan Bayram Bild: CF

ungelegen. „Die ist echt nicht wählbar", sagt Volker Ratzmann. Heute Staatssekretär der baden-württembergischen Landesregierung beim Bund, führte Ratzmann bis 2011 die Abgeordnetenhausfraktion der Grünen in der Hauptstadt.

Erringt Bayram das Direktmandat im Wahlkreis 83 bei einem gleichzeitig schlechten Zweitstimmenergebnis der Berliner Grünen insgesamt könnte die Drittplatzierte der Landesliste, die prominente Renate Künast, aus dem Bundestag fliegen. Ratzmann: „Dass die (Bayram) auch noch Renate rauskegelt, das darf echt nicht passieren."

Die Umfragewerte der Grünen liegen in Berlin etwa auf dem Niveau von 2013. Damals wurden vier Mandate erreicht. Diesmal werden aber auch AfD und FDP an der Verteilung der Bundestagsmandate teilhaben, was auf Kosten der Grünen gehen könnte.

Hans Lody

Brexit trifft Brandenburg

Bei EU-Zuschüssen drohen Kürzungen, wenn Briten-Beitrag fehlt

Brandenburgs Finanzminister Christian Görke (Linkspartei) fordert, Kürzungen im EU-Haushalt dürften nicht zulasten Brandenburgs gehen. Zusammen mit Vertretern des Landesbauernverbandes war Görke in Brüssel unter anderem mit EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger zusammengetroffen.

Laut Görke erhalten allein die märkischen Landwirte von der EU pro Jahr rund 330 Millionen Euro. Zusätzlich zahlt Brüssel 300 Millionen Euro jährlich für Strukturprojekte. Die EU hat seit dem Bestehen des Bundeslandes insgesamt eine recht beachtliche Summe nach Brandenburg überwiesen, von 1991 bis 2013 knapp zehn Milliarden Euro. In der aktuellen, von 2014 bis 2020 laufenden Förderperiode kann Potsdam noch einmal mit insgesamt 2,2 Milliarden Euro rechnen.

Der EU-Ausstieg Großbritanniens könnte jedoch zur Folge haben, dass die Zahlungen künftig stark zurückgehen. Finanzminister Görke hatte bereits vergangenen Sommer vorgerechnet, dass Brandenburg durch einen Brexit ab 2020 möglicherweise pro Jahr 450 Millionen Euro an EU-Geldern verliert. Dies entspräche immerhin 4,6 Prozent des Landeshaushalts. Hintergrund der Befürchtungen ist eine Einnahmelücke durch fehlende britische Zahlungen. Als Folge des Brexit wird im EU-Haushalt bereits ab 2019 eine Einnahmelücke von jährlich zehn Milliarden Euro klaffen.

> Vor allem die märkischen Bauern wären betroffen

Die Verhandlungen darüber, ob die ausbleibenden Zahlungen der Briten durch noch höhere Belastungen der Nettozahler oder durch Einsparungen ausgeglichen werden, sind erst angelaufen. Brandenburg muss auch einen statistischen Effekt fürchten: Mit dem Weggang der Briten sinkt auch das Durchschnittseinkommen in der EU, damit wird sich das Pro-Kopf-Einkommen der Brandenburger dem durchschnittlichen EU-Wert angleichen. Nach den Kriterien der EU droht Brandenburg damit, dass es seinen Status als Übergangsregion und damit auch Fördergelder verliert. In dem nun angelaufenen Haushaltspoker haben EU-Kommission und EU-Parlament vermutlich wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass Brandenburgs Landesregierung derzeit kräftig die Werbetrommel für die EU rührt. Bereits im Mai wurde eine Öffentlichkeitskampagne unter dem Motto „Brandenburg, da geht was" gestartet, mit der die Brandenburger über den Nutzen der EU-Förderung informiert werden sollen.

N.H.

MELDUNGEN

Polen beharrt auf Reparationen

Warschau – Die polnischen Reparationsforderungen an Deutschland nehmen konkrete Formen an. Ministerpräsidentin Beata Szydlo erklärte gegenüber dem Radiosender RMF FM, Polen habe „das Recht auf Reparationen", und der polnische Staat habe das Recht, sie einzufordern. Deshalb bereite ihre Regierung „eine Forderung an Deutschland zur Zahlung von Kriegsreparationen" vor. Sie werde diese offiziell vorlegen, sobald die politische Entscheidung dafür getroffen sei. Außenminister Witold Waszczykowski beziffert die Forderungen auf etwa 840 Milliarden Euro, hält aber auch eine Höhe von einer Billion Euro für denkbar. Er räumt allerdings ein, dass die Reparationsfrage „rechtlich kompliziert" sei. *J.H.*

Kadyrow legt sich mit Putin an

Moskau/Grosny – Zehntausende Muslime protestierten vergangene Woche in Grosny, und vor der Botschaft Birmas (Myanmars) in Moskau waren es Hunderte, die gegen die Verfolgung der muslimischen Minderheit der Rohingya protestierten. Ihre Glaubensbrüder werden von der Armee in Birma verfolgt. Laut UNO haben sich 80 000 Rohingyas ins benachbarte Bangladesch gerettet. Moskau und Peking gelten als Verbündete Birmas und hatten sich gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrats zum Schutz der Minderheit in Birma gestellt. Kadyrow, der die Demonstrationen just in dem Moment organisierte, als Putin sich mit seinem chinesischen Amtskollegen traf, hatte sich bisher stets als „Fußsoldat Putins" bezeichnet. Nun stellt er sich offen gegen die russische Haltung. Eine Radikalisierung der in Russland lebenden gemäßigten Muslime (etwa zehn Prozent der Bevölkerung) könnte für Putin gefährlich werden. *MRK*

Noch halten die Gewerkschaften still

Frankreichs Präsident präsentiert seine Reformpläne für den Arbeitsmarkt als »alternativlos«

Eines muss man Emanuel Macron lassen. Er denkt in großen historischen Zusammenhängen. Als eine „kopernikanische Revolution" kündigte der französische Staatspräsident seine Arbeitsmarktreform an. Eine Wende also wie die vom geo- zum heliozentrischen Weltbild zu Beginn der Neuzeit.

Nach drei Monaten Vorarbeiten und 50 Treffen mit den Sozialpartnern hat die Regierung von Präsident Emmanuel Macron in der vergangenen Woche ihre Arbeitsmarktreform präsentiert. Hauptziel sei der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die seit Jahren konstant bei rund zehn Prozent liegt, erklärte Premierminister Edouard Philippe. Die geplante Flexibilisierung des starren Arbeitsrechts ist für Macron allerdings nur eines von vielen Projekten, die notwendig seien, um das französische Sozialmodell zu verändern und so die Arbeitslosigkeit zu senken. Das etwas passieren muss, darüber sind sich die meisten Franzosen einig. Der Wirtschaft geht es nicht gut, vor allem die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch, und es wachsen immer mehr Zweifel, wie lange man sich die Finanzierung des kostspieligen Beamtenapparats noch leisten kann.

Nach den jüngst vorgestellten Reformplänen soll es unter anderem Firmen in Schwierigkeiten erleichtert werden, betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen. Zudem soll die Höhe von Abfindungen begrenzt werden, die Arbeitgeber zahlen müssen, wenn sie nach Entlassungen von Mitarbeitern vor Gericht unterliegen. Betriebsvereinbarungen zwischen der Firmenleitung und der Belegschaft sollen mehr Gewicht bekommen, und die bisher drei verschiedenen Gremien der Arbeitnehmervertretung in Unternehmen werden zusammengelegt. „Kurzgefasst geht es darum, das starre Arbeitsrecht zu deregulieren und für Unternehmer und Investoren ‚berechenbarere Verhältnisse' zu schaffen, wie es Regierungschef Philippe ausdrückt. Im Klartext heißt das: Die Gewerkschaften verlieren an Macht", analysierte die Tageszeitung „Die Welt".

Macrons Vorgänger haben sich seit Jahrzehnten um eine Arbeitsmarktreform bemüht, rückten aber nach Massenprotesten immer stark von ihren jeweiligen Vorhaben ab. Aufgrund seines doch eher schwachen Startes waren die anfangs hohen Popularitätswerte des 39-jährigen Präsidenten während der Sommermonate stark zurückgegangen. Doch die ganz großen Proteste bleiben bei ihm nun aus. Der als gemäßigt geltende größte Gewerkschaftsbund Frankreichs, die Confédération française démocratique du travail (CFDT, Französischer Demokratischer Gewerkschaftsbund) zeigte sich zwar enttäuscht von den Vorschlägen, hat jedoch vorerst auf Demonstrationen dagegen verzichtet. Die Confédération générale du travail (CGT, Allgemeiner Gewerkschaftsbund) befürchtet den Abbau von Arbeitnehmerrechten und hatte von Anfang an Streiks und Demonstrationen angekündigt. Der CGT-Vorsitzende, Philippe Martinez, sagte: „Alle unsere Befürchtungen haben sich bewahrheitet." Die Pläne bedeuteten das „Ende des Arbeitsvertrags" in seiner bisherigen Form. Doch der traditionell der Kommunistischen Partei nahestehende Gewerkschaftsbund vertritt nur einen Bruchteil der französischen Arbeitnehmer.

> Psychologisch geschickt versucht Emmanuel Macron, die Grande Nation mit Pathos bei ihrer Ehre zu packen



Er versucht, seinen Landsleuten die Souveränität, Entschlossenheit und Zuversicht zu vermitteln, die er auf seinem offiziellen Foto schon einmal rüberbringt: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron Bild: action press

Derzeit ist Macrons Regierung dabei, den Haushaltsplan für 2018 auszuarbeiten, um ihn am 27. September im Ministerrat vorstellen zu können. Frankreichs Präsident hatte der EU die Zusage gegeben, die Maastrichter Defizitgrenze im laufenden Jahr wieder einzuhalten. Im nächsten Jahr will er das Defizit von drei auf 2,7 Prozent reduzieren, 20 Milliarden Euro an Ausgaben einsparen und gleichzeitig die Abgaben für Unternehmen um elf Milliarden Euro senken.

Macron bezeichnet diese Maßnahmen in bester Merkel-Sprache als „alternativlos". Frankreich sei ein Land, das „Größe (grandeur) liebt". Die Franzosen benötigten anspruchsvolle Ziele, „Träume" und einen neuen „Heroismus". „Wir müssen wieder ein stolzes Land werden. Man muss erklären, dass es Helden in Frankreich gibt, Genies, Leute, die sich täglich engagieren", erklärte er in einer TV-Ansprache. Um die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, plant Macron „eine starke staatliche Ausbildungsanstrengung, vor allem in der beruflichen Bildung". Auch hier sollen die Sozialpartner, die Ausbildungsmittel oft für eigene Zwecke umgeleitet haben, zugunsten direkter staatlicher Steuerung in den Hintergrund gedrängt werden. Premierminister Philippe verteidigte die Reform als „ehrgeizig, ausgewogen und gerecht". Das bisherige Arbeitsrecht werde von Unternehmenschefs und ausländischen Investoren oft als Bremse für die Beschäftigung wahrgenommen, sagte er. Die von den Arbeitsgerichten (prud'hommes) zugesprochenen Abfindungen sind in Frankreich rund doppelt so hoch wie in Deutschland. Bei langjährigen Mitarbeitern können sie mehrere hunderttausend Euro erreichen.

Und Macron drückt weiter aufs Tempo, hat Anfang der vergangenen Woche angekündigt, Staatsbeteiligungen zu verkaufen, um damit Geld für Investitionen einnehmen zu können. Der Front National von Marine Le Pen sprach umgehend von „einem Ausverkauf unseres Tafelsilbers" und der charismatische Jean-Luc Mélenchon hat die Anhänger seiner ökosozialistischen Partei „La France insoumise" (FI, Unbeugsames Frankreich) aufgerufen, am 23. September gegen den „Raubtierkapitalismus" des Präsidenten auf die Straße zu gehen. Die Regierung zeigt sich alarmiert. Innenminister Gérard Collomb hat bei Herstellern unlängst 22 Tonnen Tränengas bestellt. Es könnte ein heißer Herbst in der Hauptstadt werden.

Peter Entinger

Israel unterstützt Dschihadisten

Bei der Bekämpfung seines syrischen Nachbarn ist der Judenstaat nicht wählerisch

In Israel ist die Angst vor der syrischen Regierung und ihren iranischen Verbündeten in Syrien größer als vor radikalislamischen Rebellen. Deshalb unterstützt Jerusalem eine Allianz radikalislamischer Rebellen an seiner Ostgrenze, die von einem Syrer mit deutscher Staatsangehörigkeit geleitet wird.

Israels Premier Benjamin Netanyahu besuchte im August Präsident Wladimir Putin in Russland zum sechsten Mal in weniger als zwei Jahren. Der israelische Premierminister reiste nach Sotschi an der Schwarzmeerküste, um „im Voraus" vor der Gefahr einer bewaffneten Konfrontation mit dem Iran in Syrien zu warnen, wenn die Kräfte von Teheran und seine schiitischen Verbündeten auf den Golanhöhen eingesetzt werden sollten. Der Golan ist ein syrisches Gebiet, das seit 50 Jahren unter israelischer Besetzung steht.

In den sechs Jahren syrischen Bürgerkriegs hat der jüdische Staat durch die diskrete humanitäre und logistische Unterstützung für die Rebellen der „Freien Syrischen Armee", die im Nachbarland gegen die Regierung von Staatschef Baschar al-Assad kämpfen, die Strategie der Schaffung einer Pufferzone an seiner östlichen Grenze verfolgt. Da es jetzt den Anschein hat, dass der Krieg in Syrien sich seinem Ende nähern könnte, fürchtet Netanyahu, dass die 18 000 Kämpfer der iranischen Revolutionsgarden und die libanesische Hisbollah-Miliz, die für die syrische Regierung kämpfen, die rote Linie des Golan-Plateaus überqueren könnten. Deshalb warnte er bei seinem Treffen mit Putin davor: „Wir werden uns mit allen Mitteln gegen diese Bedrohung verteidigen."

Vor Kurzem stellte sich in Jerusalem ein Führer der syrischen Opposition auf dem Golan der Presse. Es handelte sich um den seit 1990 in Deutschland lebenden syrischen Asylsucher Issam Zeitoun, der inzwischen einen deutschen Pass hat und schon öfters in Israel war. In einem ungewöhnlichen Auftritt vor Reportern in Jerusalem erbat er sich „internationale Hilfe" für Zivilisten in der Endphase des Krieges auf der Ostseite des Golan. Zwei Drittel der Ostgrenze des Golan sind in der Hand der syrischen Rebellen, die in den aufständischen Provinzen Quneitra und Deraa einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten haben. Seit Beginn des Aufstandes gegen die syrische Regierung werden sie von Israel diskret medizinisch und logistisch versorgt. Da das Rebellengebiet von der syrischen Armee umzingelt und im Süden ein Ableger des Islamischen Staates die Grenze zu Jordanien kontrolliert, sind die Rebellen in diesem Teil Syriens von der Unterstützung durch Israel abhängig. Während der Pressekonferenz in Jerusalem wurde ein Rebellenführer, der sich Abu Hamad nennt, per Videokonferenz direkt aus dem Kriegsgebiet zugeschaltet. „Die Situation ist jetzt sehr schlecht", sagte er, „es gibt keine Gesundheitsdienste oder Bildung, und die Lebensmittelpreise sind sehr hoch. Wir können teilweise nur überleben dank der Unterstützung von Israel", erklärte er ohne Angabe, ob er auch eine Art von wirtschaftlicher oder militärischer Zusammenarbeit erhalte. Abu Hamad erklärte auch per Skype-Kommunikation, dass andere syrische Oppositionsgruppen und viele Palästinenser sie des Verrates anklagten wegen des Kontaktes mit dem israelischen Militär. „Es ist uns egal, woher die Hilfe kommt, wir brauchen sie", sagte der Rebellenführer.

> Lebensmittel, Medizin, Kleidung und auch Geld

Israel hat offen zugegeben, dass es Rebellen östlich des Golan humanitäre Hilfe leistet, angeblich um mäßigend auf die Rebellen einzuwirken. In Gesundheitszentren im Norden und in einer Zeltklinik an der Grenze hat es in den letzten vier Jahren rund 3000 Syrer, meist Männer im wehrfähigen Alter, medizinisch behandelt. Die Zeitung „The Wall Street Journal" hat im letzten Jahr bezeugt, dass der jüdische Staat neben Medizin, Kleidung und Lebensmitteln auch Geld an die Aufständischen liefert, sodass diese die Gehälter ihrer Kämpfer bezahlen sowie Waffen und Munition kaufen konnten. Einer der Nutznießer dieser Hilfe war die Rebellengruppe der „Ritter des Golan", die aus rund 400 Kämpfern in der Provinz Quneitra besteht und mit Einheiten der Freien Syrischen Armee eine operative Allianz unterhält. Allein dem Namen nach könnte es sich bei den Rittern des Golan um eine dschihadistische, radikalislamische Gruppe handeln, die nach einem Ende der Kämpfe mit Assad auch ihre Waffen gegen Israel richten könnte.

Die Kämpfe haben sich in diesem Sommer an der Grenze der Golanhöhen verstärkt, da die syrische Armee an vielen Fronten Erfolge verzeichnet. Immer wenn Projektile der syrischen Armee auf dem Golan niedergehen, antwortet Israel mit Luftwaffen- und Artillerieeinsätzen, oft auch in ganz Syrien. *Bodo Bost*

Belastende Dossiers

Caracas' geheime Beziehungen zur FARC

Die Entmachtung des demokratisch gewählten Parlaments und die Übertragung der Macht an die Verfassungsgebende Versammlung (ANC) in Venezuela kommt einem Putsch gleich. Die ANC-Präsidentin Delcy Rodriguez war ganz offen, als sie sagte: „Wir werden zukünftig keine Abweichungen von der Präsidentenlinie mehr erlauben." Vielsagend war auch die erste Entscheidung, welche die Verfassungsgebende Versammlung getroffen hat. Man beschäftigte sich nicht etwa mit Tagesordnungspunkten, wie üblich bei einem neuen Gremium. Stattdessen ging man direkt daran, eine wirkliche Entscheidung zu treffen, nämlich die Absetzung der regierungskritischen Generalstaatsanwältin Luisa Ortega, die angefangen hatte, gegen die offenkundigen Wahlverstöße bei der Zusammensetzung der Verfassungsgebenden Versammlung zu ermitteln. Mit den Ermittlungen gegen Ortega wurde auch die Immunität ihres Mannes German Ferrer, der Mitglied des entmachteten Parlamentes war, aufgehoben.

Beide sind mittlerweile ins Nachbarland Kolumbien geflohen. Beide hätten Verhaftung und lebenslange Haft erwartet wie die beiden inhaftierten Oppositionsführer Leopoldo López und Antonio Ledezma. Das Ehepaar Ortega war allerdings, anders als die beiden Oppositionsführer, bis vor einigen Monaten noch überzeugte Chavisten, was zeigt, wie stark sich die Bevölkerung inzwischen von den herrschenden Machthabern abgesetzt hat.

> Luisa Ortega nahm die Unterlagen mit auf ihre Flucht

Luisa Ortega hat auf ihrer Flucht für die venezolanische Regierung brandgefährliche Dossiers mitgenommen, welche die Selbstbereicherung des Staatspräsidenten Nicolás Maduro und seiner Umgebung beweisen sollen sowie jahrelange geheime Beziehungen zu kolumbianischen Guerillagruppen, auch zur FARC, die erst unlängst aufgrund des Friedensvertrages mit der kolumbianischen Regierung ihre Waffen abgegeben hat.

In Venezuela hat der Staatspräsidenten schon vor Wochen neue Waffen an die sogenannten Arbeitermilizen verteilen lassen. Mit diesen wurden die meisten der 125 Demonstranten erschossen, die seit Mai dieses Jahres getötet wurden. *B.B.*

Angriff auf Monopolstellung der USA

Peking will BRICS vertiefen und erweitern sowie die New Development Bank stärken

Schon vor dem Jahrestreffen der BRICS-Staaten im südchinesischen Xiamen am 4. und 5. September gab der Gastgeber die große Linie vor: Peking werde weiteres Geld für die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten bereitstellen und zudem die New Development Bank (NDB) noch stärker unterstützen. Damit liegt ein Schwerpunkt auf den Themen Wirtschaft, Entwicklung und Finanzen.

Die BRICS-Länder, Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, repräsentieren fast ein Drittel der weltweiten Wirtschaftsleistung und üben so eine erhebliche Anziehungskraft auf andere Länder aus. Dementsprechend wurden auch Spitzenvertreter von weiteren Staaten eingeladen, so die Ministerpräsidenten von Thailand, Tadschikistan, Guinea, Mexiko und Ägypten. Ein Erfolg der Tagung sozusagen aus der zweiten Reihe: Russland wird seine Wirtschaftsbeziehungen zu Thailand festigen, mit Mexiko bei der Ölförderung zusammenarbeiten und wieder einen regelmäßigen Flugverkehr zu Ägypten aufnehmen.

Das entscheidende strategische Ziel der Staatengruppe aber ist es, eine multipolare Weltordnung aufzubauen. Dazu unerlässlich ist ein weiteres internationales Finanzsystem neben Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF), das den bisherigen Monopolisten, den USA, einen Wettbewerb aufzwingt. Chinas Staatspräsident Xi Jinping kündigte an, dass Peking nicht nur finanziell zu einem neuen wirtschaftlichen und technischen Kooperationsplan für die BRICS-Staaten beitragen, sondern auch die New Development Bank unterstützen werde. „Ich möchte hier ankündigen, dass China den wirtschaftlichen und technischen Kooperationsplan für BRICS-Länder mit 500 Millionen Yuan (rund 64 Millionen Euro) für die erste Periode startet, um einen politischen Austausch und eine praktische Kooperation in den Feldern Wirtschaft und Handel zu ermöglichen“, so Xi.

Der Plan, für Afrika eine Konkurrenz zur Weltbank zu schaffen, war einer der wesentlichen Gründe dafür, dass die NATO im Jahre 2011 Libyen zerstört und den Staatschef Muammar al-Gaddafi getötet hat. Er besaß zwar die finanziellen Mittel für sein Vorhaben, aber nicht die politische Macht. Mit China und Russland liegen die Dinge aber völlig anders. Die USA werden kaum einen Überfall auf diese beiden Länder riskieren, obwohl es ihre Weltmachtansprüche gefährdet, wenn das Monopol der Weltbank und des IWF fällt.

Chinas Ziel ist ein multipolares Gleichgewicht mit einem weiteren internationalen Finanzsystem neben Weltbank und IWF

Russlands Präsident Wladimir Putin beschrieb schon im Vorfeld des Gipfels die wichtigsten Aufgaben der New Development Bank. Eine von ihnen bestehe darin, ein internationales Kredit-Rating zu schaffen, das es erlaubt, Papiere auf den BRICS-Märkten zu emittieren. Zudem und mit zeitlicher Priorität soll die Kreditvergabe auf die jeweilige Nationalwährung eines Mitgliedslandes umgestellt werden. Auch diese Maßnahme berührt die USA unmittelbar, weil deren finanzielles Gerüst in erheblichem Maß darauf baut, dass bisher die allermeisten internationalen Finanzbewegungen in US-Dollar fakturiert worden sind. Inzwischen rechnen immer mehr Länder bei internationalen Geschäften in anderen Währungen, oftmals im chinesischen Yuan ab.

Zum bisherigen Gelingen der vielseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den fünf Ländern schrieb Putin in einem offenen Brief: „Wir schätzen den Konsens der BRICS-Länder in dieser Frage, weil er es uns ermöglicht, die Grundlagen eines offenen, gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften multilateralen Handelssystems zu bewahren und die Rolle der Welthandelsorganisation als Schlüssel-Regulator im internationalen Handel zu stärken.“ Putin bekräftigte zudem sein Vertrauen dahingehend, dass die BRICS-Länder weiterhin gegen Protektionismus und neue Barrieren im Welthandel einstehen werden. Diese Länder, so Putin weiter, hätten sich nicht auf Grund irgendwelcher ideologischer Vorstellungen zusammengefunden, sondern um ihre gemeinsamen Interessen zu verfolgen. Dazu gehöre vor allem auch ein fairer Welthandel.

Bei allen Schwierigkeiten, die es bei internationalen Zusammenschlüssen gibt – so etwa im vorliegenden Fall immer wiederkehrende Spannungen zwischen China und Indien – schlug Chinas Staatschef Xi Jingping vor, auf mittlere Sicht die BRICS-Gemeinschaft zu erweitern und ein „diversifiziertes Partnerschafts-Netz“ von Entwicklungs- und Schwellenländern zu schaffen. Wen man sich als die ersten Bewerber vorstellen kann, ist leicht aus der Einladungsliste abzulesen: Guinea, Ägypten, Mexiko, Tadschikistan und Thailand. Was Mexiko angeht, so hat der Vorschlag einen süß-herben Reiz: Das Land ist nämlich durch das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) mit den USA und Kanada verbunden.

Der russische BRICS-Fachmann Wladimir Dawydow hält „BRICS plus“ für einen spannenden und aussichtsreichen Vorschlag: „Momentan ändern sich die Verhältnisse in den internationalen Beziehungen grundlegend. Die Initiative ‚BRICS plus‘ bietet mehreren Volkswirtschaften dieser Welt die Möglichkeit, ihren Platz in diesem neuen System zu finden, wo es sehr viele Varianten der Bildung von gegenseitig vorteilhaften Allianzen gibt.“

BRICS mit der New Development Bank und die Neue Seidenstraße sind dabei, der Welt völlig neue Möglichkeiten zu eröffnen. Europa wird sich überlegen müssen, ob es weiterhin in ausschließlicher Gefolgschaft an den USA hängen will – um den Preis, dass es von der globalen Entwicklung abgehängt wird. Die Kraft der USA ist nicht mehr groß genug, um es davor zu bewahren.

Florian Stumfall

Anfang dieses Monats fand das diesjährige Jahrestreffen der BRICS-Staaten im südchinesischen Xiamen statt: Die Präsidenten Brasiliens, Russlands, Chinas und Südafrikas sowie der Premier Indiens (v.l.) Bild: Imago

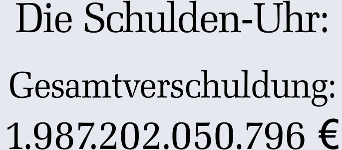
MELDUNGEN

Post und Bahn noch immer vorn

Berlin – Das ehemalige Staatsunternehmen Deutsche Post AG ist laut Bundeskartellamt auch über 20 Jahre nach der Privatisierung „keinem wesentlichen Wettbewerb ausgesetzt“. Auch die bundeseigene Deutsche Bahn AG hat im Schienenfernverkehr eine „faktische Alleinstellung“. Lediglich im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs sehe sie sich „fast durchgängig potenten Konkurrenten“ gegenüber. Insgesamt gesehen sei die Deutsche Bahn im Schienenverkehr aber „weiterhin mit deutlichem Abstand zu ihren Wettbewerbern das marktstärkste Unternehmen“. *J.H.*

Subventionen steigen weiter

Berlin – Die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes werden bis 2018 auf 25,2 Milliarden Euro ansteigen. Die Steuervergünstigungen steigen dabei auf 16,1 Milliarden Euro. 53,1 Prozent aller Subventionen gehen an die gewerbliche Wirtschaft. Hinzu kommen 10,74 Milliarden Euro Finanzhilfen, die von den Bundesländern gewährt werden. Größte Finanzhilfe des Bundes ist die Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung der KfW-Förderbank, die auf 1,794 Milliarden Euro steigen soll. *J.H.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.987.202.050.796 €
Vorwoche: 1.987.166.759.658 €

Verschuldung pro Kopf:
24.181 €
Vorwoche: 24.181 €

(Dienstag, 12. September 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Recht der Schüler

Von Manuel Ruoff

Neben der Freiheit und der Brüderlichkeit gehört die Gleichheit zu den Idealen der Französischen Revolution und damit auch des Westens. Ideengeschichtlich bedeutete Gleichheit für den Liberalen Rechtsgleichheit, für den Demokraten kam die politische Gleichheit hinzu und für den Sozialisten auch noch die wirtschaftliche Gleichheit, aber zur Rechtsgleichheit, der Gleichheit aller vor dem Gesetz, dem gleichen Recht für alle, bekannten sie sich alle.

In den Schulen werden zwar im Gegensatz zum Gericht nicht Verbrecher verurteilt, sondern Schüler beurteilt, aber ansonsten sind Urteile staatlicher Gerichte mit Beurteilungen staatlicher Schulen durchaus vergleichbar. Und analog zum gleichen Recht für alle vor Gericht sollte der Staat auch gleiche Abiturprüfungen für alle in den Schulen gewährleisten.

Ohne einen einheitlichen Maßstab, an dem alle gemessen werden, ist eine aussagekräftige, vergleichbare, faire Benotung kaum möglich. Auf eine Benotung nach gleichen Kriterien hat unser Nachwuchs aber einen Anspruch, solange Noten bei der Vergabe von Ausbildungs-, vor allem aber Studienplätzen, noch eine so entscheidende Rolle spielen wie zurzeit.

So ein Kreuz

Von Florian Stumfall

Wer weiß, schien man sich bei dem Lebensmittel-Discounter Lidl gedacht zu haben, da wir schon ein fein verpacktes Moussaka verkaufen, und nicht nur Griechen, sondern alle Arten Levantiner derlei gerne essen, vielleicht sollten wir die Kreuze wegretuschieren, die man, die Kirchen-Kuppeln krönend, auf der Abbildung von Santorin sehen kann, welche die Verpackung ziert. Denn zur Kundschaft gehören auch Mohammedaner, die könnten sich durch das christliche Symbol gekränkt fühlen und bei der Konkurrenz weltanschaulich einwandfreie Ware kaufen. Gesagt, getan, und die Santoriner Kirchen waren, zumindest bei Lidl, mit einem Mal ohne Kreuz.

Allerdings erhoben sich in einer seltenen Empörung christlichen Selbstbehauptens ebenso laute wie zahlreiche Stimmen, die gegenüber Lidl schwere Vorhaltungen erhoben, er schände um des Mammons willen die abendländische Glaubenstradition und das sei nicht zu dulden.

Doch warum eigentlich nicht? Man erinnert sich doch noch lebhaft des Besuchs zweier deutscher Bischöfe, der prominentesten ihrer Zunft, in Jerusalem, wo sie auf islamische Einwirkung hin ihre Brustkreuze abnahmen, um den frommen Moslem nicht zu kränken. Dabei hatten die beiden Kirchenvertreter nicht einmal die glaubwürdige Erklärung, sie täten das um des Geldes willen. Soll also Lidl den Kampf der Kirche kämpfen?

Nun – die Sache hat sich gegeben. Die Sache mit den Kreuzen wird repariert. Wahrscheinlich nicht, weil der Heilige Geist über Lidl gekommen wäre, sondern wahrscheinlich deshalb, weil es vorerst noch mehr einheimische als islamische Kunden gibt.

Die Rassismus-Keule schwingt

Von Hermann Paul Winter

Gemessen an der Häufigkeit, mit der in Deutschland der Vorwurf des Rassismus erhoben wird, müsste man annehmen, dass unser Land besonders rassistisch ist. Das ist jedoch nicht der Fall. Ungeachtet dessen überziehen die Vertreter des Parteien- und Medienkartells Kritiker des Asylchaos, der misslungenen Integrationsexperimente oder auch nur der Politik Angela Merkels geradezu stereotyp mit Rassismus-Anwürfen, um sie damit als Unpersonen hinzustellen.

Was hierbei bisweilen als Rassismus verkauft wird, geht ins Kuriose. Bereits der Zweifel daran, dass der illegale Massenzustrom oder die Ausbreitung des Islam unserem Land Nutzen bringt, kann die Rassismus-Keule zum Schwingen bringen, ohne dass es überhaupt um eine Rasse ginge.

Die SPD-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hat die Zunahme rassistischer Beleidigungen im Bundestagswahlkampf beklagt. Dabei nannte sie als Beispiel die Störung der Wahlkampfauftritte der Kanzlerin. Die Phantasie darüber, wofür der Begriff Rassismus heute dienen darf, ist offenbar grenzenlos. Dass in einem demokratischen Land unablässig versucht wird, politische Gegner mit vernichtendem Vokabular kaltzustellen, lässt Erinnerungen an die Vokabel des „Staatsfeinds“ in der DDR wach werden, mit der Dissidenten verunglimpft und gerichtet wurden.

Die Gerichte ergreifen auf merkwürdige Weise Partei

Die Kanzlerin – von jeher darauf bedacht, die AfD mit keinem Wort zu erwähnen – konnte neuerdings wohl ebenfalls nicht auf das Wörtchen „rassistisch“ verzichten, nachdem der AfD-Politiker Alexander Gauland geraten hatte, ihre türkischstämmige Staatsministerin in deren Heimat zu entlassen. Welch politische Wirkungskraft muss Merkel dem Begriff zurechnen, wenn sie mit ihm von ihrer Schweigestrategie abweicht?

Grotesk: Unter Nichteuropäern scheint es keine Rassisten zu geben! Besagte Staatsministerin durfte mit schweigender Billigung der Kanzlerin behaupten, die Deutschen hätten keine Kultur. Die Gerichte ergreifen auf merkwürdige Weise Partei: Es sei nicht strafbar, Deutsche als „Köterrasse“ zu bezeichnen, stellte die Staatsanwaltschaft Hamburg fest. Das Oberlandesgericht Karlsruhe urteilte, der Begriff Rassist werde gleichbedeutend mit „Islamophobie“ gebraucht, der Begriff Rassist sei daher gegenüber „Islamfeinden“ zulässig. Das Oberlandesgericht Frankfurt beschloss, ein im Internet veröffentlichter Rassismus-Anwurf sei keine Schmähkritik, sondern habe seine Begründung in der Ablehnung der islamischen Religion.

Die Rassismus-Polemik als linkes Kampfmittel hat im merkelschen Zeitalter Hochkonjunktur. Der Preis: Dank seines permanenten Missbrauchs verliert der Begriff Rassismus für die Darstellung tatsächlicher rassistischer Vorkommnisse zunehmend an Wirkung.



Auch sie missbrauchen den Rassismusvorwurf zur Bekämpfung des politischen Gegners: Die beiden ehemaligen Kabinettskolleginnen Manuela Schwesig (SPD) und Angela Merkel (CDU)

Bild: Imago

Frei gedacht

Die Qual der Wahl

Von Eva Herman

Historische Zeiten. Wie anders sollte man es sonst nennen, was sich bei uns alles schon entwickelt hat in den letzten Jahren. Sehenden Auges wird das Volk ausgetauscht, doch dieses merkt alles nur schleppend langsam, registriert einfach nicht die Realität, verweigert sich sogar hartnäckig, während dem Rest der Welt recht schnell klar war, was geschieht. Es ist vergleichbar mit einem Ehemann, dem die Frau Hörner aufsetzt: Sein Freundeskreis begreift zwar schnell, warnt ihn auch immer wieder. Doch der Ehemann mag nichts sehen und hören, was Veränderungen in sein Leben bringen würde. Alles läuft doch trotzdem irgendwie weiter. Oder? Die Wäsche macht sie ja noch, die Frau, und kochen tut sie auch. Soll sie doch ihren Spaß haben. Würde man ihn fragen, diesen bequemen Ehemann, ob er dieselbe Frau noch einmal heiraten würde, er täte es wohl. Alles läuft ja irgendwie weiter.

In Deutschland sind nun Wahlen, Bundestagswahlen. Das Land wählt eine neue Regierung. Viele Leute glauben immer noch, dass derjenige, der sich Kanzler nennt, tatsächlich Entscheidungsvollmacht hätte. Er – oder natürlich sie – sitzt zusammen mit vielen Ministern an einem großen Tisch und diskutiert über eine möglichst gute Zukunft des Landes. So stellen sich die Leute die Regierungsarbeit vor. Deswegen werden Fehlentscheidungen meist auch persönlich mit dem Regierungsoberhaupt verknüpft. Man versucht zu verstehen, welche Beweggründe ausschlaggebend gewesen sein könnten für Fehler und die damit verbundenen Probleme. Ja, es scheinen viele Menschen im Land immer noch so zu denken. Oder wie ist es sonst zu verstehen, dass der größte Teil der Bevölkerung wieder zu den Wahlen gehen will und tatsächlich meint, Einfluss auf anstehende Veränderungen zu haben? Warum ist der Denkschritt eigentlich so schwer, das ganze Wahl- und Parteiensystem einmal gänzlich in Frage zu stellen? Denn dass dieses längst ausgedient hat, da nachweislich extrem unbrauchbar, ist unschwer zu erkennen.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Muss die immer wiederkehrende Beobachtung nicht verwundern, dass es allermeist dieselben Handlungsträger sind, die einmal auf der Regierungsbank und in der nächsten Periode wieder auf dem Oppositionsgang Platz nehmen? Dass der, der heute als Gegenspieler bezeichnet wird, schon im nächsten Wahlgang Arm in Arm mit dem ehemaligen politischen Feind daherkommt, fröhlich das Glas hebend auf die gemeinsame Zukunft des Landes, während er die Rasierklinge im Ärmel heimlich wieder einfährt, um diese für die nächsten Jahre erst einmal auf Eis zu legen? So geschieht es doch jedes Mal erneut. Die unterschiedlichen, angeblichen „Volks“- Parteien, die inzwischen in Wahrheit längst ihre eigenen Ideale aufgegeben und sich jeweils angepasst haben an alles, was gerade den Ton angibt, alleine aus Überlebensangst, verhalten sich nicht anders als ein Flittchen, das den Liebhaber verlässt, weil es einen anderen gefunden hat, der es noch großzügiger aushält.

In Deutschland sind nun Wahlen, Bundestagswahlen. Und viele Leute wissen immer noch nicht, für wen sie sich entscheiden sollen. Gewiss, einige, die noch Hoffnung haben, das sich etwas zum Besseren wenden könnte im Land, liebäugeln mit der "Alternative" für Deutschland. Wenn ich wählen gehen würde, so täte ich dies vielleicht auch. Doch einmal ganz ehrlich: Was würde es denn nützen? Was würde sich wirklich verändern? Selbst wenn sie die Mehrheit erhalten sollte, diese noch nicht etablierte Partei, was wohl ziemlich ausgeschlossen ist, so müsste man hier mit anderen in eine Koalition gehen. Während sie doch heute noch in der blanken Opposition dazu steht. Und schon ginge der Kreislauf wieder los, ernst gemeinte Ideale und richtungsbestimmende Ziele würden in lauen Kompromissen, hinkenden Vergleichen und politisch korrekten Agreements verschwimmen wie die Milch im Kaffee, verschwimmen müssen. Anderes lässt dieses Parteiensystem gar nicht zu. Wer ehrlich das Gute für sein Volk umsetzen will, der hat nichts in einer Partei verloren. Denn eine Partei, der Name sagt es doch schon, ist zum Teilen, zum Spalten der Gesellschaft da. Da gibt es keine Einheit, denn jede will sich absetzen von den anderen durch immer wieder kühne Wahlversprechen (die hinterher natürlich nicht eingehalten werden), um Stimmen zu fangen. Und wozu braucht sie die Wählerstimmen? Richtig, um zu wachsen. *Das* ist der eigentliche und wahre Zweck einer Partei. Wie ein immer hungriges Ungeheuer frisst sie sich durch das Land, der Bauch wird immer dicker, je lauter die Töne sind, die das Monster spuckt. Sein Daseinszweck ist alleine Wachstum, genährt durch ewigen Machthunger. Nein, satt wird dieses Vieh niemals werden, denn das gehört nicht zu seiner speziellen Wesensart. Das Parteienmonster hat überhaupt nicht das Ziel, sich um das Wohl der Menschen im Lande zu kümmern, auch wenn es solchiges stets treuherzig beteuert. Es will und muss wachsen. Mehr nicht! Noch einmal: Wer Gutes für die Menschen im Land zum Ziele hat, und wer vor allem ehrlich im Charakter bleiben möchte, der kann nicht für eine Partei arbeiten. Er muss an dieser oder jener Stelle unehrlich werden. Es ist doch logisch, dass ein Parteienprogramm alleine schon nicht in Gänze akzeptiert werden kann in jedem Punkt in voller Überzeugung. Und selbst wenn es so wäre, spätestens zu jenem Zeitpunkt, in dem diese Partei in eine Koalition geht mit dem einstigen Gegner, gehen die Lügen und Verschleierungen los. Der einst Aufrechtes Lobende wird hineingezogen in den Strudel, wird nun Teil des gefräßigen Parteienmonsters, das doch nur die alleinige Aufgabe hat, den quälenden Machthunger zu stillen.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Währenddessen beginnt das Volk zu darben. Zunächst an der Seele. Denn es erkennt allmählich nebelhaft, dass etwas nicht stimmt, dass die Ideale verschwimmen und verschwinden, dass die Kraft zum Richtigen, zum Guten, zu fehlen scheint. Man sucht nach Lösungen, findet den Einäugigen unter den Blinden, macht ihn zum König. Und muss wiederum feststellen, dass auch der nichts taugt. Nach vielen Versuchen, die Jahre, Jahrzehnte aufzehren, weil sie immer munter die Bänke tauschen, die Blinden, die Einäugigen, die Machthungrigen, die vom Volke Finanzierten und Verwöhnten, schwant langsam die Ahnung, dass an diesem ganzen System etwas faul sein könnte, denn inzwischen geht es dem Volk immer schlechter. Aber was tun? Die Leute kennen ja nur dieses Parteiensystem, über anderes haben sie noch nie nachgedacht. Und nun beginnt der längste und verhängnisvollste Weg: Man beginnt zu hoffen. Zu hoffen, dass man doch bitte, irgendwie noch, Einfluss nehmen könnte. Durch was und wie? Aufruhr? Putsch? Aber wie? Mit wem? Tja, sie wissen es nicht. Weil sie niemals über wirkliche ganz andere Alternativen nachgedacht haben. Und so gehen sie: Genau – sie gehen wieder wählen.

Wer wirklich das Richtige, das Gute sucht, der hat nur eine einzige Wahl. Er muss sich mit dem Guten, Richtigen, mit dem Schöpfungsgesetzmäßigen verbinden. Das liegt ganz woanders als in Berlin. Doch es wird noch viel Zeit vergehen. Ein russisches Sprichwort sagt: Hoffnung ist ein Seil, auf dem viele Narren tanzen.

Ritt durch die Weltgeschichte

70 Jahre Landesarchäologie Rheinland-Pfalz: Jubiläumsausstellung in Mainz zeigt über 350 herausragende Exponate

Wahre Appetithäppchen: Die Landesausstellung in Mainz animiert mit ihren einmaligen archäologischen Exponaten, tiefer in die reiche Vergangenheit von Rheinland-Pfalz einzutauchen.

Wie feiert man 70 Jahre Landesarchäologie in einem Bundesland, das so viele spektakuläre Funde aufweisen kann wie kaum eine andere Region im westlichen Mitteleuropa? Ein Land, das alleine mit Trier eine Weltstadt der Antike besitzt, deren Römerbauten zum Unesco-Weltkulturerbe gehören. Ein Land, dessen Funde landauf, landab die Museen füllen und deren Bestand sich im Zuge von Baumaßnahmen und entsprechenden Notgrabungen rasant vergrößert. Bislang sind etwa 700000 Fundstellen im Land registriert. Jährlich kommen etwa 40 Großgrabungen und 900 Bergungen an akut gefährdeten Fundstellen hinzu.

Mit der Gründung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz im Jahre 1947 übernahmen die Dienststellen in Koblenz, Trier, Mainz und Speyer die Aufgaben der Bodendenkmalpflege in den jeweils zugehörigen Regierungsbezirken. Seit 2007 ist die Direktion Landesarchäologie ein Teil der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz (GDKE) mit Sitz in Mainz.

Um beim Jubiläum den Besucher nicht mit der Masse der Funde zu erschlagen, „begnügt“ sich die aktuelle Landesausstellung im Landesmuseum Mainz mit einem schnellen „Ritt“ durch die Weltgeschichte anhand hochkarätiger Einzelstücke oder Fundkomplexe aus neun Epochen. Unter dem Titel „vorZEITEN – Archäologische Schätze an Rhein und Mosel“ sind auf 850 Quadratmetern Ausstellungsfläche trotzdem noch über 350 Exponate zu sehen. Der Rundgang führt von der Erdgeschichte über Steinzeit, Bronzezeit, Eisenzeit, Römerzeit, Völkerwanderungszeit (Spätantike), Frühes Mittelalter und Mittelalter bis zur Neuzeit. Über der Aufteilung der Funde in 16 kleine Kabinette steht gedanklich in Großbuchstaben: Übersichtlichkeit und Anschaulichkeit.



Rund 25 Millionen Jahre alt: Die Flugmaus aus Enspel bei Bad Marienberg im Westerwaldkreis Bild: GDKE, Erdgeschichte, M. Poschmann

Ein didaktisches Konzept zum Wundern und Staunen, bei dem man Kinder und Jugendliche bewusst mit im Blick hatte. Die Kunstkammer, einst der Stolz eines jeden Schlossherrn, lässt grüßen. Viele Exponate stehen exemplarisch für Kulturräume, die sich von Südwest- bis Osteuropa erstreckten. Dabei gilt auch hier: Je älter, desto faszinierender. Daher ein näherer Blick in die Ausstellung bis zum Ende der Römerzeit.

Vor über 400 Millionen Jahren war Rheinland-Pfalz noch ein tiefer Ozean. Bei Bundenbach im Hunsrück (Landkreis Birkenfeld) traten beim Schieferabbau Fossilien jener Zeit zu Tage. Unter den 270 Tierarten, die bisher gefunden wurden, befindet sich auch ein Gliederfüßler (Trilobit), der nun per 3D-Drucker wieder auferstanden ist. Aus einem ehemaligen Maarsee in Enspel bei Bad Marienberg (Westerwaldkreis) stammen die fossilen Überreste einer gleitfliegenden Flugmaus, die vor 25 Millionen Jahren wohl zu weit auf den See hinaus geriet und ertrank. Ihre Flughaut ist so gut erhalten, dass eine naturgetreue Nachbildung des schon damals seltenen fliegenden Nagers möglich war. Eine Kratermulde der Wannenvulkane bei Ochtendung (Landkreis Mayen-Koblenz) barg die 170000 Jahre alte Schädelkalotte eines frühen Neandertalers. Spektakulärer allerdings ist die eiszeitliche Tanzszene, die man 1968 auf einem rund 15500 Jahre alten Lagerplatz in Gönnersdorf im Neuwieder Becken entdeckte. Die abstrakte Steingravur stellt vier in einer Reihe angeordnete Frauen dar. Eine trägt dabei ihr Kind auf dem Rücken.

Der dritte Abschnitt zum Thema Steinzeit gibt bis heute kriminalistische Rätsel auf. Ritualmorde? Massenkanibalismus? Im südpfälzischen Herxheim wurde vor etwa 7000 Jahren mindestens 500 Menschen wie bei Schlachtvieh das Fleisch von den Knochen geschabt. Ein Teil ihrer zerschlagenen Knochen samt Fundort sind nachgestellt.

Die Bronzezeit (zwischen 1800 und 1500 v. Chr.) brachte wieder Licht ins menschliche Dasein. Der mit einer Sonnenbarke verzierte Bronzeblecheimer aus Ochtendung ist ein Beleg für den damals europaweit verbreiteten Sonnenkult. Der großartige Hortfund wird ergänzt durch die jüngst entdeckten außergewöhnlich qualitätvollen Bronzeobjekte vom Hohenberg (Landkreis Südliche Weinstraße) sowie die Schmuck- und Keramikbeigaben aus dem Gräberfeld von Schifferstadt (Rhein-Pfalz Kreis), das man bei der Trassenfindung für die ICE-Strecke Ludwigshafen-Metz-Paris entdeckte.

Vom Glanz der Eisenzeit erzählen beispielhaft die keltischen Prunkgräber von Worms-Herrnsheim und Bescheid (Landkreis Trier-Saarburg). Sie umfassen neben Goldschmuck und Waffen auch nach etruskischem Vorbild gefertigte Schnabelkannen. Exotische Luxusgüter, die auch importiert wurden, durften in keinem Prunkgrab fehlen.

Die Römerzeit überrascht unter anderem mit zwei bis heute einmaligen Funden. Der eine ist eine römische Reiterstandarte in Form eines Drachenkopfs (um 260) aus dem Kastell in Niederbieber (Stadt Neuwied). Der andere ist der spektakuläre Schatzfund von Rülzheim (Kreis Germersheim), der Anfang 2014 durch die Presse ging. Zu den über hundert kostbaren Objekten gehört auch ein rund 1600 Jahre alter kunstvoller silberner Klappstuhl mit Eisenkern. Klapphocker sind seit über 4500 Jahren bezeugt. Ein Klappstuhl dieser Qualität und Machart ist bisher jedoch einzigartig.

Zu mehr Archäologie im ganzen Land führt die kostenlose Begleitbroschüre „Gehen Sie auf Entdeckertour“. Der gewaltige Kultur- und Landschaftspark Stöffel in Enspel im Westerwald, das Welterbemuseum in Bettendorf im Kreis Lahn-Taunus, die monumentale Festungsanlage Ehrenbreitstein in Koblenz am Mittelrhein, die geheimnisvollen Vulkanlandschaften in der Eifel, das imposante Amphitheater in Trier, die bedeutende Kaiserpfalz im rheinhessischen Ingelheim oder das riesige Ausgrabungsgelände auf dem römischen Vicus im pfälzischen Eisenberg sind nur einige der über 400 Originalschauplätze, archäologischen Ausgrabungen und Museen, die den Besuch lohnen. Oft an einem der vielen rheinland-pfälzischen Wander- und Themenwege gelegen, bieten sie Natur- und Kulturgenuss in einem.

Helga Schnehagen

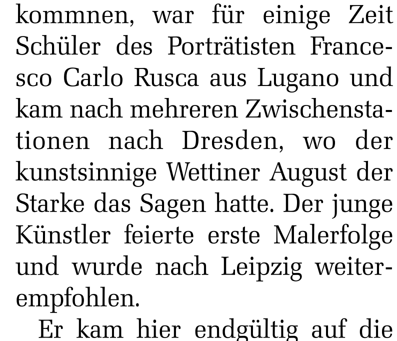
Die Landesausstellung läuft bis 29. Oktober, Landesmuseum, Große Bleiche 49–51, 55116 Mainz, geöffnet Mittwoch bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr, Dienstag bis 20 Uhr. Eintritt: 6 Euro. Ausstellungskatalog mit wissenschaftlicher Dokumentation, 344 Seiten, 24,95 Euro. Infos: www.vorzeiten-ausstellung.de

Unbestrittene Nummer Eins

Vor 300 Jahren begann der Porträtmaler Elias Gottlob Haußmann seine künstlerische Laufbahn

Elias Gottlob Haußmann begann seine Künstler-Karriere in Mitteldeutschland vor 300 Jahren mit einem Empfehlungsschreiben des Landgrafen Ernst Ludwig von Hessen-Darmstadt. Das war seine Eintrittskarte. Er fungierte in der Folge als offizieller Porträtmaler der Stadt Leipzig, wurde in Anerkennung seines Wirkens zum königlich polnischen sowie kurfürstlich sächsischen Hofmaler berufen und unterhielt lange Zeit eine richtiggehende Bilderfabrik, in der allerdings die Massenproduktion überwog. Damit befriedigte er die Ansprüche des Leipziger Bürgertums und seiner Repräsentanten zur Selbstdarstellung. Eine größere und nachhaltige Bekanntheit erlangten vor allem seine Porträts von Luise Adelgunde Victorie Gottsched, Gottfried Reiche und Johann Sebastian Bach. Haußmanns Bach-Porträt wurde als Vorlage für alle späteren Reproduktionen, Stiche und Lithographien benutzt und gehört heute mit vielen anderen Arbeiten des Künstlers zum Bestand des Stadtgeschichtlichen Museums von Leipzig.

Haußmann wurde 1695 in Gera im Herrschaftsgebiet der Reußen geboren. Sein Vater versuchte sein Glück in verschiedenen Orten als Kunstmaler, wurde vom kunstsinnigen Landgrafen von Hessen-Darmstadt zum Hofmaler berufen und bezog über einen längeren Zeitraum ein recht hohes Vierteljahresgehalt von „42 fl. 30 gr.“. Neben Auftragsarbeiten unterrichtete er seinen heranwachsenden Sohn Elias Gottlob, der ihn hinsichtlich der Begabung wohl übertraf. Landgraf Ernst Ludwig war von dem jungen Talent angetan, wollte aber aus eigner Tasche nicht zwei Hofmaler bezahlen und empfahl ihn deshalb mit Schreiben vom 15. September 1717 anderen Fürsten und auch Städten. Haußmann unternahm danach eine Studienreise durch Deutschland, um sich zu vervollkommnen, war für einige Zeit Schüler des Porträtisten Francesco Carlo Rusca aus Lugano und kam nach mehreren Zwischenstationen nach Dresden, wo der kunstsinnige Wettiner August der Starke das Sagen hatte. Der junge Künstler feierte erste Malerfolge und wurde nach Leipzig weiterempfohlen.



Er kam hier endgültig auf die Erfolgsbahn, profilierte sich als Porträtist und verweigerte sich andererseits den Vorgaben der Malerinnung. Der eskalierende Streit bewog Haußmann 1723 zur Rückkehr nach Dresden, wo er zum Hofmaler aufstieg. Er war nun wer, hatte wachsende Aufträge und weiterhin Nachfragen aus Leipzig.



Bild: CF

Das bekannte Bach-Porträt von Haußmann

Die umfangreiche und zahlungskräftige Kundschaft von der Pleiße veranlasste Haußmann wohl 1725 zum nochmaligen Wechsel nach Leipzig, wo er als Porträtmaler das aufstrebende Bürgertum bediente. Bürgermeister, Ratsherrn, Universitätsprofessoren, Handwerksmeister und Kaufleute verlangten nach Porträts. Dazu kam, dass mehrere Innungen Porträts von ihren Mitgliedern forderten. Sogar die Kirchengemeinden wählten ihn als Porträtisten. Alle wandten sich an Haußmann. Das Geschäft boomte und seine Werkstatt gedieh zur sprichwörtlichen Bilderfabrik mit einer Serienproduktion, die eine Grundkonzeption mit nur geringen persönlichen Abweichungen umsetzte. Besonders prominente Kunden wurden allerdings etwas individueller porträtiert. Daraus resultierten die Qualitätsunterschiede, die bis heute überraschen.

Haußmann war über Jahrzehnte die unbestrittene Nummer Eins unter den Porträtisten Leipzigs. Doch nach 1760 entwickelte sich Konkurrenz. Anton Graffs feinsinnige Darstellungen waren denen Haußmanns überlegen. Damit begann der langsame Niedergang. Doch der Maler hatte in 40 Jahren Reichtum erworben, war bis zuletzt angesehen und finanziell gut versorgt. Darüber starb der offizielle Porträtist Leipzigs am 11. April 1774 in der Messe- und Universitätsstadt. Viele Kupferstecher stachen später oft nach Haußmanns Porträts und sorgten so für die Verbreitung seiner Kunst und für zeitgeschichtliche Zeugnisse, die heute als unverzichtbar gelten. *Martin Stolzenau*

Bewegte Geschichte

Deutscher Herbst im Filmmuseum Potsdam

Passend zu den Terrorexzessen des Deutschen Herbstes vor 40 Jahren findet im Filmmuseum Potsdam ein Festival mit Filmen statt, welche die politische Radikalisierung zum Thema haben. Bei „moving history“, dem vom 20. bis 24. September in seiner ersten Ausgabe laufenden Festival des historischen Films, ist neben bekannten Filmen wie Margarethe von Trottas „Die bleierne Zeit“ oder Christian Petzolds „Die innere Sicherheit“ auch der Dokumentarfilm zu sehen, von welchem sich der Name der blutgetränkten Zeit von damals abgeleitet hat: „Deutschland im Herbst“, der 1978, ein Jahr nach den Terroraktenten, entstand.

Neues Festival »moving history«

Da Filme mit zeithistorischem Bezug häufig in Archiven verstauben, sorgt dieses Festival nun dafür, eine vergangene Epoche auch einem jungen, nachgeborenen Publikum vorzustellen. „Wir haben ‚moving history‘ gegründet, weil wir Filmen über historische Themen mit einem regelmäßigen Festival zu einer größeren Öffentlichkeit verhelfen möchten, und zwar über den Einzelfilm, das Tagesgeschäft und die Abgrenzung zwischen Kino und Fernsehen hinaus“, sagt Festivalleiterin Ilka Brombach.

Die erste Ausgabe des Festivals widmet sich der filmischen Wahrnehmung der RAF. Gezeigt werden die fiktionale und dokumentarische Werke aus den vergangenen 50 Jahren und aktuelle Produktionen, die sich mit Aspekten der Entstehung des Linksterrorismus als auch dessen Einflüssen, Wirkungen und Folgen befassen.

Im Anschluss an die Filmvorführungen sind Podiumsgespräche mit Regisseuren und Produzenten vorgesehen. Beim Festivalstart am 20. September um 14 Uhr von „Fritz Teufel oder Warum haben Sie nicht geschossen“ ist Regisseur Hans-Dieter Grabe eingeladen. Am 21. September ist Regisseur Andres Veiel zu Gast nach der Vorführung der Filme „Das Abonnement“ und „Wer, wenn nicht wir“. Margarethe von Trotta kommt am 22. September zur Vorstellung ihres Films „Die bleierne Zeit“. Lutz Hachmeister erläutert am 23. September seinen Film „Schleyer – Eine deutsche Geschichte“ und Volker Schlöndorff ist Gast bei der Aufführung von „Deutschland im Herbst“ am 24. September.

Das vollständige Programm ist im Internet unter www.moving-history.de zu finden. Einzelkarten für Aufführungen im Filmmuseum Potsdam (Breite Straße 1A) kosten 6 Euro, Tageskarten 10 Euro und ein Festivalpass für alle fünf Tage 35 Euro. Telefonische Reservierungen unter (0331) 2718112. *Harald Tews*

Kuh und Kalb für den Lehrer

In Preußen wurde vor 300 Jahren die allgemeine Schulpflicht eingeführt

Mit einem „allergnädigsten Special-Befehl“ vom 28. September 1717 führte der preußische König Friedrich Wilhelm I. für die Kinder zwischen dem fünften und dem zwölften Lebensjahr die Pflicht ein, sich beschulen zu lassen.

Friedrich Wilhelm I. trägt den Beinamen „Soldatenkönig“, aber viel mehr war er der „Große König des Inneren“, wie ihn Zeitgenossen nannten. Durch die Förderung des Handels, die Urbarmachung von Sumpf für den Ackerbau, die „Peuplierung“ des durch Pest und Kriege entvölkerten Landes sowie den Aufbau eines schlagkräftigen Heeres legte er den Grundstock für den Aufstieg Preußens zur wirtschaftlichen und militärischen Großmacht. Oft unerwähnt lassen Historiker, dass Friedrich Wilhelm die für zukünftige Generationen bedeutendste aller Reformen auf den Weg brachte: die Einführung der allgemeinen Schulpflicht.

Sein „allergnädigster Special-Befehl“ vom 28. September 1717 lautete: „Wir vernehmen missfällig und wird verschiedentlich von denen Inspectoren und Predigern bey Uns geklaget, dass die Eltern, absonderlich auf dem Lande, in Schickung ihrer Kinder zur Schule sich sehr säumig erzeigen, und dadurch die arme Jugend in grosse Unwissenheit, so wohl was das lesen, schreiben und rechnen betrifft, als auch in denen zu ihrem Heyl und Seligkeit dienenden höchstnötigen Stücken auffwachsen laßen.“

Jedes Kind soll vom fünften bis zum zwölften Lebensjahr zur Schule gehen, „gegen zwei Dreier wöchentliches Schulgeld, ... im Winter täglich und im Sommer, wann die Eltern bei ihrer Wirtschaft benötigt sein, zum wenigsten ein- oder zweimal die Woche, damit sie dasjenige, was im Winter erlernet worden, nicht gänzlich vergessen mögen.“ „Falls aber die Eltern das Vermögen nicht hätten; So wollen Wir dass solche Zwey Dreyer aus jeden Ortes Allmosen bezahlet werden sollen.“

Die Verordnung der Schulpflicht stößt auf Widerstand. Gutsbesitzer und Tagelöhner sträuben sich gleichermaßen. Die Kinder werden das ganze Jahr über zur Arbeit in den Ställen und auf den Feldern eingesetzt. Auch im königlichen Generaldirektorium findet der Erlass keine Gegenliebe. Friedrich Wilhelm verfügt, dass das Material zum Bau von Schulen aus der Staatskasse bezahlt werden soll. Die skurrile Sammelleidenschaft seiner Majestät geht schon genug ins Geld, finden die Minister, die Vorliebe für die „Langen Kerls“ seiner Privatgarde. Junge Männer mit einer Mindestgröße von 1,9 Metern, die „Riesen“, sind kaum zu finden und nicht umsonst zu haben. Friedrich Wilhelm lässt sie aus ganz Europa und sogar aus den holländischen Kolonien von Schleppern nach Potsdam verfrachten. Die Einwände des Direktoriums, dass die Schulreform zu kostspielig sei, lässt der für seinen Geiz bekannte König in diesem Fall nicht gelten. Er verlangt „weder Rat noch Räsonnement, sondern Gehorsam“. Anordnungen versieht er mit dem Vermerk „cito citissimo“, also umgehend, sofort. Die Schulpflicht gilt zunächst nur für die königlichen Domänen. Die übrigen Gutsherren sollen sich daran ein Beispiel nehmen. Sie versteht sich auch eher als Pflicht zum Unterricht. Wer Lehrer engagieren kann oder es sich selbst zutraut, darf seine Kinder wie bisher zu Hause unterrichten. Die Aufsicht über das Schulwesen obliegt der Kirche.

Selbst der Verweis auf die Kosten ließ den sparsamen König nicht von seinem Vorhaben ablassen

Vor Friedrich Wilhelm hatten schon andere Regenten erkannt, dass für einen prosperierenden Staat ein Mindestmaß an Bildung der Untertanen unerlässlich ist. Im Herzogtum Pfalz-Zweibrücken existierte ab 1592, in Sachsen-Gotha ab 1642 und in Württemberg ab 1649 die Schulpflicht. Der Preußenkönig trieb mit immer neuen Reskripten den Bau der Schulen voran. Kommissionen reisten durchs Land, die „ein wachsames Auge halten und Contravenienten“ zur Bestrafung anzeigen sollten. Noch schwieriger als der Schulbau war die Suche nach Schulmeistern. Sie wurden aus dem Kreis von Küstern, Handwerkern und entlassenen Soldaten rekrutiert. Kosten durften sie nichts.

Am 30. Juli 1736 regelte der König mit den „Principia regulativa“ ihr Auskommen. Sie erhielten eine Kuh samt Kalb, ein paar Schweine, Federvieh und ein Stück Acker. „Von Sr. K. Maj. einen Morgen Land, (welcher allemal hinter seinem Hause anzuweisen) solchen aufs beste zu nutzen. Die eingewidmeten Dorfschaften bearbeiten solchen und halten ihn im Gehege“. Ähnliche Bedingungen gelten für die „Teutschen Privatschulen“ in den Städten. Die Schulpflicht wird von vielen Eltern vor allem auf dem Land nicht befolgt. Die „wachsamen Augen“ können nicht bis in den hintersten Winkel des Reichs blikken. Doch als der König 1740 stirbt, gibt es bereits 1480 Schulen in Preußen.



Bild: akg images

Friedrich Wilhelm I. in der Schule: Neukolorierter Holzstich nach einem Gemälde von Adolph Menzel

Friedrich der Große führte das Werk des Vaters fort. Sein enger Berater war Johann Julius Hecker. Der evangelische Theologe hatte 1747 die erste ökonomisch-mathematische Realschule in Berlin gegründet. 1748 folgte das erste Lehrerseminar. Hecker schickte seine Realschüler als Praktikanten in Handwerksbetriebe und Manufakturen, ein Vorläufer der dualen Ausbildung. In den Maulbeergärten arbeiteten sie neben dem Unterricht in der Seidenraupenzucht, ein ehrgeiziges Projekt des Königs, der den kostbaren Stoff in Berlin produzieren wollte. Das Generallandschulreglement, das Friedrich II. 1763 erließ und das die Schulpflicht auf acht Jahre festschrieb, wurde im Wesentlichen von Hecker erarbeitet.

„Zuvörderst wollen Wir, dass alle Unsere Untertanen, es mögen sein Eltern, Vormünder oder Herrschaften, denen die Erziehung der Jugend obliegt, ihre eigenen sowohl als ihrer Pflege anvertrauten Kinder, Knaben oder Mädchen, wo nicht eher, doch höchstens vom fünften Jahre ihres Alters in die Schule schicken, auch damit ordentlich bis ins dreizehnte und vierzehnte Jahr kontinuieren und sie so lange zur Schule halten sollen, bis sie nicht nur das Nötigste vom Christentum gefasst haben und fertig lesen und schreiben, sondern auch von demjenigen Rede und Antwort geben können, was ihnen nach den von Unsern Konsistorien verordneten und approbierten Lehrbüchern beigebracht werden soll.“

Das Generallandschulreglement bildete die Basis des Volksschulwesens in Preußen und im Deutschen Reich. Die „Schule fürs Volk“ mit dem Volksschulabschluss blieb bis in die 1960er Jahre in der Bundesrepublik bestehen. Danach traten Grund- und Hauptschule an ihre Stelle.

Klaus J. Groth

Ein Medikament bewirkte Tausende Missbildungen

Vor 60 Jahren kam Contergan auf den Markt, das für den größten Medizin-Skandal in der deutschen Geschichte sorgte

Nach der Einnahme des Schlaf- und Beruhigungsmittels Contergan brachten Frauen in der Bundesrepublik und anderswo Tausende schwer geschädigte Kinder auf die Welt, deren Situation auch heute – im höheren Erwachsenenalter – immer noch äußerst prekär ist. Trotzdem wird der Contergan-Wirkstoff Thalidomid weiterhin eingesetzt.

Im März 1954 synthetisierten Wilhelm Kunz, Herbert Keller und Heinrich Mückter von der Forschungsabteilung des Pharmaunternehmens Chemie Grünenthal GmbH in Stolberg bei Aachen eine Substanz namens Thalidomid. Diese erwies sich im Tierversuch als beruhigend beziehungsweise schlaffördernd, zeigte keine ersichtlichen Nebenwirkungen, und toxisch war sie offenbar auch nicht. Damit schien eine hervorragende Alternative zu den bisher verwendeten, schwierig zu handhabenden bromhaltigen Beruhigungsmitteln gefunden zu sein.

Der Hersteller, die Grünenthal GmbH, macht heute milliardenschwere Umsätze, aber die Opferrenten zahlt der Steuerzahler

Grünenthal vertrieb die Neuentwicklung ab dem 1. Oktober 1957 unter dem Handelsnamen „Contergan“ zuerst in der Bundesrepublik Deutschland und dann in 46 weiteren Staaten. Aufgrund seiner angeblichen Ungefährlichkeit galt das rezeptfrei zu erhaltende Contergan als das „Schlafmittel des Jahrhunderts“. Besonders nachdrücklich empfohlen wurde es dabei Frauen, die ein Kind erwarteten, weil die Einnahme nebenher noch die morgendliche Übelkeit dämpfte. Allerdings verursachte Thalidomid – sofern in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft eingenommen – auch schwere Missbildungen oder gar das völligen Fehlen von Gliedmaßen beim Fötus. Diese fatale Nebenwirkung blieb jedoch zunächst unerkannt.

Verantwortlich hierfür war die mangelhafte zentrale Erfassung von Missbildungen bei Neugeborenen. Die Bundesrepublik zögerte nämlich, ein entsprechendes Meldewesen zu etablieren, weil das an die Praxis der Nationalsozialisten erinnerte, die Behinderte zuerst registriert und dann im Rahmen der Euthanasie-Aktion T4 ermordet hatten. Und als man die wachsende Zahl geschädigter Neugeborener beim besten Willen nicht mehr übersehen konnte, wurde diese auf Atomwaffentests zurückgeführt, oder die Experten vermuteten genetische Ursachen beziehungsweise ein Fehlverhalten der Mütter.

Des Rätsels Lösung fanden schließlich unabhängig voneinander der Hamburger Mediziner Widukind Lenz und dessen australischer Fachkollege William Griffith McBride. Ersterer wandte sich zunächst direkt an Heinrich Mückter von der Firma Grünenthal und machte dann am 19. November 1961 auf dem Jahreskongress der Vereinigung der Rheinisch-Westfälischen Kinderärzte in Düsseldorf seine Untersuchungsergebnisse öffentlich, weil das Pharmaunternehmen nicht auf Warnungen sowie die mittlerweile schon 1600 eingegangenen Hinweise auf Fehlbildungen reagierte: „Die sofortige Zurückziehung des Mittels ist erforderlich. Jeder Monat Verzögerung bedeutet die Geburt von 50 bis 100 entsetzlich verstümmelten Kindern.“

Den Vortrag von Lenz hörte auch ein Redakteur der „Welt am Sonntag“. Danach titelte diese am 26. November 1961: „Missgeburten durch Tabletten? Alarmierender Verdacht eines Arztes gegen ein weitverbreitetes Medikament.“ Daraufhin nahm Grünenthal das inzwischen schon millionenfach verkaufte Contergan über Nacht vom Markt.

Bis dahin waren etwa 10 000 Kinder mit Schäden an Armen und Beinen, Augen und Ohren, den inneren Organen und Genitalien auf die Welt gekommen – 7000 davon wahrscheinlich allein in der Bundesrepublik. Weitere Opfer wurden aus etwa 40 Ländern rund um den Globus gemeldet. Dabei fielen die Schäden häufig so schwer aus, dass etwa die Hälfte der Betroffenen bereits im Säuglingsalter verstarb. Deshalb leben in der Bundesrepublik mittlerweile auch nur noch knapp 2400 Contergan-„Kinder“.

Der Wirkstoff, Thalidomid, wird heute mit Erfolg zur Behandlung von Lepra und Krebs bei Nichtschwangeren eingesetzt

Da Grünenthal die alarmierenden Berichte über Missbildungen zunächst vollkommen ignoriert hatte und dann teilweise mit unlauteren Mitteln zu unterdrücken versuchte, mussten sich neun führende Mitarbeiter des Pharmaunternehmens vor der 1. Großen Strafkammer des Landgerichts Aachen wegen vorsätzlicher Körperverletzung und fahrlässiger Tötung verantworten. Der Prozess, bei dem 312 Geschädigte als Nebenkläger auftraten, endete am 18. Dezember 1970 nach 283 Verhandlungstagen mit der Einstellung des Verfahrens wegen „geringfügiger Schuld“ der Angeklagten sowie angeblich „mangelnden öffentlichen Interesses“.

Dem vorausgegangen war ein Vergleich, den die Eltern der Betroffenen mit Grünenthal geschlossen hatten, um nicht vielleicht am Ende völlig leer auszugehen. Das Unternehmen verpflichtete sich, 100 Millionen D-Mark Entschädigung zu zahlen. Allerdings reichte diese Summe, die später einmalig um weitere 50 Millionen aufgestockt wurde, in keiner Weise aus, um das verursachte Leid nachhaltig zu mindern. Daher kommt heute der deutsche Steuerzahler für die Renten der Contergan-Opfer auf, obwohl Grünenthal inzwischen Jahresumsätze im Milliardenbereich erzielt. 2013 wurden die Unterhaltsleistungen durch einen Beschluss des Bundestages versechsfacht, sodass die am schwersten Betroffenen nun bis zu 6912 Euro pro Monat erhalten. Das klingt viel, ist aber im Hinblick auf die speziellen Probleme von Contergan-Geschädigten bitter nötig.

Zwar fanden sie zunächst vielfach durch enorme Eigenanstrengungen den Weg ins berufliche und soziale Leben. So liegt ihre Quote bei den Hochschulabschlüssen deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Erinnert sei auch an Thomas Quasthoff, der zum gefeierten Opernsänger und Professor an der Berliner Hochschule für Musik avancierte. Allerdings leiden viele Contergan-Opfer jetzt unter den Folgen der jahrzehntelangen extremen Fehlbelastungen von Bändern, Muskeln und Gelenken. Deswegen sind sie in zunehmendem Maße auf fremde Hilfe angewiesen.

Ansonsten war die Karriere von Thalidomid mit dem Skandal keineswegs vorbei, denn es eignet sich hervorragend zur Behandlung von Lepra und Krebs, da es eben nicht nur das Wachstum der Gliedmaßen beim Fötus hemmt, sondern auch von Blutgefäßen, die bösartige Wucherungen versorgen. Unglücklicherweise führte der Einsatz von Thalidomid in Brasilien bei der Bekämpfung der Lepra aber zu einer neuen Welle von Missbildungen bei Neugeborenen, weil Analphabetinnen das Warnpiktogramm auf der Packung, das eine durchgestrichene Schwangere zeigte, als Hinweis darauf verstanden, dass es sich hier um ein Antibabypillen handele.

Wolfgang Kaufmann

Das Ende der frachttragenden Segelschulschiffe

Der Untergang der »Pamir« war die größte Katastrophe der zivilen Schifffahrt in der deutschen Nachkriegsgeschichte

Der Untergang der Viermastbark „Pamir" in einem Hurrikan vor 60 Jahren markierte das Ende der Epoche der frachttragenden Segelschulschiffe, einer bis dahin stolzen Tradition der deutschen Handelsschifffahrt.

Die „Pamir" war ein sehr schnelles und stabiles Segelschiff und gehörte zur Flotte der „Flying P-Liner" der Reederei Laeisz. Sie wurde 1905 bei Blohm + Voss in Hamburg gebaut und fuhr auf der Salpeterroute von Hamburg rund um Kap Hoorn nach Chile und legte in den 20er Jahren zwei Rekordfahrten in nur 75 Tagen zurück. 1931 verkaufte die Reederei das Schiff an den finnischen Reeder Gustav Erikson, wie auch ein Jahr später die bauähnliche „Passat". Fortan wurden sie in der Weizenfahrt ab Australien eingesetzt. Die „Pamir" gewann 1932 die sogenannte Weizenregatta, eine Wettfahrt von frachttragenden Großseglern. Im Zweiten Weltkrieg wurde sie in Neuseeland beschlagnahmt, da Finnland 1941 auf der Seite des Deutschen Reichs in den Krieg eingetreten war. Unter neuseeländischer Flagge wurde sie für Transportfahrten in die Vereinigten Staaten von Amerika und dabei auch zur Ausbildung von seemännischem Nachwuchs eingesetzt. 1948 erhielt die Reederei Eriksen die „Pamir" zurück. Nach letzten Australien-Fahrten, die nicht mehr rentabel waren, wurden sowohl die „Pamir" als auch die „Passat" 1950 an ein belgisches Abwrackunternehmen verkauft. Ihr Schicksal schien damit besiegelt zu sein.

Mit frischem unternehmerischem Wagemut versuchten die Reeder und Kaufleute nach dem Zweiten Weltkrieg trotz alliierter Beschränkungen die deutsche Handelsflotte wieder aufzubauen. Es fehlte jedoch neben Schiffen auch an seemännischem Nachwuchs. Zu viele Seeleute hatten im Krieg ihr nasses Grab auf See gefunden. Die klassische Ausbildung, um junge Männer mit der Seefahrt vertraut zu machen, begann traditionell auf Großseglern. Der aus Ostpreußen stammende Reeder Heinz Schliewen, dessen Vater Kontakte zur Königsberger Poseidon-Reederei hatte, rettete zusammen mit Kapitän Helmut Grubbe die beiden stählernen Viermastbarken vor den Schneidbrennern und ließ sie in Kiel zur Nutzung als frachttragende Segelschulschiffe umbauen. Zur besseren Manövrierfähigkeit wurden eine Maschinenanlage mit 900 PS eingebaut und eine zeitgemäße Funkanlage installiert. Außerdem mussten zusätzliche Unterkünfte für die Ausbilder und Kadetten geschaffen werden. Im Januar 1952 legte die „Pamir" zum ersten Mal mit Kadetten an Bord von Hamburg ab, wurde aber bereits nach zwei Reisen in Rotterdam an die Kette gelegt, weil Schliewen Zahlungsschwierigkeiten hatte. Sie wurde dann im April 1954 an den Hauptgläubiger, die Schleswig-Holsteinische Landesbank, versteigert, die Kapitän Grubbe als Treuhänder einsetzte. Die neugegründete „Stiftung Pamir und Passat", die aus einem Konsortium von 40 deutschen Reedern hervorgegangen war, erwarb beide Schiffe und setzte sie ab Anfang 1955 wieder als frachttragende Segelschulschiffe nach Argentinien und Uruguay ein, sodass die gefährliche Umrundung von Kap Hoorn fortan vermieden wurde.



Unter Vollzeug: Die 1905 für die Hamburger Reederei F. Laeisz gebaute Viermastbark „Pamir" Bild: pa

Die letzte Fahrt der „Pamir" stand von Anfang an unter einem schlechten Stern. Da die Hafenarbeiter und Stauer in Buenos Aires streikten, hatte die Besatzung die Gerste selbst verladen. Anstelle der früher üblichen Ladung in Säcken war der größte Teil der 3780 Tonnen Gerste lose gelagert worden und nur 250 Tonnen waren in Säcken in fünf oberen Lagen gegen das Verrutschen gestaut worden. Die „Pamir" verfügte zwar über ein Längsschott, allerdings verrutscht Gerste von allen Getreidearten am leichtesten.

> Das Unglück löste die bis dahin größte Rettungsaktion in der Geschichte der Handelsschifffahrt aus

Am 11. August 1957 erfolgte unter Kapitän Johannes Diebisch die Abreise nach Hamburg. Die „Pamir" segelte auf dem für Windjammer üblichen S-förmigen Kurs über den Atlantik. Südwestlich der Azoren tobte der Hurrikan „Carrie", der mehrfach seine Richtung wechselte und am 21. September dann direkt auf die „Pamir" zukam. Um 9.30 Uhr Ortszeit erreichte der Hurrikan das Schiff so plötzlich, dass die Segel nicht mehr eingeholt werden konnten, sondern rissen oder abgeschnitten werden mussten, sodass das Schiff bereits eine Stunde später ohne Segel mit 30 Grad Schlagseite hilflos im Sturm trieb. Der Funker setzte verzweifelte SOS-Rufe ab, aber kein Schiff erreichte die Position rechtzeitig zur Rettung. Die „Pamir" kenterte gegen 12 Uhr und versank kurz darauf in den Atlantikfluten. Durch die Schlagseite konnten die Rettungsboote nicht ordnungsgemäß zu Wasser gelassen werden, sodass nur drei beschädigte Boote ohne Vorräte und funktionierende Seenotraketen, die sich beim Untergang gelöst hatten, in der aufgewühlten See trieben. Wer nicht gleich beim Untergang mit in die Tiefe gerissen oder vom Sturm abgetrieben wurde, versuchte verzweifelt, eines der Boote zu erreichen. Die bis dahin größte Rettungsaktion in der Geschichte der Handelsschifffahrt lief an und 78 Schiffe aus 13 Ländern suchten eine Woche lang nach den Vermissten. Nach zwei Tagen konnten fünf Überlebende von einem schwer beschädigten Rettungsboot geborgen werden, ein Tag später noch ein weiterer Überlebender. 80 der 86 Besatzungsmitglieder kamen ums Leben. Der Untergang löste einen Schock aus, so unvorstellbar war der schreckliche Tod der größtenteils blutjungen Seeleute, hatte doch die „Pamir" in all ihren Fahrten um Kap Hoorn viel schwereren Stürmen getrotzt.

Die Seeamtsverhandlung kam zu dem Ergebnis, dass es eine Verkettung verschiedener Umstände war, die nicht sachgerechte Stauung und dadurch das Verschieben der Ladung, das zu späte Einholen der Segel und die ungenügende Verschließung der Bullaugen – da niemand von der Schiffsführung überlebt hatte, blieben viele Fragen offen. Die Ära der frachttragenden Segelschulschiffe war endgültig vorbei. *Britta Heitmann*

Das Regelwerk des Reitens stammt aus Preußen

Die unter Friedrich dem Großen erlassenen Richtlinien werden bis heute weltweit beachtet

Was hatte Rainer Maria Rilkes Cornet mit einem Dressurreiter unserer Tage gemeinsam – außer, dass sie beide viel Zeit im Sattel verbrachten? Die größte Gemeinsamkeit zwischen dem Fahnenträger Christoph Rilke aus Rainer Maria Rilkes Erzählung „Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke" und den Herrschaften, die sich heute auf dem Dressurviereck bewegen, dürfte sein, dass sie demselben Regelwerk folgen. Mit diesem – in deutschsprachigen Ländern unter dem Namen „Richtlinien für das Reiten" erhältlichen – Werk haben die Preußen eine weitere Spur in der Geschichte hinterlassen.

Aber bevor wir zur preußischen Kavallerie kommen, müssen wir ein Stück in der Geschichte zurück – bis zu Sokrates' Schüler Xenophon, der zwischen 430 und 355 vor Christi Geburt in Griechenland lebte. Der Politiker, Feldherr und Schriftsteller in den Bereichen Geschichte, Ökonomie und Philosophie stammte vermutlich aus einer Ritterfamilie und wandelte insofern auf den Spuren seiner Vorfahren, als er selbst Reiteroffizier wurde. Als solcher hat er nicht nur diverse Schlachten geschlagen, sondern auch gewusst, dass es für den Sieg im Krieg nicht reicht, so und so viele Soldaten zu Pferd einem Feind entgegen zu schicken. Daher hat er die erste uns bekannte Reitlehre geschrieben.

Nun gibt es heute Leute, die glauben, beim Reiten arbeite nur das Pferd, während der Reiter sich bequem herumtragen lasse. Wer auch nur einmal für eine Runde in den Sattel gestiegen ist, weiß, dass dem nicht so ist. Bei der preußischen Kavallerie ging man jedenfalls davon aus, dass es bei täglichem Reitunterricht ungefähr ein Jahr dauert, bis ein Anfänger sattelfest ist. Bis er so weit ist, dass er nicht nur auf einem Pferd zurechtkommt, das ein anderer für ihn ausgebildet hat, sondern einem Pferd selbst etwas beibringen kann, muss man noch einmal drei, vier Jahre rechnen.



Die Levade: Gemälde von Ludwig Koch Bild: CF

Die Reiter waren bis ins 17. Jahrhundert mehr oder minder Einzelkämpfer. Rundum gepanzert, ließen sie schwere Kaliber übers Schlachtfeld stapfen, wobei diese Pferde sehr gut ausgebildet waren. Sie beherrschten das, was heute nur noch in den allervornehmsten traditionellen Reitinstituten unter dem Oberbegriff „Schulen über der Erde" geritten wird wie zum Beispiel die Levade und die Kapriole.

Bei der Levade schiebt das Pferd die Hinterbeine unter den Körper und nimmt damit Gewicht auf – so viel, dass es die Vorderbeine frei bekommt und den Oberkörper erheben kann. Mit der Levade konnte sich ein Reiter dem Angriff von Fußsoldaten entziehen – wer traut sich an ein Pferd heran, dass auf den Hinterbeinen steht und auf Menschenkopfhöhe mit den Vorderhufen fuchtelt? Kapriole ist für umstehende Menschen ebenfalls gefährlich. Das Pferd springt mit allen Vieren möglichst hoch in die Luft und feuert dann mit den Hinterbeinen aus.

Im 18. Jahrhundert waren Einzelkämpfer zu Pferd nicht mehr gefragt. Man kam darauf, dass die Kavallerie am besten funktioniert, wenn sie im geordneten Pulk auf den Gegner einstürmt.

Es war mit Friedrich dem Großen ein Preuße, der sich um eine Regulierung und damit Verbesserung der Kavallerie bemühte. Der Preußenkönig, Berichten von Zeitgenossen zufolge kein toller Reiter, sah, woran es fehlte und ließ Richtlinien schreiben, die er wie folgt ankündigte: „Weil Ich bishero zu Meinem besonderen Mißvergnügen gesehen habe, daß die Generale nicht alle Male das prästiret, was Ich von Ihnen erwartet habe, so bin ich dadurch endlich vollkommen überzeugt worden, daß die Schuld an mir gelegen, weil es Ihnen an meiner Instruktion gefehlt hat ..."

Die regulierte Ausbildung war ein Erfolgsfaktor der preußischen Kavallerie. Weitere waren die Qualität der Pferde und das Image der berittenen Soldaten. Anderswo musste die Kavallerie mühsam Pferde requirieren, in Preußen dagegen belieferten zwei Staatsgestüte – das legendäre Trakehnen und das Gestüt in Neustadt/Dosse – die entsprechenden Regimenter. Die waren in ihren schicken Uniformen so angesehen, dass vermutlich alle preußischen Knaben von einer Karriere im Sattel träumten. Entsprechend konnte sich die Kavallerie die Besten herauspicken.

Im 19. und 20. Jahrhundert galt die preußische Kavallerie als die beste aller berittenen Truppen – und innerhalb der Kavallerie waren es die Kürassiere, welche die Führung beanspruchten. Als legitime Nachfolger der Ritter waren sie mit Brustharnisch auf schweren Pferden unterwegs. Als ihr bestes Regiment galt traditionell die Garde du Corps, deren Chef jeweils der König von Preußen war. Bei der Garde du Corps lagen dann auch die Anfänge der Sportreiterei. Die ersten Wettbewerbe waren Distanzritte – zum Beispiel von Wien nach Berlin, querfeldein durchs Gelände. Dazu kamen Hindernisrennen und – zum Beispiel im Rahmen der Abschlussprüfung eines Kavalleristen – die ersten Dressurprüfungen.



Die Kapriole: Gemälde von Ludwig Koch Bild: CF

Ein spezielles Reglement dafür musste nicht erfunden werden. Man nahm einfach die Reitvorschriften der Kavallerie, die im Lauf der Jahrhunderte immer wieder einmal überarbeitet worden waren. Dabei kam es übrigens weniger auf Inhalte als auf allgemein verständliche und nachvollziehbare Erklärungen an. Im Sommer 1937 erschien die letzte Überarbeitung. Sie basierte auf den preußischen Reitinstruktionen von 1882 und nannte sich nun in dieser neuen Fassung „Reitvorschrift H.Dv.12". Das „H.Dv." stand für „Heeres-Dienstvorschrift".

1945 war das Thema „Kavallerie" dann endgültig erledigt. Die Heeres-Reitschule in Hannover, die in Deutschland das gewesen war, was in Frankreich der Cadre Noir in Saumur und in Österreich die Spanische Hofreitschule war, gab es nicht mehr. Doch dafür kam die Sportreiterei auf, und schon in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde in Deutschland die Deutsche Reiterliche Vereinigung gegründet. Die nun brauchte ein Regelwerk – und warum nicht aufs Bewährte zurückgreifen? Man warf einfach das spezifisch militärische aus der H.Dv.12 und taufte sie in „Richtlinien für das Reiten und Fahren" um. Voilà – damit konnten die deutschen Reiter da weitermachen, wo die Kavallerie aufgehört hatte. Und weil Deutschland die führende Dressurnation war, setzten sich die Deutschen auch bei der Erstellung der internationalen Richtlinien für den Reitsport durch – mit dem Erfolg, dass Preußens Erbe heute überall auf der Welt nachgeritten wird. *Sibylle Luise Binder*

Der Moment der Woche



Foto: pa

Große Freude im Kölner Zoo: Jüngst kam Elefantenbaby Kitai zur Welt. Wenig später wurde bekannt, dass eine US-Amerikanerin mit deutschen Wurzeln dem Zoo 22 Millionen Dollar spendete. Elisabeth Reichert tat es vor allem im Namen ihres verstorbenen Mannes. Als Jude konnte Arnulf Reichert im Dritten Reich nur überleben, weil ihm viele Kölner halfen und vor den Schergen des Regimes versteckten. 1946 wanderte das Ehepaar aus und verdiente mit einem Großhandel für Haustierbedarf ein Vermögen. Vergessen hat Arnulf Reichert die lebensrettende Unterstützung seiner Mitbürger nie. Die Kollektivschuldthese dürfte ihm ebenso fremd gewesen sein wie die Idee vom Tätervolk. *FH*

Ein wärmender Begriff

Globalisierungsskepsis und Völkerwanderung: Warum die eigene Heimat wieder »in« ist

Viele Jahrzehnte war das Wort verpönt, in Politiker- und Intellektuellen-Zirkeln befürchtete man einen Missbrauch, jetzt erobert es sich seinen Platz zurück. Es erlebt in Büchern und Radio-Feuilletons eine Auferstehung: „Heimat“ ist plötzlich wieder „in“. Die Titel, die irgendwie mit diesem wärmenden Begriff zu tun haben, sind kaum noch zu zählen. Die Globalisierungs-Skepsis hinterlässt auch in diesem Herbst in den Regalen der Buchhändler ihre Spuren. „Eine der unbeabsichtigten Folgen des Kapitalismus“, schrieb schon vor Jahren der Soziologe Richard Sennett, „ist die Stärkung des Ortes, die Sehnsucht der Menschen nach der Verwurzelung in einer Gemeinde.“

Eine neue Autoren-Generation greift zu Geschichten aus der Region, und immer mehr ihrer Kollegen bedienen sich am Erinnerungsschatz von Menschen, die Entrechtung, Flucht und Vertreibung erlebt haben. Das ist das Auffälligste: Vielerorts bleiben die Vertriebenen am Tag der Heimat nicht mehr unter sich, zu ihnen gesellen sich längst auch Menschen, die mit diesem Datum im September, das Bezug nimmt auf die Verabschiedung der Stuttgarter Charta der deutschen Vertriebenen vom 5. August 1950, lange nichts oder nur wenig anzufangen wussten. Die politischen Umwälzungen in der Welt, die nicht allen geheuer sind, haben einen Bewusstseinswandel bewirkt. Heimat ist eben mehr als ein Wort, Heimat wird zum sicheren Ankerplatz, je mehr sich Risse im Gebälk politischer Großorganisationen oder europäischer Institutionen zeigen. In einer immer weniger überschaubaren Welt, geprägt durch neue „Völkerwanderungen“, wächst die Sehnsucht nach stabilen Rückzugsorten.

So mancher Zeitgenosse, der sich einst über das Erinnern der Vertriebenen an die „Wurzelheimat“ lustig gemacht hat, überrascht heute mit Bekenntnissen zu seiner Herkunft. Da ist der Alt-68er mit Geburtsort im Egerland, der aktiv „Friedensarbeit“ betrieb und seine Eltern des Revanchismus bezichtigte, der sich nach einer erfolg-reichen Wissenschaftskarriere wieder der Heimat näherte; der sich während eines „Versöhnungs“-Symposiums enttäuscht über die postrevolutionäre Entwicklung in Böhmen und Mähren zeigte und vor allem ein konstruktives Zugehen der Prager politischen Klasse auf die einstigen deutschen Mitbewohner vermisste: „Wenn von dort wenigstens ein glaubwürdiges Zeichen käme...“

Wenn Alt-68er mit Bekenntnissen zur Heimat überraschen

Wie viele seiner Alterskohorte trug der Mann, ohne dass er sich darüber im Klaren war, einen Phantomschmerz mit sich herum. Das Trauma der Vertreibung von Haus und Hof hat auch in den Genen seine Spuren hinterlassen. Individuell verschieden und unterschiedlich stark wurden Daten des Grauens des „Abschubs“ an die Kinder weitergegeben und werden, wie Wissenschaftler herausgefunden haben, weiter von Generation zu Generation vererbt.

Der zitierte Ex-Linke, der von der tschechischen Seite ein glaubwürdiges Zeichen der Verständigung erwartet, steht exemplarisch für alle, die sich in ihrem letzten Lebensabschnitt wieder an die Heimat erinnern, die nicht unbedingt den Anspruch auf Restauration alter Verhältnisse erheben. Aber sie wünschen sich von den Vertreiberstaaten ein Wort der Heilung, eine Befreiung von der Kollektivschuld, die einer ganzen Volksgruppe auferlegt wurde. Sagen wir es offen: Sie misstrauen den Politikern, die auf Vertriebenentreffen oder am Tag der Heimat ihre Solidarität mit einem noch immer ansehnlichen Wählerpotenzial bekunden, sich, wenn es zum Schwur kommt, aber hinter dem inflationär gebrauchten Wort „Versöhnung“ verstecken, das im Grunde zu einer theologischen Kategorie gehört. ....

Das Heimat-Thema hat viele Facetten. Und wer den Multikulturalisten nicht nach dem Mund redet, muss sich auf eine öffentliche Verdammung einstellen. So erging es dem „Zeit“-Veteran Ulrich Greiner, der 2016 einem Essay den Titel „Vom Recht, rechts zu sein“ gegeben hat. Aus dem Beitrag ist inzwischen ein Buch geworden: „Heimatlos“. Allein das Vorwort wirkt auf viele Kritikaster wie eine Provokation: „Ich bin zum Beispiel der Meinung, dass der unkontrollierte Zustrom von Flüchtlingen im Herbst 2015 ein Fehler war... und dass die Warnung vor einer Islamisierung nicht bloß ein Hirngespinst ist.“ Der renommierte Autor leistet sich auch das Recht, zu sagen: „Es ist trotz der Geschichte der DDR und trotz der Toten an der Berliner Mauer und trotz der stalinistischen Lager bis heute so geblieben, dass der Schatten des Nationalsozialismus offenbar stärker und mächtiger ist als der Schatten des stalinistischen Terrors. Was vielleicht auch damit zu tun hat, dass das, was in Auschwitz passiert ist, doch noch eine andere Dimension hat, wenn wir jetzt nicht von den schieren Zahlen reden, was aber nicht weit führen würde. Gleichwohl kommt es mir immer noch seltsam vor, dass man in diesem Land ohne Weiteres links sein kann, aber alles, was mit rechts zu tun hast, ist irgendwie automatisch disqualifiziert.“

Bis heute verstöre ihn, dass das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen gleichsam mit den Verbrechen des „Dritten Reichs“ aufgerechnet und „unsere Leiden“ als eine unmittelbare Folge der Untaten des Nationalsozialismus gesehen würden, bemerkt der Psychoanalytiker Hans Hopf, ein Sudetendeutscher des Jahrgangs 1942 in seinem Buch „Flüchtlingskinder“. Festzustellen sei, dass „neues Unrecht geschaffen wurde, über das noch viel zu wenig und viel zu spät vorurteilsfrei und sachlich diskutiert worden ist“. Der alljährliche Tag der Heimat könnte ein Anlass sein, Versäumtes nachzuholen. Wenn man nur wollte! *Gernot Facius*

Wenn der Hunger satt bis in den Tod macht

Rund 600 000 Menschen leiden in Deutschland unter Essstörungen. Die Ursachen sind viel komplexer als oft dargestellt

Sieben Scheiben Weißbrot dick mit Nutella, Honig oder Käse bestrichen, 1000 Gramm Quark mit Haferflocken, acht Stück Torte, mehrere Hundert Gramm Kuchenteig, fünf Tafeln Schokolade und zwei Familienpackungen Eiscreme – diese Menge an Nahrungsmitteln stopfte Nicole K. während eines Essanfalls innerhalb weniger Minuten in sich hinein, woraufhin sie dann alles wieder gezielt erbrach. So steht es im Protokoll, das sie für den Therapeuten führt, der ihre Essstörung namens Bulimie kurieren soll.



Das Maß aller Dinge? Das herrschende Schlankheitsideal hat einen regelrechten Gewichtsrassismus hervorgebracht Bild: pa

Menschen wie Nicole K. gibt es in Deutschland rund 600 000. Dazu kommen zahllose andere, deren Essverhalten ebenfalls krankhaft ausfällt. Glaubt man den Medien, handelt es sich hierbei um ein gänzlich neues Phänomen, doch das stimmt so nicht: Verschärft Fastende oder maßlos Prassende kannte man auch schon in früheren Zeiten. Jedoch nehmen die Essstörungen seit einigen Jahrzehnten spürbar zu. Dabei sorgen individuelle, familiäre und gesellschaftliche Gründe dafür, dass immer mehr Menschen außerstande sind, ihr Essverhalten in den Griff zu bekommen.

So vermag die Befriedigung nach dem Essen oder aber angesichts der spürbaren Gewichtsreduzierung durch Hungern Erfolgserlebnisse auf anderen Gebieten sowie auch die schmerzlich vermisste emotionale Zuwendung zu ersetzen. Bei der Magersucht spielen zudem Kontrollzwänge und Perfektionsstreben eine maßgebliche Rolle. Ebenso führt die bewusst herbeigeführte Abmagerung dazu, dass die Betroffenen als Sexualobjekt „ausfallen“, was insbesondere bei vorhergehendem Missbrauch ein gewollter Effekt des Ganzen ist. Weitere persönliche Triebkräfte fürs rigide Abnehmen bis hin zum Tode sind ausgeprägte Genussfeindlichkeit und übertriebener Ehrgeiz bei der „Selbstoptimierung“ in Kombination mit gestörter Wahrnehmung der eigenen Körperformen. Esssüchtige wiederum empfinden manchmal die Gewichtszunahme als Segen, weil so eine Art von „undurchdringlichem Panzer“ entsteht, der vor Angriffen und Kränkungen schützt. Und die Bulimiker nutzen die Fressorgien nicht zuletzt, um unangenehme Aufgaben auf später zu vertagen.

»Dünnemachen« um den streitenden Eltern zu entkommen

Neben diesen Auslösern von Essstörungen, die eher im Bereich der Persönlichkeit liegen, können auch die Familienverhältnisse und der Erziehungsstil der Eltern höchst fatale Wirkung entfalten. Werden Kinder beispielsweise gezwungen, zu essen, bis der Teller leer ist, verkümmert ihre Fähigkeit, auf die Sättigungssignale aus dem eigenen Körper zu achten. Dann enden die Mahlzeiten später nur noch aufgrund äußerer Faktoren wie Zeitmangel oder eben nach dem Verzehr zu großer Mengen an Nahrungsmitteln – was geradewegs in die Fettsucht führen kann.

Die Anorektiker wiederum empfinden oftmals eine starke Unlust am Erwachsenwerden. Schuld daran sind schädliche Familiennormen und Rollenkonstellationen im Elternhaus sowie auch Konflikte, durch die die Kinder in eine Schiedsrichterrolle gedrängt werden. Da hilft dann nur noch das „Dünnemachen“, um sich nicht auf die Seite des Vaters oder der Mutter schlagen zu müssen und so vielleicht die Liebe der anderen Partei zu verlieren.

Die Bulimiker ihrerseits stehen meist unter noch größerem Druck: Den überhöhten elterlichen Erwartungen können sie vielfach nur mit äußerster Mühe nachkommen. Daraus resultiert die Neigung, mit Tricks zu arbeiten, um zum Erfolg zu gelangen – auch beim Äußeren, das ja lediglich deshalb so perfekt wirkt, weil die Figur durch Erbrechen nach dem Essen „gerettet“ wurde. Die heimliche Magenentleerung hat allerdings ihren Preis: Sie führt den Menschen beispielsweise zunehmend in die Isolation. Wichtige soziale Kontakte werden gekappt, denn bei den Ess-Brech-Anfällen sind Augenzeugen definitiv unerwünscht.

Vorbildfunktion hatte Prinzessin Diana auch mit ihrer Bulimie

Manche Essstörungen entstehen des Weiteren infolge der negativen Vorbildwirkung seitens mancher Identifikationsfiguren in der Gesellschaft: Wenn eine Prinzessin Diana Bulimie hatte, dann kann sich Nicole K. gleichfalls ein wenig „geadelt“ fühlen, wenn sie es der toten royalen Ikone gleichtut. Das ist jedoch nicht die einzige gesellschaftliche Ursache für die vielen krankhaften Abweichungen beim Essverhalten in der heutigen Zeit. Das allergrößte Problem ist dabei wohl das herrschende Schlankheitsideal, welches inzwischen einen regelrechten „Gewichtsrassismus“ hervorgebracht hat. Wie Untersuchungen von Psychologen ergaben, sank die Bereitschaft, Menschen mit normaler oder gar stämmiger Figur als Freund zu akzeptieren, in den letzten Jahrzehnten in beängstigendem Maße. Darüber hinaus verwechselt die Mehrheit der Deutschen mittlerweile das Untergewicht mit dem Idealgewicht. Und natürlich steht Schlanksein für den beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg – dick sind heute nicht mehr die Reichen, sondern die „Verlierer“ auf den unteren Stufen der sozialen Leiter. Das ist das Bild, was viele im Kopf herumtragen und zur gnadenlosen Selbstkasteiung gemahnt, aus der dann nur zu oft Essstörungen resultieren.

Eine entscheidende Rolle spielen in diesem Zusammenhang Fernsehsendungen wie „Germany's Next Topmodel“, in denen figürliche Maßstäbe gesetzt werden, die jungen Menschen den Kopf verwirren. Noch schlimmer ist allerdings das Treiben der Modemacher, welche ja überhaupt erst für die Nachfrage nach Magermodels verantwortlich zeichnen. Darauf verwies unter anderem Alexandra Shulman, die Chefredakteurin der britischen Zeitschrift „Vogue“: selbst seit Jahren etablierte Supermodels gelten heute als zu „dick“, um die exklusiven Kreationen aus den Häusern Dior, Chanel, Prada, Versace und Yves Saint Laurent zu präsentieren. Nach Ansicht der prominenten deutschen Modeschöpferin Anja Gockel liegt die Ursache hierfür in der Homosexualität der wichtigsten männlichen Star-Designer: Deren Idealbild sei nun einmal die knabenhafte Figur. „Deshalb dürfen die Models nicht zu viel Busen und nur wenig Hüfte haben. Alles Volumige ist unerotisch, nicht akzeptabel.“

Ob es wirklich legitim ist, Marc Jacobs, Harald Glööckler, Giorgio Armani und Co. derlei krude Gedankengänge zu unterstellen, sei dahingestellt. Immerhin versuchen nun Länder wie Frankreich und Israel extrem untergewichtige Models per Gesetz vom Laufsteg zu verbannen. *Wolfgang Kaufmann*

Die häufigsten Essstörungen

Bei der **Anorexia nervosa** (psychisch bedingter Appetitlosigkeit), die auch Magersucht genannt wird, nehmen die zumeist weiblichen Patienten nur minimale Mengen an Nahrung zu sich, weswegen sie oft derart an Gewicht verlieren, dass akute Lebensgefahr besteht.

Die **Bulimie** (Ess-Brech-Sucht beziehungsweise wörtlich übersetzt eigentlich der „Ochsenhunger“) ist durch heftige Essattacken gekennzeichnet, nach deren Ende die Betroffenen – in der Regel wiederum Mädchen oder Frauen – sich gezielt erbrechen, um eine Gewichtszunahme zu verhindern. Auch hier drohen schwere körperliche Schäden oder gar der Tod. Die Bulimie gilt als Krankheit der Heimlichkeit und Täuschung. Im Gegensatz zur Anorexie lässt sie sich verstecken, was die Betroffenen auch mit sehr viel Ideenreichtum praktizieren.

Dazu kommen weitere, neuerdings gleichfalls immer öfter diagnostizierte Essstörungen wie die **Esssucht** und die **Binge-Eating-Störung** mit periodischen Essanfällen ohne nachfolgendes Erbrechen, welche beide zu Adipositas (erheblichem Übergewicht) führen, das **Pica-Syndrom**, bei dem die Erkrankten ungewöhnliche Dinge (also zum Beispiel Erde oder Haare) verschlingen, sowie die **Orthorexia nervosa**, das krankhaft übertriebene „Gesund Essen“. *WK*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 37 – 15. September 2017

MELDUNGEN

Verhaftet wegen Schmiererei

Gehlenburg – Zwei Männer, 23 und 35 Jahre alt, wurden verhaftet, weil sie die Wand der evangelisch-lutherischen Kapelle in Gehlenburg beschmiert haben sollen. Ihnen wird Sachbeschädigung und Verletzung des religiösen Gefühls vorgeworfen. Die Täter beschädigten den Verputz der Kapelle, rissen eine Informationstafel aus der Wand und beschmierten diese mit schwarzer Farbe. Ihr Text lautete: „Tu jest Polska“ (Hier ist Polen). Der Schaden wird auf 4000 Zloty (über 940 Euro) geschätzt. Für die Sachbeschädigung und die Verletzung religiöser Gefühle droht den Männern ein Freiheitsentzug bis zu fünf Jahren. *PAZ*

Neugierig auf EU-Grenze

Landsberg (Warthe) – Ende August haben in den Abendstunden Grenzbeamte der Dienststelle von Landsberg Spuren eines illegalen Betretens des Grenzstreifens zwischen der Republik Polen und der Russischen Föderation entdeckt, und sie begannen, nach dem Verursacher zu suchen. Bald stellten sie fest, dass die Spuren die eines 76-jährigen deutschen Staatsbürgers waren, der sich in dem Ort Schewecken als Tourist aufhielt. Der Mann hatte einen Fahrradausflug unternommen und wollte sehen, wie die Außengrenze der Europäischen Union aussieht. Der Mann gab während des Gesprächs mit den Beamten zu, dass ihn die Neugier getrieben und er keine Konsequenzen wegen des Eintritts in den Grenzstreifen befürchtet habe. Die Grenzbeamten erteilten kein Bußgeld. Der Tourist kam mit einer Belehrung davon. *PAZ*

Wahl mit vorhersagbarem Ausgang

Anton Alichanow wird bei Wahlen als Gouverneur für das Königsberger Gebiet bestätigt

Am 10. September fand im Königsberger Gebiet wie auch in den meisten Regionen Russlands die Neuwahl der Gouverneure statt. Ihr Ausgang wird als Generalprobe für die Präsidentschaftswahlen gewertet, die im März 2018 stattfinden.

Das Königsberger Gebiet ist bekannt für seinen „Gouverneursfluch“ – bisher ist es noch keinem gelungen, sich auf dem Gouverneursposten zwei Amtsperioden lang zu halten. Am nächsten ist diesem Ziel Nikolaj Zukanow gekommen, der im Herbst 2015 für eine zweite Frist gewählt wurde. Doch im Sommer 2016 rief Präsident Wladimir Putin ihn überraschend ab und ernannte ihn zum Bevollmächtigten des Präsidenten im Föderationskreis Nordwest. Nachdem Zukanow nach St. Petersburg umgezogen war, wechselten sich in Königsberg innerhalb von drei Monaten zwei vorübergehende Gouverneure ab. Zunächst übernahm der Chef der Regionalabteilung des Geheimdienstes FSB, Jewgenij Sinitschew, den Posten, und nach seiner Absetzung auf eigenen Wunsch wurde Anton Alichanow zum vorübergehenden Gouverneur ernannt. Alichanow hatte zuvor im Ministerium für Industrie und Handel Russlands gearbeitet und war im Herbst 2015 nach Königsberg als stellvertretender Vorsitzender der Gebietsregierung gekommen. Dort war er verantwortlich für Industrie und Landwirtschaft.

Zum ersten Mal hatten die Wahllokale im Königsberger Gebiet zwei Stunden länger auf als gewöhnlich von 7 bis 21 Uhr. Die Gebietsduma hoffte, so die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Für die Regierungspolitiker ist die Wahlbeteiligung ein wichtiger Hinweis darauf, ob ihre Kampagne erfolgreich war. Da es in Russland keine



Schon vorbestimmt: Konkurrent Igor Rewins Wahlplakat prangert das Offensichtliche an Bild: J.T.

Mindestteilnahme an der Wahl gibt, sind Wahlen auch dann gültig, wenn nur eine einzige Stimme abgegeben wurde.

Um besonders junge Wähler anzulocken, ließen Politiker und Firmen sich einiges einfallen. In Rauschen und Cranz gab es eine Kampagne mit dem Titel „Du weißt, was Du willst. Ein Liter Getränk für ein Selfie im Wahllokal“. Die Ladenkette „Pivnaja Dwor“ (Bierhof), schaltete Anzeigen in sozialen Netzwerken. Zu Ehren „70 Jahre Kaliningrader Bernsteinkombinat“ wurde vor allem in Gumbinnen und Tilsit Werbung für eine Lotterie gemacht. Mitarbeiter des Kombinats waren am Sonntag in den Wahllokalen und verteilten Einladungen. Verlost wurden Roller, Fahrräder, Smartphones, Telefone und andere technische Geräte.

Im gesamten Königsberger Gebiet waren etwas über 790 000 Wahlberechtigte zur Wahl geladen. Es gab nur vier Kandidaten. Die Wahlbeteiligung lag wie vor zwei Jahren bei 39 Prozent. Wie gewöhnlich war sie in Königsberg mit 29 Prozent am niedrigsten und in Heiligenbeil mit 71 Prozent am höchsten.

Die vier Kandidaten waren der amtierende Gouverneur Anton Alichanow, der Kandidat der Kommunistischen Partei und Abgeordenter der Gebietduma Igor Rewin, der Kandidat der Liberaldemokratischen Partei, der Abgeordnete der Jewgenij Mischin und Jekaterina Timofejewa von der wenig bekannten Partei „die Grünen“. Von allen vieren war Igor Rewin, ehemals Abgeordneter der Moskauer Staatsduma, der erfahrenste. Er hatte schon mehrfach an Gouverneurswahlen teilgenommen. Mischin, ist erst im vergangenen Jahr nach Königsberg gezogen, und Jekaterina Timofejewa leitet, obwohl sie in Königsberg registriert ist, in Kamtschatka eine regionale ökologische Organisation. Alichanow war als Kandidat der Partei „Einiges Russland“ angetreten, obwohl er kein Mitglied ist.

Dass es nur so wenige Kandidaten gab, liegt daran, dass nach den aktuellen Wahlgesetzen ein sogenannter „Stadtfilter“ zum Einsatz kommt. Das heißt, dass die Kandidaten für die Zulassung zu den Wahlen eine bestimmte Anzahl von Unterschriften der Abgeordneten aller Gemeinden in der Region sammeln müssen.

Wie sieht das in der Praxis aus? Die Kandidaten müssen die Unterstützung von nicht weniger als acht Prozent der Stadtabgeordneten nachweisen. So sind die Unterschriften von 37 Abgeordneten von kommunalen Einrichtungen (in der Region sind das 453 Personen) sowie 30 Unterschriften von Abgeordneten der Stadbezirke (372 Personen) erforderlich. Dabei kann jeder Abgeordnete seine Stimme nur einem Kandidaten geben. Deshalb haben auch nur diejenigen, deren Partei im Parlament stark genug vertreten ist, eine Chance, den „Stadtfilter“ erfolgreich zu durchlaufen.

So wundert es nicht, dass der Wahlausgang so vorhersehbar war. Der Favorit Alichanow dominierte in allen Medien, von denen viele sogar ganz offiziell aus dem Haushalt der Gebietsregierung finanziert werden. Flyer mit Alichanows Wahlwerbung fanden sich in jedem Briefkasten Königsbergs wieder. Die anderen Kandidaten mussten sich mit Plakaten, Bannern sowie wenigen Veranstaltungen und Treffen mit Wählern zufrieden geben.

Der Kommunist Rewin hatte zwar versucht, viele solcher Treffen zu organisieren, wurde aber wegen angeblich technischer oder organisatorischer Hindernisse immer wieder ausgebremst. Da kurz zuvor Wladimir Putin im Königsberger Gebiet zu Gast war und offen seine Unterstützung für Alichanow kundgetan hatte, stand das Ergebnis bereits vor der Wahl fest. Wäre der Gouverneur wie noch vor ein paar Jahren vom Präsidenten ernannt worden, hätte das am Ergebnis nichts geändert, aber man hätte das Geld für den Wahlkampf sparen können.

Dass Alichanow gewählt würde, hat niemand bezweifelt, die Höhe seines Sieges allerdings schon. Er erhielt 81 Prozent der Stimmen, gefolgt von Rewin mit 8,9 und Mischin mit 5,5 Prozent. Die einzige Kandidatin, Timofejewa, erhielt 2,5 Prozent der Stimmen.

Die einzige Frage, die sich die Menschen im Königsberger Gebiet jetzt stellen, ist, wie lange Alichanow wohl Gouverneur bleiben wird. *J. Tschernyschew*

Stüler im Museum

Ausstellung in Königsbergs Friedländer Tor

Am 8. September wurde im Königsberger Museum „Friedländer Tor“ die vom Mühlhauser Museum in Thüringen konzipierte Ausstellung „Friedrich August Stüler und sein architektonisches Erbe“ feierlich eröffnet. Das Museum befindet sich im gleichnamigen Tor der Königsberger Stadtbefestigung, deren Architekt der gebürtige Mühlhauser war.

In diesem Jahr kann das Museum „Friedländer Tor“ auf sein 15-jähriges Bestehen zurückblicken. Vor 155 Jahren wurde das Friedländer Tor als Teil der Befestigungsanlage gebaut. Die Bedeutung Stülers für die europäische Architektur und für Königsberg kann man nicht hoch genug schätzen. Der im Jahr 1800 in Mühlhausen geborene Stüler war einer der bedeutendsten Baumeister seiner Zeit. Neben dem Neuen Museum in Berlin entwarf der „Architekt des Königs“ Friedrich Wilhelm IV. zahlreiche Brandenburger Kirchen und Herrensitze, aber auch international war der umtriebige Mühlhauser regelmäßig tätig. Geprägt von den Bauten des italienischen Mittelalters und der Renaissance entwickelte Stüler seinen Baustil von der klassizistischen Form Schinkels hin zum unter dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. aufkommenden Historismus. Weiterhin war er einer der Mitbegründer des Architektenvereins zu Berlin.

Die Sonderschau mit kunstvoller Architekturfotografie des Mühlhäuser Fotografen Tino Sieland wurde bereits in Mühlhausen und Budapest präsentiert. Sie kann vom 9. September bis 9. Dezember im Museum Friedländer Tor besucht werden. *EB*

Museum Friedländer Tor, ul. Dzerschinskogo 30, 236004 Kaliningrad, Telefon 007 (4012) 644020.

Große Pläne für Schmolainen

Im Schloss der Bischöfe des Ermlands soll eine Bildungseinrichtung mit Museum entstehen

Im ehemaligen Bischofsschloss in Schmolainen soll eine künstlerische und museale Einrichtung entstehen. Es gibt mehrere Entwicklungsideen: Ein Museum des Bischofs Krasicki oder ein kreativer Arbeitsplatz für musikalisch begabte Jugendliche sind nur einige der Vorschläge.

Eine Absichtserklärung über die Wiederbelebung der Anlage unterzeichneten unter anderem der Erzbischof Józef Górzynski, der Woiwode Artur Chojecki, der Marschall von Ermland-Masuren Gustaw Brzezin, die Allensteiner Landrätin Małgorzata Chyziak und der Bürgermeister von Guttstadt Stanislaw Trzaskowski. Die Vertreter der Institutionen und Ämter drückten auf diese Weise ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der Wiederbelebung des Schlosses in Schmolainen aus. Die Wiederherstellung des Schlosses erfordert zirka zehn Millionen Euro. Die Behörden der Region wollen versuchen, Geld von der Europäischen Union zu bekommen. Die Geistlichen, wie der Erzbischof Józef Górzynski, wollen, dass so viele Menschen wie möglich das Hauptsitz ihrer Vorgänger benutzen können.

Daher haben sie beschlossen, das Objekt als Bildungs- und, Touristeneinrichtung sowie Museum zu nutzen. Dorota Losko, ökonomische Beraterin der Erzdiözese, ist der Meinung, dass die Öffnung der Schlossräume für junge Musiker für Nachmittags- oder Wochenendproben neuartig sein würde. Im Schlossgebäude würde auch ein Museum entstehen, dem berühmten Geistlichen Ignacy Krasicki gewidmet, der sich sehr viel im Herrenhaus in Schmolainen aufgehalten hat.

Bald Perle der Gemeinde Guttstadt?

In der Absichtserklärung wurde festgelegt, dass noch im September ein Angebot für die technischen Planungen eingeholt wird. Wahrscheinlich wird im Frühling der Umfang der notwendigen Arbeiten für die Wiederherstellung des Schlosses und der Umgebung bekannt gegeben. Jetzt bereitet sich die Erzdiözese darauf vor, einen Wettbewerb auszuschreiben, mit dem der Auftragnehmer für die technischen Arbeiten ausgewählt wird.

Das Schloss, das Mitte des 18. Jahrhunderts erbaut wurde, diente als Sommerresidenz der Bischöfe des Ermlands. Es befindet sich auch heute noch im Besitz der Erzdiözese des Ermlands, aber gegenwärtig dient es als Wohnheim einer landwirtschaftlichen Schule, die vom Kreis Allenstein geführt wird. Leider nimmt das Interesse an der Landwirtschaft jedes Jahr ab. Im vergangenen Lehrjahr wurden lediglich 16 Schüler angenommen, und insgesamt werden 72 Schüler in der Schule ausgebildet. Außerdem besuchen etwa 40 Personen die beruflichen Kurse für Erwachsene. Die überwiegende Mehrheit von ihnen stammt aus Bauernfamilien mit eigener Landwirtschaft. Wegen der Krise, verursacht durch den demografischen Wandel, war es notwendig geworden, neue Nutzungsmöglichkeiten für die Anlage zu finden, um die doch erheblichen Investitionen zu rechtfertigen.

Schmolainen ist ein kleines Dorf sechs Kilometer nördlich von Guttstadt und 30 Kilometer von Allenstein entfernt. Es liegt direkt an der Straße 51 zwischen Guttstadt und Heilsberg. Beim Schloss gibt es einen Park, ein Gestüt und einen Teich. Das ehemalige Schloss der Bischöfe des Ermlands hat die Chance, eine Perle der Gemeinde Guttstadt zu werden. *Leszek Chaburski*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist doch erstaunlich, was manchmal aus der Erinnerung geholt wird, wenn man sich gefordert fühlt. Und die Ostpreußische Familie fordert – nicht für sich sondern für die Leserinnen und Leser, die sich ihr anvertrauen. Und die damit bei anderen das Interesse erwecken, den Fragen und Wünschen nachzugehen, weil sie auch die eigene Vergangenheit berühren. So kommt es, dass wir gerade in letzter Zeit eine rege Beteiligung an der Lösung von zuerst recht schwierig erscheinenden Themen zu verzeichnen haben, in der das eigene Erleben eine große Rolle spielt. Wenn diese Ausführungen mit gewissen Geschichtsabläufen verbunden sind, die vielen Lesern unbekannt sind, bekommt solch eine Zuschrift schon einen besonderen Stellenwert.

So wie die Ausführungen von Herrn **Heinz Schiller** aus Peine, den das Thema „Wystiter See“ nicht mehr loslässt, das Mr. **Owen M. Mc. Caverty** aus Ohio mit der Suche nach seinen ostpreußischen Ahnen ausgelöst hat. Zuletzt haben wir dieses Thema ausführlich in Folge 31 behandelt, sodass ich hier nicht näher darauf eingehen kann. Nur so viel: Es geht um den Ort Wystiten, der später Kallweitschen und zuletzt Kornberg hieß, mitten im östlichsten Grenzgebiet liegt und eine wechselvolle Vergangenheit hat. Diese hat nun Herr Heinz Schiller durchleuchtet und erweist sich auch als authentischer Zeitzeuge, deshalb wollen wir seine Angaben so ausführlich wie möglich bringen, denn sie werden weit über das auslösende Thema durch ihren dokumentarischen Wert viele Leser interessieren.

„Mein Weg nach Kornberg – Kallweitschen ging im Juni 1940 von Kybarten (Litauen) aus. Hier hatten meine Eltern eine Fleischerei unmittelbar am Zollamt Kybarten-Eydtkuhnen. Ihre Existenzgrundlage war der kleine Grenzverkehr, begünstigt durch die grenzüberschreitende Eisenbahn, die auf Grund des Spurenwechsels (europäische Normalspur – russische Breitspur) viel Personal beschäftigte. Als in Folge des Hitler-Stalinpaktes nach Estland und Lettland auch Litauen von der UdSSR besetzt wurde, organisierten meine Eltern spontan meine Verlegung nach Kornberg. Kurze Zeit später wäre es unmöglich gewesen, da ein hoher Stacheldrahtzaun in voller Länge Deutschland-Russland alle Übergänge versiegelte. So wurde aus einem fünfjährigen Kybarter Jungen ein Kornberger. Ich kam in die Obhut von Verwandten, denn das Ehepaar **Emma** (Schwester meiner Mutter) und **George Wagner** besaßen dort ein Grundstück. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten sie es als Rückwanderer aus den USA von einer Familie Wenkel gekauft und betrieben ein Gasthaus mit Kolonialwarenladen. Bis April 1941 blieb in von meinen Eltern getrennt. Zunächst stellte sich Heimweh ein, dank fürsorglicher Pflege hatte ich es bald überwunden. Mit der Umsiedlungsaktion „Heim ins Reich“ sah ich im Bahnhof Eydtkuhnen meine Mutter wieder, die Freude war groß.



V. Sevastianow auf seinem Bauernhof im Samland Bild: Geede

Freudig begrüßten die Eydtkuhner ihre bis dahin getrennten Nachbarn. Es gab viele familiäre und freundschaftliche Kontakte beiderseits der Grenze. Mein Vater kam später im Umsiedlungslager Danzig noch hinzu, so dass nach der Geburt meiner Schwester die Familie kurzzeitig vereint war. Wir sind ohne Probleme eingebürgert worden und durften auf eigenen Wunsch nach Kornberg zu unseren Verwandten. Bis auf meinen Vater, der inzwischen eingezogen wurde. Das Zollamt Kornberg-Wystiten war wieder geöffnet, die Grenze zwischen dem Deutschen Reich und dem nun zu Russland gehörenden ehemaligen litauischen Gebiet verlief am östlichen Seeufer. Zahlreiche Rücksiedler kehrten bis zur endgültigen Flucht in ihre ursprüngliche Heimat zurück.“

Soweit die Erinnerungen von Heinz Schiller an seine Kindheit am Wystiter See, die er nie vergessen hat und in die es ihn auch nach der Vertreibung immer wieder hinzog. Und so hat er genau die Veränderungen wahrgenommen, die in diesem Gebiet vor sich gingen:

„Inzwischen habe ich bis auf den südlichen Zipfel das ganze Seeufer des Wystiter Sees abgewandert. Am westlichen Seeufer (heute zum Oblast Kaliningrad gehörend) sind die Dörfer Kornberg, Kaltensee, Wellenhausen und Seefelden nicht mehr vorhanden. Auf litauischer Seite, also am Nord-und Ostufer, ist Wystiten erhalten geblieben. Sogar die Lutherisch-Deutsche Kirche wird nach Restaurierung von den noch ansässigen protestantischen Litauern gepflegt. Alle vier Wochen kommt ein Pastor aus Mariampol und feiert mit der Gemeinde Gottesdienst. Bei meinem letzten Besuch in diesem Juni fand ich die Bestätigung, dass der Grenzverlauf vom früheren Ostufer zur Seemitte verlegt wurde. Der See ist sozusagen in der Hälfte geteilt: Im Westen Oblast Kaliningrad, im Osten Litauen, dazwischen EU-Grenze. Nach wie vor liegt er verborgen, weitab vom Tourismus.“ Trotz seines Alters will Herr Schiller noch einmal an den Wystiter See mit seinem glasklaren Waser, dass auch die Halbinsel Salis umspült, sein Kinderparadies, das es auch für meine Kusine Magdalena (Lene) und ihre Brüder war. Das hatte ich kurz in meiner Kolumne erwähnt – und auch zu dieser Verwandtschaft wusste er mir einiges zu sagen, was mir bisher unbekannt war.

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Dafür konnte ich ihm aus meinen Erinnerungen einige Angaben machen, die für ihn neu waren. Diese Wechselwirkung haben schon manche Leser zu spüren bekommen.

Wie Herr **Peter Perrey** aus Neustadt, der sich intensiv mit dem anscheinend zum Dauerthema mutierenden Projekt „Gartenstadt Westend“ beschäftigt, und uns nun erfreut mitteilen kann, dass sich mit Frau **Krause geb. Kosky**, bei ihm eine ehemalige Bewohnerin der Siedlung gemeldet hat, die eine sehr, sehr entfernte Verwandte ist, wie sich nun herausstellte. Auch wenn diese Verwandtschaft das „siebende Wasser vom Kissehl“ ist, wie man in Ostpreußen eine weitläufige Versippung zu bezeichnen pflegte, so ist es eben doch eine besondere Verbindung, und sie hebt sich aus dem Rahmen der weiteren Zuschriften heraus, die erneut zu diesem Thema Stellung nehmen, und das sind nicht wenige und nicht leicht einzuordnende. Deshalb will ich mich heute lediglich auf einige Ausführungen beschränken, die zu dem in Folge 35 veröffentlichten Foto gemacht wurden, das die heutige Lage des von Herrn **Volker Kadow** gesuchten Elternhauses seiner Mutter Webernstraße 13 zeigen sollte, wie ich dem uns von Herrn **Dr. Hertel** überlassenen, sehr informativen Material über die Gartenstadt entnommen hatte. Es handelt sich aber um die Hausnummern 12 und 14, wie Herr Peter Perry mir nun mitteilte, die 13 befand sich auf der gegenüberliegenden Seite. In der Siedlung lagen, wie überall in den neuen Königsberger Stadtteilen – die ungeraden Hausnummern auf der in Zählrichtung linken Straßenseite und die geraden auf der rechten. Das geht auch aus der Zuschrift von Frau Krause hervor, die als Kind in dem Haus Webernstraße Nummer 11 gewohnt hat. Sie kann auch noch an die Namen der Nachbarn erinnern: Vögele, Alberus und Poweleit, wobei die letztgenannte die Großeltern von Herrn Kadow gewesen sein könnten. In Bezug auf Namen und ihre Zuordnung bin ich vorsichtig geworden, und das hat seinen Grund, der zu einem anderen Thema führt, mit dem wir uns nun auch in mehreren Folgen beschäftigten: Es handelt sich um Mühlhausen, Krs. Pr. Holland.

Da hatten wir ebenfalls in Folge 13 die Suchwünsche von Frau **Renate Heidenreich** aus Hohen-Neuendorf gebracht, die mir schon beim Erarbeiten der Kolumne Schwierigkeiten bereiteten, weil der mit Hand geschriebene Brief nur schwer leserlich ist. Deshalb zog ich zwei graphologisch nicht ganz unerfahrene Freunde zu Rate, und wir waren alle Drei der Meinung, dass der Mädchenname von Frau Heidenreich „Kulipps“ lauten könnte. Unter diesem Namen haben wir also nach ihren Großeltern Frieda und Fritz Albert K. geforscht, und dass der nicht stimmte, erfuhren wir umgehend von einem Leser, der Frau Heidenreich bei der Aufarbeitung ihrer Familiengeschichte behilflich ist. Er konnte nun zur Richtigstellung der Namen und anderer Angaben von Frau Heidenreich beitragen. Zuerst einmal der Familienname: er lautet Kuliper. Großmutter **Frieda Kulipper** geb. **Reiß**, stammte aus Guhrenwalde, einem Vorwerk von Schlobitten. Großvater Fritz Albert wurde auf dem Vorwerk Lottinenhof geboren. Die Familie wohnte in Mühlhausen auf dem Vorwerk Brünneckshof, Bohlenhaus 9. Soweit die Richtigstellung zur Familiengeschichte, fehlt noch eine kurze Anmerkung zu dem mutmaßlichen Entbindungsheim in Mühlhausen: Es befand sich in der Braunsberger Straße 11. Alle anderen Angaben zur Familie Kulipper haben wir ausgiebig in der Folge 35 behandelt. Die Anschrift von Frau Heidenreich lautet, ebenfalls leicht korrigiert: Feuerleinstraße 11 in 16540 Hohen-Neuendorf.

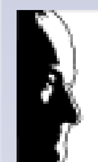
Wir danken unserem Leser für die schnelle und präzise Richtigstellung. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass bei handschriftlich vorgetragenen Anliegen die wichtigsten Angaben wie Namen und Ortsbezeichnungen immer in Großbuchstaben geschrieben sein sollten, sonst kommt es zu Irrtümern, die eventuelle Sucherfolge verhindern oder mindestens schmälern könnten.

Da hat sich einer aber gefreut, denn so schnell erfolgte noch kaum eine Reaktion auf die Veröffentlichung eines Suchwunsches, dazu noch aus unserer alten Heimat: Der russische Wissenschafler **Dr. V. Sevastianow**, der als Waisenkind von einer russischen Familie adoptiert wurde und nun nach seiner deutschen Herkunft sucht, mailte uns von seinem heutigen Wohnsitz im Samland: „Liebe und sehr geehrte Freunde, ich habe gehört von meinem Freund und Kollegen Armin Eschment, dass Frau Ruth Geede hat Artikel geschrieben. Ich bedanke mich von ganzen Herz!!! Mit ganz herzlichen Grüßen und Hoffnung!“ Die hegen wir auch, lieber Valery! Nachzulesen ist seine Geschichte in Folge 34.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

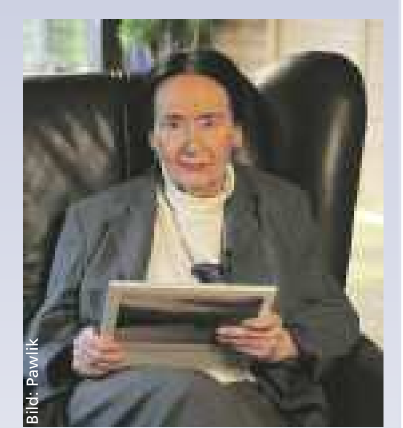


Bild: Pawlik

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Alter Wein in neuen Schläuchen

Hunderttausende Gäste werden zum größten Weinfest in der Republik Polen erwartet

Einmal im Jahr wird Grünberg in Schlesien zum Mekka für Weinkenner und Genießer. Vom 2. bis zum 10. September verwandelt sich in diesem Jahr der Grünberger Ring zum großen Jahrmarkt für Rebensaftproduzenten. 30 lokale Kellereien des nördlichsten Weinanbaugebietes Europas bieten ihre Weine zum Probieren und natürlich zum Verkauf an. Weinfahrten auf der Oder und der Raulen Obra werden ebenso angeboten wie Sportwettbewerbe um den Bacchuspokal oder Konzerte und Straßentheateraufführungen. Den Höhepunkt bildet ein bunter Weinumzug am 9. September.

Eine etwa 200 Hektar große und weitgehend zusammenhängende Anbaufläche befindet sich heute noch in Grünbergs Umland. Damit ist die Großstadt an der nördlichen Flanke Niederschlesiens neben Warka bei Warschau das größte Weinanbaugebiet in der heutigen Republik Polen. Im Kommunismus hatte der Weinbau einen besonders schweren Stand. Als deutsches Kulturerbe hatte er in den sogenannten „wiedergewonnen Gebieten“ keine Chance auf ein Fortbestehen. Erst nach der politischen Wende wurde allmählich wieder Wein angebaut und man knüpfte auch an die deutsche Tradition des Weinlesefestes an.

„Ich trank vor hundert Jahren in Prag / Mit den Studenten dort Nacht und Tag / Doch mehr zu trinken solch sauren Wein / Müßt ich ein geborner Schlesier sein!“, dichtete August Kopisch (1799 – 1853) über das abgelegenste Weinbaugebiet im Reich. Dieser Satz hat an Aktualität nichts verloren.

Mit nur 7000 Hektolitern Wein im letzten Jahr und etwa 150 registrierten Winzern steht die Weinproduktion im Lande weit hinter den Bierbrauern zurück, die in der selben Zeit 40 Millionen Hektoliter Bier auf den Markt brachten. Dennoch stieg die Weinproduktion in den letzten sieben Jahren um das Sechsfache. Ein schwacher Trost, denn man findet im normalen Einzelhandel immer noch keinen polnischen, geschweige denn einen schlesischen Wein. Doch die Nachfrage reguliert bekanntlich den Markt. Zum Vergleich: Die Weinbaufläche in Tschechien ist 20 mal größer als die in Polen, doch die Tschechen verbrauchen ihre Weinbestände selbst und importieren zusätzlich.

> Kein Zurück zum alten Prädikat »Schlesischer Wein«

Die 700 000 Liter Wein von der Oder und der Weichsel hingegen werden in der Masse von Touristen geskauft. Die „Lebuser Wein- und Honig-Route“ bietet lokale Weinerzeugnisse an, könnte sich vermutlich jedoch weit besser vermarkten, wenn man mit dem alten Prädikat „Schlesischer Wein“ antreten würde. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte man in Polen versucht, an die mittelalterlichen Zeiten des damals polnischen Bistums Lebus anzuknüpfen. Während der Ort Lebus jedoch westlich der Oder in der DDR verblieb, erweiterte man den zu engmaschigen geografischen Begriff vom Lebuser Land für Ostbrandenburg unhistorisch um nördliche Teile Niederschlesiens.

Grünberg als Parlamentssitz ist heute gemeinsam mit dem ostbrandenburgischen Landsberg/Warthe, wo der Woiwode residiert, Hauptstadt der Woiwodschaft Lebus und außer einigen Historikern kommt kein Pole der Gegend zu der Ansicht, dass er doch eigentlich in Niederschlesien lebt. Doch „Lebuser Wein“ – das zieht natürlich nur schwer im Sinne einer alten Tradition.

Roman Grad, Vorsitzender des Verbandes für regionale Weinerzeugnisse in Grünberg, erinnert an die deutsche Tradition des seit 1864 stattfindenden Weinerntefests in Grünberg: „Der ‚Enotourismus‘ hatte seinen Anfang in den 20er Jahren, als deutsche Winzer aus Gründen der Überproduktion ihre Kellereien für Touristen öffneten. So war es auch in Grünberg in der Zwischenkriegszeit, als viele Berliner zu Weinproben hierherkamen“, betonte Grad in einem Interview mit der Tageszeitung „Rzeczpospolita“. Auch ein in deutscher Sprache verfasstes Programm des Weinfestes soll Deutsche in die Stadt locken. Doch man kann mit den 42 Seiten kaum etwas anfangen, sind doch die einzelnen Veranstaltungen meist in deklinierter Form Eins zu Eins aus dem Polnischen ohne jegliche Erklärung übernommen worden. Kein einziger Ortsname ist zweisprachig genannt, es gibt keine historische Einordnung. Man könnte frei nach Kopisch sagen: Doch mehr genießen solch Fest für Wein, müsst ich ein geborner Pole sein. Und wenn eine Jahresproduktion weniger Hektoliter auf hunderttausende durstige Kehlen trifft, ist klar: Beim Weinfest wird wohl auch 2017 mehr Bier als Wein getrunken. Man kennt es eben nicht wirklich anders.

Chris W. Wagner

Wir gratulieren ...

ZUM 104. GEBURTSTAG

Druba, Gerda, geb. **Kawald**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 20. September

ZUM 102. GEBURTSTAG

Leiskau, Ingeborg, geb. **Kempas**, aus Ebenrode, am 19. September

ZUM 101. GEBURTSTAG

Merkert, Frieda, geb. **Haase**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 21. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Flachsberger, Heinz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 18. September
Hohnsbein, Frieda, geb. **Weylo**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 18. September
Rhinow, Meta, geb. **Alzuhn**, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 18. September
Sandrock, Martha, geb. **Metzdorf**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 17. September
Stegat, Max, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 17. September
Topeit, Erich, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Günther, Horst, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 17. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Ermann, Elisabeth, aus Lötzen, am 18. September
Holaschke, Hildegard, geb. **Michalzik**, aus Lyck, Morgenstraße 4, am 18. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Matzeit, Erich, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 18. September
Quaschnowitz, Helga, geb. **Reimer**, aus Neusorge, Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. September
Szipl, Margarete, geb. **Saloga**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 19. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Banaski, Walter, aus Martinshagen, Kreis Klötzen, am 21. September
Bromisch, Ruth, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 17. September
Carle, Helene, geb. **Czylwik**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 19. September
Eisenhuth, Renate, geb. **Friedrich**, aus Lyck, Morgenstraße 15, am 16. September
Gundlach, Ruth, aus Lyck, am 19. September
Krüger, Bernhard, geb. **Kackschies**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 16. September
Rohde, Ingeborg, geb. **Teschendorf**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bokemeyer, Marianne, geb. **Wolff**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 15. September
Czichy, Ulrich, aus Lyck, am 21. September
Falinski, Otto, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 20. September
Friedrich, Margarete, geb. **Gamser**, aus Treuburg, am 16. September
Haake, Gerda, geb. **Kledtke**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 19. September
Kampmann, Brigitte, geb. **Neumann**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, an 18. September
Moskwa, Paul, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 16. September
Ollech, Emma, geb. **Beber**, aus Scheufelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 19. September
Pischon, Waldemar, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 20. September
Pommereit, Ernst, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 18. September
Quednau, Dr. Hans-Otto, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. September
Romani, Getrud, geb. **Browarzik**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 21. September
Schendel, Rudi, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 20. September
Wüsthoff, Gerda, geb. **Hetz**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 21. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baering, Karl-Heinz, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 17. September
Böhm, Eleonore, geb. **Opitz**, aus Ortelsburg, am 17. September
Broszіewski, Siegfried, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 20. September
Chilinski, Otto, aus Struben, Freidorf, Kreis Neidenburg, am 16. September
Glamb, Wanda, aus Treuburg, am 15. September
Gräfin von Sparr-Harenberg, Ellen-Edith, geb. **Schneider**, aus Lyck, am 17. September
Krüger, Walter, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 21. September
Leitis, Hertha, geb. **Passarge**, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 19. September
Schwarten, Erna, geb. **Althöfer**, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 18. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Blumhagen, Waltraut, geb. **Paukstat**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 17. September
Domnick, Walter aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 17. September
Fandrich, Hans, aus Partheinen, Mükühnen, Kreis Heiligenbeil, am 18. September
Haertel, Hildegard, geb. **Kurzich**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. September
Hohenstein, Friedrich, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, am 18. September
Kownatzki, Willi, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 15. September
Lehmann, Paul, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 20. September
Malingriaux, Ingeborg, geb. **Ebner**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 16. September
Sack, Rudolf, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 20. September
Tischmann, Artur, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 20. September
Zehrt, Hans, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 21. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Alex, Ruth, geb. **Weichler**, aus Neidenburg, am 16. September
Blank, Horst, aus Doblienen, Kreis Elchniederung, am 19. September
Fabian, Reinhold, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 19. September
Hinkle, Lore, geb. **Szeimies**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 15. September
Niemann, Ulrike, geb. **Grintsch**, aus Ortelsburg, am 21. September
Rämer, Gertraut, geb. **Jebramek**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 15. September
Rothgänger, Herbert, aus Neumühl, am 18. September
Schultz, Hanne-Lore, geb. **Plotzki**, aus Ortelsburg, am 20. September
Seils, Christel, geb. **Saunus**, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 20. September
Simon, Werner, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 16. September
Thimm, Gertrud, geb. **Krupka**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 18. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albers, Heinrich, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 21. September
Dora, Gerd, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 20. September
Drensek, Günther, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 11. September
Frank, Irmgard, geb. **Petter**, aus Rewellen, Kreis Elchniederung, am 21. September
Gandras, Dr. Joachim, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 20. September
Gemballa, Gerda, geb. **Puschwadt**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. September
Hoffmann, Hans-Joachim, aus Königsberg, am 17. September
Jendrall, Paul, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 17. September
Karpinski, Herbert, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 18. September
Kessenich, Margarete, geb. **Josucks**, aus Lyck, am 19. September
Krause, Irena, geb. **Falk**, aus Thurau, Kreis Neidenburg, am 16. September
Kummrow, Edith, geb. **Fabian**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 20. September
Milbradt, Rolf, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 15. September
Müller, Rose-Marie, geb. **Baumann**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 19. September
Nikulla, Günter, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. September
Nolting, Eva, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 20. September
Nowak, Gertrud, Kreisgruppe Düsseldorf, am 16. September
Ollech, Erna, geb. **Brzoska**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 16. September
Parotat, Gertrud, geb. **Dumschat**, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 19. September
Piefke, Inge, geb. **Bagdahn**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 20. September
Pruß, Hedwig, geb. **Jedamski**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 18. September
Reusche, Erika, geb. **Grigutsch**, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 16. September
Schöffski, Siegfried, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 18. September
Westphal, Bernhard, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 21. September
Wrede, Ursula, geb. **Rock**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 16. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Droese, Christa, geb. **Trinker**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 16. September
Kommessien, Christel, geb. **Karrasch**, aus Schwarzeberge, Kreis Lyck, am 17. September
Kröhnert, Manfred, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 21. September
Mäder, Helmut, aus Kilianen, Kreis Treuburg, am 21. September
Merchel, Werner, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 19. September
Nickl, Anni, geb. **Iertzimbeck**, aus Großteschow
Ottich, Fritz, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 20. September
Piotrowski, Ewald, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 16. September
Rietdorf, Friedrich Wilhelm, aus Lötzen, am 18. September
Rilat, Manfred, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 21. September
Schellenberg, Waltraut, geb. **Wischnewski**, aus Jesken, Kreis Treuburg, am
Schenk, Ulrich, aus Sentken, Kreis Lyck, am 19. September
Senger, Eckhard-Hubert, aus Feilschmidt, Taabern, Kreis Mohrungen, am 12. September
Teubler, Siegfried, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 15. September
Wiesner, Gerhard, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. September
Woydowski, Ursula, geb. **Brack**, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 19. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dawid, Burghard, aus Ortelsburg, am 19. September
Gast, Renate, geb. **Zeiger**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 20. September
Göpfert, Hannelore, geb. **Jobs**, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 21 September
Schneider, Peter, aus Neidenburg, am 16. September
Vogt, Susanne, geb. **Willamowski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 16. September

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

2017
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Heimatkreistreffen in Nienburg

Das jährliche Treffen in der Patenstadt war in diesem Jahr auf das letzte Augustwochenende vorgezogen worden. Nachdem am Vorabend in einer Vorstandssitzung die anstehenden Aktivitäten und Probleme besprochen worden waren, fand am Sonnabendvormittag die feierliche Kranzniederlegung an den Gedenksteinen der berufsbildenden Schulen am Berliner Ring statt. Der Vorsitzende Christian von der Groeben gedachte der Toten der Kreisgemeinschaft und des GrenRgt 44 aus Bartenstein als besondere Erinnerung an die vielen Millionen Toten aus Kriegen, Vertreibung und Völkermord im vorigen Jahrhundert und den aktuellen Terroranschlägen und Katastrophen. In der Heimatstube fanden sich bis zur Mittagszeit doch wieder viele Besucher ein, die neugierig oder zielorientiert Informationen suchten und fanden. Allein aus dem kleinen Ort Redden waren zwölf Personen erstmalig zu dem Treffen erschienen. Nach dem Mittagessen im Hotel „Krone“ nahm der Vorsitzende Stellung zu Aktuellem: So sei im Frühjahr der Vorstand der Deutschen Minderheit in Bartenstein für die nächsten zwei Jahre wiedergewählt worden, deren Grüße er übermittelte. Am 20. Mai wurde die 65-jährige Namenspatenschaft mit Bartenstein in Württemberg bei stattlicher Beteiligung gefeiert. An den „Bartensteintagen“ in Ostpreußen Anfang Juni nahmen der Vorsitzende und sein Stellvertreter Hans-Gerhard Steinke teil. Über seinen anschließenden dreitägigen Besuch auf der russischen Seite hatte der Vorsitzende wenig Erfreuliches zu berichten: Das ehemalige Deutsch-Russische Haus in Königsberg als zentrale deutsch-russische Begegnungsstätte soll – oder ist sogar inzwischen – dem bisherigen Träger der Russlanddeutschen („Eintracht“) entzogen worden und soll einer neuen Organisation, dem „Kultur- und Geschäftszentrum der Russlanddeutschen in Kaliningrad“ übertragen werden. Die russlanddeutsche Gesellschaft „Eintracht“ war in Ungnade gefallen (gelistet als „ausländischer Agent“), seit der russlandkritischen Rede des stellvertretenen Generalkonsuls (Kulturattaché) im Sommer 2014 und der Teilnahme der extremistischen Organisation „Baltische Avantgarde des Russischen Widerstandes“ an einer Gedenkveranstaltung Ende Oktober 2016. Welche Auswirkungen diese Entwicklung auf unsere Aktivitäten insbesondere in Königsberg haben wird, bleibt abzuwarten.

Noch eine besonders peinliche Entscheidung im Sinne des angeblich modernen Zeitgeistes galt es anzusprechen: Mit Betroffenheit habe man zur Kenntnis genommen, dass vor zwei Wochen in Lägerdorf (bei Itzehoe) der Schippenbeiler Platz in Sepopoler Platz umbenannt wurde. Vielleicht müssen wir in Zukunft damit rechnen, dass alle ostdeutschen Städtenamen auf den Straßenschildern durch die heutigen polnischen und russischen Namen ersetzt werden, um dem vielleicht erwünschten Mainstream zu folgen?

Mit einem dann wieder erfreulichen Beitrag wurde sein Vortrag beendet: Frau Ilse Markert wurde mit dem silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Seit 2004 als Schriftleiterin des Heimatblattes „Unser Bartenstein“ stellt sie unter schwierigen Bedingungen dessen attraktive Gestaltung und pünktliche Herausgabe sicher. Die Zufriedenheit der Leser ist ihr Herzensanliegen, wozu sie auch unendlich viel Zeit in Telefongespräche und Kontaktpflege investiert.

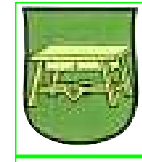
Als Vertreter des Bürgermeisters sprach Horst Prüfer ein kurzes Grußwort, begleitet vom Amtsleiter der Stadtverwaltung Herrn Wendorf, der bereits bei der Kranzniederlegung am Vormittag anwesend war. Sogar ein Mitglied des Kreistags hatte sich diesmal als Gast eingefunden. Ab 16 Uhr mussten einige Stühle im Saal ergänzt werden, da zirka 20 Nienburger sich zu dem Vortrag über die ostpreußischen Wolfskinder angemeldet hatten. Der junge Historiker Dr. Christopher Spatz hatte die Schicksale der Bettelkinder am Ende des II. Weltkrieges rekonstruiert in seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“. Über diese unglaubliche Erfahrungswelt berichtete er in beeindruckender Weise, die viele Zuhörer bewegte.

Mit dem Hinweis auf das nächste Kreistreffen am 1. September 2018 wurde die diesjährige Veranstaltung beendet.

Christian v. d. Groeben

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Nachbarschafts-treffen

15. bis 17. September, Brandenburgisches Hauptgestüt, Havelberger Straße 20a, **16845 Neustadt (Dosse):** Noreitscher Nachbarschaftstreffen, Kirchspiel Rodebach. Anmeldung und Informationen bei Daniela Wiemer, Telefon (03304) 2069100.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Bericht zum Kreistreffen

Vom Freitag, 1., bis Sonntag, 3. September fanden in Bad Nenndorf im Hotel Esplanade Kreistreffen und Mitgliederversammlung statt. Die Delegierten trafen sich gemäß Satzung schon am Freitag, 14 Uhr, zur Kreistagssitzung beziehungsweise Delegierten-Versammlung. Für die ersten Besucher wurden im Raum Luzern Dia-Vorträge über die Elchniederung gezeigt.

Am Sonnabend, ab 9 Uhr, öffnete das Tagungsbüro. Die Besucher hatten Gelegenheit eine Lesung von Frau A. Romeike aus dem Buch von Heinrich Salomon „Nur nicht nach Labiau gehen“ zu hören. Gleichzeitig wurden Bilder eingescannt und Filme gezeigt.

Um 14 Uhr begann der offizielle Teil der Veranstaltung, die der Kreisvertreter eröffnete. Nach verschiedenen Grußworten und die Totenehrung wurde ein geistliches Wort, geschrieben von Pfarrer Uwe Loeper, – seine Eltern stammen aus Groß-Friedrichsdorf in der Elchniederung – vorgetragen.

Nach dem Rechenschaftsbericht mit Kassenbericht, Wirtschafts- und Ertragsplan wurden noch zwei Reiseberichte vorgestellt. Es folgten die Wahlen zu den fünf Kirchspielen Karkeln, Schakendorf, Neukirch, Weidenau und Seckenburg. Es konnten zwei jüngere Personen (Nachgeborene) für diese Tätigkeit gewonnen werden.

Nach dem Ostpreußen-Lied klang der offizielle Teil aus. Es blieb somit noch genug Zeit zum Plachandern und zum Gesang von Heimatliedern. Ab 18 Uhr folgten Musik und Tanz. Am Sonntag konnte das Agnes-Miegel-Haus von 10 bis 14 Uhr beziehungsweise der Gottesdienst in der evangelischen Kirche in Steinhude besucht werden.

Manfred Romeike, Kreisvertreter



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

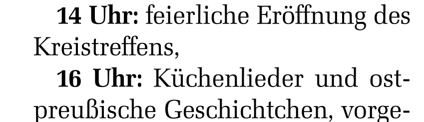
Kreistreffen

Zum jährlichen Kreistreffen geht es von Sonnabend, 16. bis Sonntag, 17. September ins Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48, 25421 Pinneberg. Das Programm

Sonnabend, 16. September

9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Cap Polonio,

10 Uhr: im Museum am Fahltskamp 30 erwarten Sie Kaffee und Kuchen, Pilkaller und andere ostpreußische Leckereien,



11 Uhr: Ortsvertretersitzung im Hotel Cap Polonio,

14 Uhr: feierliche Eröffnung des Kreistreffens,

16 Uhr: Küchenlieder und ostpreußische Geschichtchen, vorgetragen von der Königsbergerin Gerta Heyken,

16.30 Uhr: Treffen der Familienforscher im Hotel Cap Polonio, Leitung Heidrun Meller,

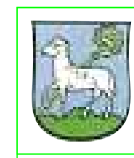
18.30 Uhr: gemütlicher „Ostpreußenabend“ mit gemeinsamem Essen im Hotel Cap Polonio.

Sonntag, 17. September

9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Cap Polonio,

10 Uhr: Öffnung der Samland-Ausstellung am Fahltskamp 30,

10.30 Uhr: Vortrag zum Thema „Ostpreußens Hungerkinder“, Dr. Christopher Spatz. Anschließend Fortsetzung des Kreistreffens im Cap Polonio und in den Räumen des Samlandmuseums.



HEILSBERG

Kreisvertreter: Erwin Popien, Eichendorffstraße 30, 41564 Kaarst, Telefon (02131) 62403, E-Mail: erwiniptus@aol.com.

Heimatgruppe Köln

Mittwoch, 27. September: Treffen. Informationen erteilt Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: c.maschke@netcologne.de.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Heimatgruppe Sachsen – Sonnabend, 16. September, 14 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau: „Mit dem Fahrrad nach Ostpreußen“ – Reisebericht von Dieter Am-Ende aus Johanngeorgenstadt. Informationen: Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Kreistreffen

Liebe Landsleute, unser nächstes Kreistreffen mit Wahl findet, wie bereits im Mai in der Preußischen Allgemeinen Zeitung und im Juni im „Samlandbrief angekündigt, am 30. September in 32327 Minden, Lindenstraße 52, Hotel Landgart, statt.

Die Veranstaltung beginnt um 10 Uhr und endet um 17 Uhr. Hier die Tagesordnung der Vollversammlung:

- Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Vollversammlung
- Tätigkeitsbericht der Kreisvertreterin
- Änderung der Satzung (§ 6 Ziffer 2., § 7 Ziffer 3., § 11)
- Neuwahl der Mitglieder zum Kreisausschuss
- Verschiedenes

Sollten Sie an dem Treffen und daher an der Wahl nicht teilnehmen können, so geben Sie Ihre Stimme bitte durch Briefwahl ab. Sie bekunden dadurch Ihr Interesse an der Arbeit der Heimatkreisgemeinschaft, auf das wir sehr angewiesen sind. Die Unterlagen für die Briefwahl sind Ihnen bereits zugegangen. Sollten Sie keine Wahlbenachrichtigung erhalten haben, so wenden Sie sich bitte an Herrn Mückenberger. Lesen Sie bitte alles genau durch und beteiligen Sie sich bitte an Wahl oder Briefwahl. Die Wahlbriefe müssen bis zum 26. September bei der Heimatkreisgemeinschaft eingegangen sein. Anschrift: Carl Mückenberger, Neißestraße 13, 32425 Minden.

Gemäß Satzung und Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder zum Kreisausschuss der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr) e.V. veröffentliche ich folgende endgültige Kandidatenliste:

Dr. Bärbel Beutner (Eltern aus Heiligenwalde), geboren im Februar 1945 auf der Flucht in Stolp/Pommern, war bereits bis 2003 stellvertretende Kreisvertreterin, wohnhaft Käthe-Kollwitz-Ring 20, 59423 Unna.

Dorothea Blankenagel, geboren am 6. Mai 1929, Heimatort: Neuhausen, Mitglied des Kreisausschusses seit 1974, wohnhaft Heerstraße 59, 47053 Duisburg.

Gisela Broschei, geboren am 5. März 1931, Heimatort: Groß Ottenhagen, wohnhaft Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Kreisvertreterin seit 2003.

Barbara Dörr-Bressem (Eltern aus Löwenhagen), geboren am 21. Dezember 1946, Mitglied des Kreisausschusses seit 2009, wohnhaft Am Johannisbach 28 33739 Bielefeld.

Axel Doepner, geboren 26. März 1935, Heimatort: Schleuduhnen, Mitglied des Kreisausschusses seit 2009, seit Januar 2013 Schatzmeister, wohnhaft Am Ostbahnhof 14, 40878 Ratingen.

Kathrin Gottschalk, geboren am 9. August 1970, Heimatort der Eltern: Konradshorst, Trömpau, Schaaken, wohnhaft 08321 Kirchstraße 15, 08321 Zschorlau.

Wolfgang Knitter, geboren am 26. August 1937, Heimatort: Schaakswitte, Mitglied des Kreisausschusses seit 2003, wohnhaft Matthias-Grünewald-Straße 32e, 315315 Wunstorf.

Carl Mückenberger, geboren am 24. Juli 1931, Heimatort: Stangau, Mitglied des Kreisausschusses seit 1988, seit 2003 stellvertretenen Kreisvertreter und Geschäftsführer, wohnhaft Neißestraße 13, 32425 Minden.

Manfred Schirmacher, geboren am 28. März 1937, Heimatort: Postnicken, seit vielen Jahren Mitglied des Kreisausschusses, Koordinator des Samland-Museums in Minden, wohnhaft Tulpenweg 2, 59192 Bergkamen-Overberge.

Willi Skulimma, geboren am 26. November 1934, Heimatort: Waldau, Mitglied des Kreisausschusses seit 1999, wohnhaft Aakerfährstraße 59, 57058 Duisburg.

Das kulturelle Programm

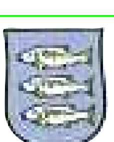
Wir laden Sie nochmals herzlich ein, nach Minden zu kommen. Wir haben uns bemüht, ein interessantes Programm zusammenzustellen, in dem neben Wahl und aktuellen Fragen, die unsere Heimat betreffen, auch Zeit für Besinnliches und Vergnügliches vorgesehen ist.

So haben wir Dr. Christopher Spatz, den Autor des 2016 erschienen Buches „Nur der Himmel blieb derselbe, Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“, eingeladen. Er wird aus seinem in der Öffentlichkeit viel beachteten Buch vorlesen. Der Historiker Spatz, Jahrgang 1982, forschte zum Thema der Wolfskinder an der Humboldt-Universität in Berlin. Seine Forschungen sind Grundlage seines Buches, in dem er die damaligen Kinder, die letzten Zeitzeugen, selbst über ihr Schicksal sprechen lässt. Ein weiterer Höhepunkt des Kulturprogramms wird am Nachmittag der Auftritt des Sängers Bern-Stein sein, der auch beim Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen im Mai mit viel Beifall bedacht wurde. Besonders begeisterten die von Bern-Stein persönlich eingespielten Bilderschauen mit vielen Impressionen aus der ostpreußischen Heimat. Von Interesse dürften auch die DVDs unserer Heimatdörfer sein, die Sie an der Tagungsstätte einsehen, aber auch käuflich erwerben können.

Falls Sie eine Übernachtung planen, so sollten Sie sich möglichst bald ein Hotelzimmer reservieren lassen. Neben unserem Tagungshotel Landgart wird Ihnen die Touristeninformation weitere Hotels oder Pensionen in Minden vermitteln können, Telefon (0571) 8290659.

So kann ich nur der Hoffnung Ausdruck geben, dass viele Landsleute den Weg nach Minden finden – keiner weiß, wie lange das noch möglich ist – und dass wir unter ostpreußischen Freunden und Freunden Ostpreußens schöne Stunden verleben werden.

Mit heimatlichen Grüßen in der Hoffnung auf ein Wiedersehen in Minden. *Gisela Broschei, Kreisvertreterin*

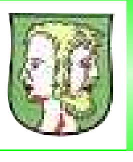


LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Familienforscher kommt

Sonnabend, 16. September, ab 10 Uhr Lötzener Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung), **Neumünster:** Gelegenheit, die Neue Ausstellung „Von Nordfriesland bis Nidden – Küstenbilder von Axel Jezewski und aus privater Sammlung“ zu besichtigen. Um 15.30 Uhr beginnt die Veranstaltung „Auf der Spur der Ahnen“. Dr. Mark Marzinzik, ein (Lötzener) Familienforscher aus Hamburg, berichtet von seinen Forschungsreisen nach und in Masuren. Er zeigt Filmaufnahmen und Fotos von familiengeschichtlich bedeutsamen Orten. Ein Vortrag – interessant nicht nur für familiengeschichtlich Interessierte. Der Eintritt ist wie immer frei.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Neuer Bezirksvertreter

Das Amt des Bezirksvertreters von Grabnick hat Horst Tregel übernommen. Seine Adresse: Auf den Steinen 7, 51503 Rösrath, Telefon (02205) 1531.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Herrliche Tage in Otterndorf

In der Zeit vom 19. bis 31. Juli verbrachten wir eine tolle Freizeit in der Jugendherberge Otterndorf. Daran teilgenommen haben zehn russische Teilnehmer aus dem Kreis Schloßberg und ebenso viele Teilnehmer aus Deutschland. Bei dem abwechslungsreichen Programm hatten die Teilnehmer viel Spaß und tolle Erlebnisse. Besondere Höhepunkte waren sicher der Heidepark und auch der Besuch in Hamburg. Der historische alte Elbtunnel wurde durchlaufen. Zum Glück wurde auf der anschließenden Rückfahrt mit dem Schiff niemand seekrank. Dafür wurde das Hafenpanorama mit vielen Fotos gewürdigt. Bei einem Stadtbummel gab es natürlich auch Gelegenheit zum Einkaufen und auch das Rathaus zu besichtigen.

Aber auch diverse kulturelle Angebote standen auf dem Programm.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Ein Museumsbesuch „Windstärke 10“ in Cuxhaven, ein Besuch im Torhaus Otterndorf und auch in der Heimatstube der Kreisgemeinschaft Schloßberg in Winsen waren sehr interessant.

Lara und Florian hatten einen Powerpoint-Vortrag über Ostpreußen ausgearbeitet; dieser wurde ergänzt durch Kreistagsmitglied Helga Anders. Sie berichtete über ihre Kindheit in Ostpreußen und über Flucht und Vertreibung.

Bei einer Fahrt mit der Moorbahn in Ahlenfalkenberg konnten die Teilnehmer etwas über die Entstehung und Renaturierung des Moores erfahren.

Für die Sportler gab es Wasserski in Neuhaus. Aber auch Fußball, Volleyball und Tischtennis standen auf dem täglichen Programm. Das Schwimmen im Badesee hat allen viel Freude gemacht, leider ist es mehrfach buchstäblich ins Wasser gefallen, und wir haben Strand und See nur mit Regenjacken und Schirmen erobern können. Als Ersatz konnte auch einmal die Soletherme dienen.

Wir haben viel gelacht und mit Händen und Füßen kommuniziert, wo die sprachlichen Fähigkeiten nicht ausreichten. Dank einiger sowohl deutsch- als auch russischsprechender Teilnehmer war die Verständigung insgesamt kein Problem und wir alle haben auch ein paar Worte der jeweils fremden Sprache gelernt.

Beim Abschlussnachmittag, an dem auch Gäste und Groß-/Eltern geladen waren, haben alle Teilnehmer zusammen den Kanon „Bruder Jakob“ gesungen, es gab des Weiteren Tanzeinlagen, Sketche und eine Kampfsportvorführung.

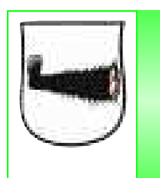
Auch weitere Gesangseinlagen der Teilnehmer sorgten für Unterhaltung. Beim Deutsch-russischen Duett „Ein bisschen Frieden“ hat sich sicher so manche Träne in die Augenwinkel der Zuhörer geschlichen. Anhand selbsterstellter Collagen haben die Jugendlichen dargestellt, was ihnen im russischen beziehungsweise deutschen Alltag zu Hause wichtig ist. So riesig wie man vielleicht glauben mag sind die Unterschiede gar nicht. Insgesamt war es für alle Teilnehmer eine sehr positive Erfahrung. Trotz der bestehenden Unterschiede zu einer Gemeinschaft zusammenzuwachsen, gemeinsam Projekte zu gestalten und auch dadurch bedingte kleinere Schwierigkeiten gemeinsam zu lösen. Am Ende hatten wir das Gefühl, eine gelungene Freizeit erlebt zu haben, und werden immer mit Freude an die schönen Tage in Otterndorf zurückdenken.

Besonders geehrt wurde Lara Bamman mit einem Buchgeschenk (Urgroßvater: Fritz Schmelz, Tegnerskrug) für ihre fünfmalige Teilnahme. Unser Dank gilt allen, die diese Freizeit ermöglicht und in so vielfältiger Weise unterstützt und den Kindern und uns damit eine so wundervolle Zeit geschenkt haben. Dazu gehört der Patenkreis Harburg, die Kreisgemeinschaft Ebenrode und die Stiftung deutsch-russischer Jugendaustausch.

Tanja Ehlers, Susanne Renger, Gruppenleiterinnen



Schloßberg: Natürlich wurde auch die Heimatstube in Winsen von der Jugendgruppe besucht Bild: privat



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, E-Mail: info@kreisgemeinschafts-ensburg.de, www. kreisgemeinschaftsensburg.de

Chorkonzert

Zu den diesjährigen Sommerprojekten gehörte auch das Chorkonzert am 27. Juni in der Sensburger Evangelischem Kirche. Im Repertoire befanden sich bekannte sakrale Lieder sowie Volkslieder von internationalen Komponisten. Zu den besonderen Gästen gehörte die aus Berlin angereiste Singgemeinschaft „Märkisches Ufer“ sowie die Chöre, „Pasjonata“ aus Schwentainen bei Ortelsburg und der Sensburger „Schola Vokale“ unter der Leitung von Cezary Nowakowski.

Erstaunlich war, dass diese Veranstaltung zweisprachig ausgetragen wurde, was sonst anderswo nicht immer üblich ist. Selbst im deutschen Verein, der „Sensburger Deutschen Gesellschaft Bärentatze“ ist das nicht der Fall. Dort diskriminierte man bei einer der diesjährigen Hauptversammlungen die deutschen Mitglieder insofern, dass die deutsche Sprache nicht erwünscht war. Auf die Bitte, die Sitzung zweisprachig auszutragen, gab die Versammlungsleiterin zur Antwort: „In diesem Lande ist die Amtssprache Polnisch, und so wird hier auch gesprochen.“ Die Aussage ist natürlich keinesfalls konform mit der Satzung dieser Gesellschaft, trägt auch nicht zum friedlichen Miteinander bei. Die abendliche musikalische Veranstaltung im Sensburger Gotteshaus vereinte Christen verschiedener Konfessionen und Nationen und zeigte, wie ein friedfertiges Miteinander funktionieren kann.

Witzig und charmant wurden auserlesene Lieder, abwechselnd auf Polnisch und Deutsch, lebendig vorgetragen. Die Akustik dieser Kirche ist fantastisch, und somit erklang der wunderbare Gesang weit nach draußen hinaus.

Als eine Besonderheit wurde der Gesang eines deutschen Chors in polnischer Sprache empfunden. Zur Begeisterung aller Liebhaber der Sakralmusik sang der Sensburger Chor in deutscher Sprache das Werk von Johann Sebastian Bach „Jesu bleibet meine Freude“. Am Ende des wunderbaren Konzerts wurde der weltberühmte Kanon "Dona Nobis Pacem" von allen drei Chören gemeinsam gesungen. Zu unserer Freude durften die Gäste in den Kanon mit einstimmen. Danach erfolgte tosender Applaus.

Leicht beschwingt, aber ausschließlich durchdrungen von positiven Gedanken und des Nachhalls des Liedes „Sah ein Knab‘ ein Röslein steh‘n“, verließen die Besucher an diesem Abend beeindruckt die evangelische Kirche in Sensburg.

Monika Hafen



Sensburg: Ein Chorkonzert in der evangelischen Kirche bot Witz, Charme und eine phantastische Akkustik Bild: privat

Jetzt erhältlich: Der neue Ostpreußenkalender für 2018

Ostpreußens einzigartige Schönheit hat schon immer bedeutende Maler angelockt. Die Künstlerkolonie in Nidden und die Königsberger Kunstakademie zeugen davon. Ausgewählte Werke solcher Maler, die sich von Ostpreußen faszinieren und inspirieren ließen, sind jährlich in den exklusiven Kalendern des Dortmunder Verlages „type art satz & grafik“ zu sehen. Das gilt natürlich auch für 2018. Die farbenfrohen „Ostpreußische Spät-Expressionisten“ sind diesmal das Thema. Der Kalender hat das Format: 50 x 35 Zentimeter und kann bis zum 30. September inklusive Versand zum Vorzugspreis von 21,50 Euro bestellt werden (später 22,60 Euro).

Zu erhalten ist er bei: der Kalender bei „type art satz & grafik“, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820, E-Mail: info@typeart-dortmund.de.



Eines der Kalendermotive: Ernst Mollenhauers (1892–1963) „Blick auf Purwin“ Bild: typeart

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Während der diesjährigen Sommerfahrt des Bundes Junges Ostpreußen (BJO), im August im Kreis Sensburg haben die Teilnehmer viele Erlebnisse und Eindrücke sammeln können. Ein besonderer Höhepunkt war der Besuch des Landratsamtes in Sensburg, in welches der Landrat des Kreises Sensburg Antoni Karas, die Teilnehmer der Sommerfahrt offiziell eingeladen hat. Monika Hafen, Angehörige der deutschen Minderheit, organisierte den Besuch und übersetzte vor Ort. Im Sitzungssaal des Kreistages begrüßte Karas die Gäste und berichtete aus Vergangenheit und Gegenwart des Landkreises. Dabei betonte er die Wichtigkeit deutsch-polnischer Zusammenarbeit und würdigte die Arbeit auf vielen verschiedenen Gebieten. Insbesondere nannte er die Kriegsgräberpflege, welche einen Beitrag zur Versöhnung der Völker leiste und das Andenken an die Gefallenen wahre. Dies gelte unabhängig davon, ob die Gefallenen Deutsche, Russen oder Polen seien. Weiterhin hob er die Städtepartnerschaft zwischen Sensburg und Remscheid hervor, welche ein gutes Beispiel der Zusammenarbeit sei. Seine Stellvertreterin Magda Lewkowicz hielt anschließend eine interessante und umfassende Präsentation über den Landkreis und stellte Natur, Sehenswürdigkeiten sowie Wirtschaft und Infrastruktur vor. Die Teilnehmer und Vertreter des Landkreises waren sich einig, dass ein stetiger Dialog geführt werden muss und zusammen mehr erreicht werden kann als alleine. In teilweise politisch schwierigen Zeiten war dieser Besuch ein positives Zeichen und bester Beweis dafür, dass Gespräche verbinden.

Anschließend wurde der BJO von der Arbeitsgemeinschaft zur Erhaltung des Evangelisch Augsburgischen Friedhofes in Sensburg zu einem Arbeitseinsatz eingeladen. Die Arbeitsgemeinschaft setzt sich seit einem Jahr aktiv für den Erhalt und die Pflege des Sensburger Friedhofes ein, welcher sich unmittelbar unterhalb des bekannten Bismarckturms befindet. Die Einladung nahmen die Teilnehmer gerne entgegen, da es eine besondere und bleibende Erfahrung ist, tatsächlich vor Ort tatkräftig einen Beitrag für die Erhaltung des Kulturerbes zu leisten. Obwohl der Friedhof bereits 1986 in das Register im Denkmalamt Ermland und Masuren in Allenstein eingetragen wurde, ist er in den letzten Jahren stark vernachlässigt worden. Die Grabsteine sind teilweise zerstört oder unter der Erde verschwunden. Daher gründeten Zofia Wojciechowska und Monika Hafen die Arbeitsgemeinschaft und organisieren regelmäßig Aufräumarbeiten. Die Teilnehmer packten mit Hilfe von Spaten und Bürste fleißig an. Unter Aufsicht des Kunstkonservators Piotr Supryn konnten sogar gänzlich unter der Erde verschwundene Grabsteine wieder zum Vorschein gebracht werden. Auf einem großen, mit Hilfe eines Seils geborgenen Grabsteins, kam sogar noch die ursprüngliche goldene Schrift zum Vorschein. Das Ergebnis des mehrstündigen Arbeitseinsatzes war damit deutlich sichtbar. Zum Abschluss des Arbeitseinsatzes

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Sommerfahrt des BJO: Zu den Höhepunkten der Reise zählte der Besuch des Landratsamtes in Sensburg. Eingeladen hatte der Landrat Antoni Karas Bild: Jungk

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung auf Seite 18

wurde noch gemeinsam an einem einzelnen Soldatengrab auf dem Friedhof, stellvertretend für die Gefallenen der Weltkriege, in würdevollem Gedenken ein Kranz niedergelegt. Der Besuch in Sensburg wird den Teilnehmern noch lange in guter Erinnerung bleiben. *Marius Jungk, Vorsitzender*



Der evangelisch-augsburgische Friedhof in Sensburg: Die Teilnehmer der BJO-Sommerfahrt packten kräftig mit an, um versunkene Grabsteine wieder an die Oberfläche zu holen Bild: Jungk



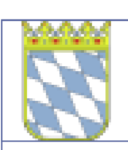
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 16. September, 10 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart: Landesdeligiertentagung mit Berichten aus der Arbeit des Landesvorstands, Kassenbericht, und Entlastung. – Sonnabend, 16. September, 14 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart: Landeskulturtagung mit zwei Vorträgen zum Thema Martin Luther. Die Kulturreferentin Ulla Gehm spricht über die „Die Reformation in Ostpreußen – Martin Luther und Herzog Albrecht“. Die Landesvorsitzende Uta Lüttich wird über „Katharina von Bora – Nonne, Geschäftsfrau, Luthers Weib“ berichten. Gäste sind herzlich willkommen. – Sonntag, 17. September, 14 Uhr, Hegelsaal, Liederhalle, Stuttgart: Festveranstaltung „65 Jahre BdV-Landesverband Baden-Württemberg“ und Tag der Heimat. Festredner ist Thomas Strobl, stellvertretender Ministerpräsident, Innenminister und Landesbeauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler. Das diesjährige Motto lautet: „Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung“. Im Foyer der Liederhalle werden sich die Landsmannschaften präsentieren. Auch die Ost- und Westpreußen sind dabei. Das kulturelle Rahmenprogramm wird von heimatlichen Sing, Tanz- und Instrumentalgruppen gestaltet. Bitte bringen Sie Ihr Ost- oder Westpreußenkleid beziehungsweise Weste mit, damit wir beim Einmarsch der Trachtenträger teilnehmen können.

Frauengruppe – Sonntag, 17. September, 9 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart. Nach dem „Wort zum Sonntag“ von Irma Barraud folgen die Berichte der kulturellen Frauenarbeit. Gäste sind herzlich willkommen. Ein gemeinsames Mittagessen gibt es um 12.30 Uhr.

Ludwigsburg – Dienstag, 19. September, 15 Uhr, „Krauthof“, Beihinger Straße 27: Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Donnerstag, 21. September bis Sonntag, 24. September: Landeskulturfahrt nach Schwerin mit Besuch des 25. Landestreffens der Ostpreußen. Gemeinsame Fahrt mit den Reisebus, Sonderprogramm; Anmeldung bei Landsmann Bethke, Telefon (09831) 80961.

Bamberg – Sonnabend, 16. September: Kranzniederlegung für die Opfer von Flucht und Vertreibung am Vertriebenenmahnmal – Mittwoch, 20. September, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen mit Vortrag „Nachkriegsjahre in Ostpreußen“.

Landshut – Dienstag, 19. September, 12 Uhr, „Insel“: Königsberger Klopseessen. – Mittwoch, 4. Oktober: Zugfahrt nach Regensburg mit Besichtigung der Ostdeutschen Galerie.

München – Freitag, 22. September, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, am Lilienberg 5, 81669 München: Kaffeetafel, Vortrag über ost- und westpreußische Persönlichkeiten und Mitgliederversammlung.

Nürnberg – Dienstag, 26. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser, Endstation U1 gegenüber: „Die Politik und Kulturgeschichte Ostpreußens“.



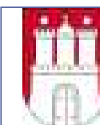


BREMEN

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Landesgruppe – Sonnabend, 23. September, ab 7.30 Uhr bis zirka 20 Uhr: Tagesfahrt nach Schwerin zum 22. Landestreffen. Der Preis beträgt pro Person: 39,50 Euro zuzüglich Eintritt zum Treffen: 7 Euro. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 20 Personen; sollten 25 oder mehr Personen teilnehmen, ermäßigt sich der Fahrpreis auf 32,50 Euro pro Person. Die Teilnahme am Ostpreußentreffen ist nicht zwingend, stattdessen kann der Tag auch individuell in Schwerin verbracht werden. Anmeldungen sind bitte baldmöglichst, an Sausner Reisen, 28816 Stuhr, Telefon (0421) 801801 zu übermitteln.

Bremerhaven – Freitag, 22. September, 14.30 Uhr, Ernst-Barlach-Haus: Kulturnachmittag als Erntedankfest. Eine Anmeldung ist unbedingt bis zum 15. September unter Telefon (0471) 86176 erforderlich.

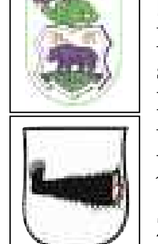


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

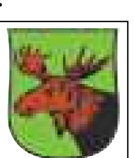
Landesgruppe - Sonntag, 17. September, 15 Uhr, Gemeindehaus (Bachsaal), Hauptkirche St. Michaelis, Krayenkamp, 20459 Hamburg (S1, S3 - Stadthausbrükke; U3 - Rödingsmarkt; Buslinie 6 und 37- Haltestelle „Michaeliskirche“): Tag der Heimat des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg unter dem Motto „60 Jahre Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung“. Im Vorprogramm: Jakob Fischer, Projektleiter der Wanderausstellung „Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart“. Festrede: Franziska Grunwaldt, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (CDU). Auftritt des Chores der Deutschen aus Russland „Abendklang 2001“„ und der Musikgruppe „Jung im Herzen“. Schlusswort: Helga Seeger, Vorsitzende der Landesgruppe Hamburg-Schleswig-Holstein des Verbandes der Siebenbüger Sachsen in Deutschland. Einlass ab 14 Uhr. Eintritt frei.

KREISGRUPPEN

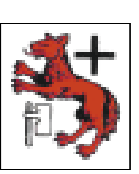


Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr, außer Januar und Juli, um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Ein kulturelles Programm mit Bildvorträgen, Gedichten und gemeinsamen Singen erwartet Sie. Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon: (040) 587585, Fax: (040) 52678519. E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

.



Elchniederung – Dienstag, 26. September, 14 Uhr, Berenberg-Goler-Haus, Niendorfer Kirchweg 17, 22459 Hamburg: Treffen der Gruppe zu einem herbstlichen Nachmittag mit Filmvorführung über unser altes Ostpreußen und Gesprächen rund um das Erntedankfest. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Auskunft bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



Heiligenbeil – Donnerstag, 28. September: Fahrt ins „Holländestädtchen Friedrichstadt“. Inmitten der Flusslandschaft von Eider, Treene und Sorge, idyllisch im Dithmarscher Land gelegen, zur Erntezeit in die Kohlregion Deutschlands. Leistungen: Busfahrt, Mittagessen (Kohlbuffett), Grachtenfahrt, Kaffeegedeck. Nach dem Mittagessen Grachtenfahrt. Danach bleibt Zeit bis zum Kaffeetrinken, um Friedrichstadt zu erkunden. Preis pro Person 47 Euro. Anmeldung bis 24. September 2017, unter Telefon (040) 32049041. Abfahrt Hamburg-Heimfeld: 9 Uhr, Hamburg-ZOB: 9.30 Uhr.

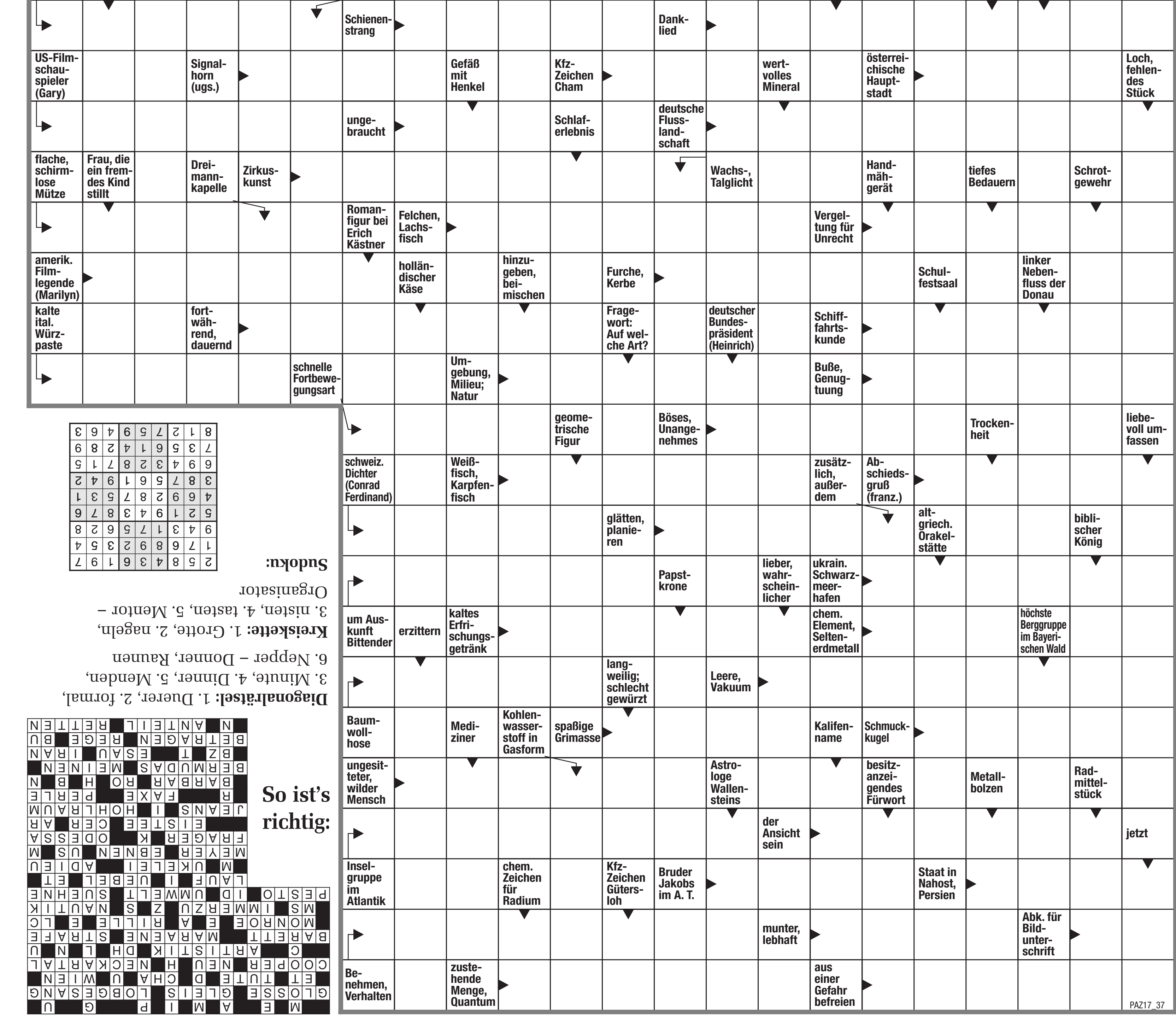


Osterode – Sonnabend, 30. September, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restauramnt Rieneling, Fuhlsbüttler Straße 755, direkt am U- Und S-Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße: Erntedankfeier, mit Kaffeetafel, Liedern und heimatlichen Geschichten. Gäste sind herzlich willkommen.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung auf Seite 19

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



Sudoku

2			4		6			7
	7	6				3	5	
5	2		9		3		7	6
4			2		7			1
3	8		5		1		4	2
	3	5				2	8	
8			7		9			3

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

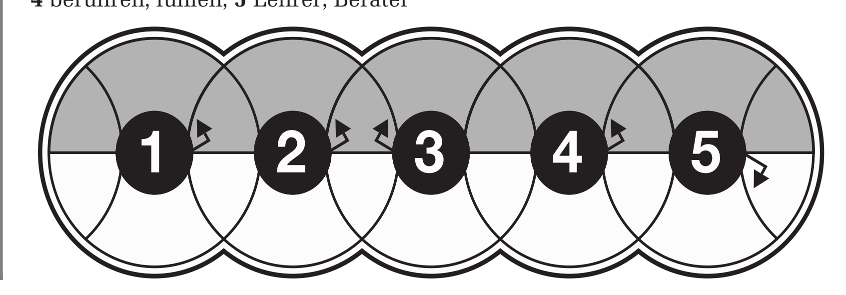
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Geräusche.

1 dt. Maler und Grafiker (Albrecht)
2 nicht den Inhalt betreffend
3 Teil der Stunde
4 englische Hauptmahlzeit
5 Stadt im Sauerland (NRW)
6 Gauner, Betrüger

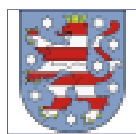
Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Ausrichter, Veranstalter.

1 Felsenhöhle, 2 mit Metallstiften befestigen, 3 Eier legen und ausbrüten, 4 berühren, fühlen, 5 Lehrer, Berater



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 16. September, 14.30 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Bürgerhaus am See, Grundstraße 10, Kranichstein: Treffen. Unser Thema an diesem Tag „Wer bin ich, wo komm ich her"; Landsleute berichten. Hier sind alle unsere Freunde und Mitglieder eingeladen, sich nach Möglichkeit an der Gestaltung zu beteiligen. Erinnerungen an die Zeit in der alten Heimat und die Integration in der neuen Heimat nach der Vertreibung. Es ist doch wertvoll zu erfahren, wie sich die Lebenswege gestalteten. Wir freuen uns sie alle wieder zusehen. Allen Kranken wünschen wir eine gute Besserung und baldige Genesung.

Dillenburg – Mittwoch, 27. September, 15 Uhr im Cafe Eckstein, Königsberger Straße: Monatsversammlung. Wolfgang Post aus Herborn wird Bilder von der Memel und von einer Wandertour auf der Kurischen Nehrung zeigen und darüber berichten.

Kassel – In zahlreichen Heimatgruppen wird in diesem Jahr an Martin Luther und die Reformation in Ostpreußen erinnert. Diesem interessanten Thema widmete sich in der Kasseler Gruppe im August auch der Pfarrer in Ruhestand Alfred Scherlies. Seinen Vortrag gliederte er in vier Abschnitte: Wichtige Lebensdaten des Reformators; die letzten Jahre des Ordensstaates; Albrecht von Brandenburg oder Albrecht Herzog von Preußen; Auswirkungen der Reformation in Ostpreußen. Während entscheidende Wegmarken Luthers allgemein bekannt sind (wie Gelübde von Stotternheim, Thesenanschlag in Wittenberg) ist der Wissensstand über die anderen Themenkreise eher gering. Man denke nur an den letzten Krieg des Deutschen Ordens, dem sogenannten Reiterkrieg im Jahre 1520 oder an entscheidende Mitstreiter Herzog Albrechts, ohne die das Reformationswerk in Preußen anders verlaufen wäre. Immerhin ist vielen Preußen bekannt, dass der vormalige Hochmeister des Deutschen Ritterordens, Albrecht von Brandenburg, den Ordensstaat Preußen 1525 säkularisierte (auf Drängen Martin Luthers) und ihn zum ersten Gebiet mit evangelischer Lehre machte. Ohne auf die einzelnen Förderer und Gestalter des neuen Glaubens eingehen zu können, seien einige hier wenigstens namentlich aufgeführt. Es sind dies vor allem der Bischof von Polentz, Johann Gramann (Poliander), der Prediger Amandi, der Organisator J. Briesmann und der Liederdichter Paul Speratus. Pfarrer Scherlies versäumte nicht, auf die herausragende Stellung evangelischen Liedguts aus Ostpreußen hinzuweisen, welches noch bis heute mit einigen Titeln im Evangelischen Gesangbuch verankert ist. *Gerhard Landau*

Wiesbaden – Sonntag, 17. September, 11 Uhr, Biebricher Schloss: 4. Hessischer Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation und „Zentraler Tag der Heimat". Platzkonzert ab 10.30 Uhr. Festakt mit anschließendem Empfang. – Sonnabend, 30. September, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Erntedankfest mit Kaffeetafel und Verlosung der Erntegaben. Wer durch Geld- und Sachspenden mithelfen möchte, den Erntetisch zu bereichern, teile dies bitte Irmgard Steffen Telefon 844938 oder Helga Kukwa Telefon 373521 mit. Allen Geld- und Sachspendern herzlichen Dank!



Wiesbaden: Sommerfest-Besucherin Lieselotte Paul (l.) hatte ein paar Tage zuvor Geburtstag. Die Vorsitzende Helga Kukwa stieß mit einem Gläschen Bärenfang auf ihr Wohl an Bild: privat

– Bericht –

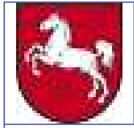
Über drei Jahrzehnte hindurch versammeln sich die Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft zum traditionellen Sommer-Gartenfest in der gastlichen Wiesbadener „Kleingartenanlage am Wasserwerk". Bei herrlichem Sommerwetter freuten sich auch diesmal fast 60 Besucher über einen vergnüglichen Nachmittag, zumal sie gleich zu Beginn mit Kaffee und köstlichem Kuchen verwöhnt wurden.

Mit von der Partie auch Lieselotte Paul, die Tage zuvor Geburtstag hatte. Auf das Wohl der Königsbergerin stieß die stellvertretende Vorsitzende Helga Kukwa mit einem Gläschen ostpreußischen Bärenfang an und wünschte vor allem beständige Gesundheit für das neue Lebensjahr.

Zu einem sommerlichen Fest gehören auch Musik und Gesang. Dafür sorgte Matthias Budau mit Keyboardspiel und vertrauten Liedern zum Mitsingen und Schunkeln. Zwischendurch blieb genug Zeit zum plachandern; natürlich sprechen die Landsleute auch über ihre Vergangenheit und den Werdegang ihrer Familien. „Sich erinnern zu dürfen, ist etwas Gutes, denn Erinnerung gehört zum Leben", weiß der Vorsitzende Dieter Schetat.

Vergnügliche Abwechslung bereitete ein Würfelspiel, bei dem die Gewinner Brigitta Büring, Elsa Krakuhn und Martha Grüner mit Sekt und Süßigkeiten belohnt wurden.

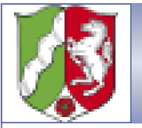
Zur Stärkung für den Heimweg gab es gegen Abend die sehnlichst erwarteten Steaks und Würstchen vom Grill mit selbstgemachtem Kartoffelsalat. Weil es allen gut geschmeckt hatte, erhielten der rührige Grillmeister und das fleißige Küchenpersonal Lob und Anerkennung, verbunden mit einem „flüssigen" Präsent der Landsmannschaft. *Dieter Schetat*



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Freitag, 15. September, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu", Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 19. September, 16.30 Uhr, Hotel „Novum", Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Sonntag, 24. September, 15 Uhr, Parkhotel Osnabrück: Erntedanknachmittag. Anmeldung bis zum 14. September bei Else Tober, Telefon (0541) 133614 oder Siegfried Keuchel, Telefon (0541) 388708.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 21. September: Heimatliteraturkreis.

Bonn – Sonntag, 17. September, 11 Uhr, Münsterplatz: Ostdeutscher Markttag zum Tag der Heimat. – Dienstag, 26. September, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Frauenkreis.

Dortmund – Montag, 18. September, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Zusammenkunft der LO-Kreisgruppe.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 9: Chorprobe der Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland. – Freitag, 15. September, GHH: Ausstellung „Briefmarkenmotive – Deutschland zwischen Besatzungszonen und Zwei-Staaten-Lösung (1945-57)". – Sonnabend, 16. September, 11 Uhr, Infostand Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff. – Dienstag, 19. September, 19 Uhr, GHH: Lesung mit Autor Jiri Hajicek „Der Regenstab". – Mittwoch, 20. September, 15 Uhr, GHH: Leseinspirationen aus der Bibliothek, Bücher zum Thema „Martin Luther und die Reformation". – Donnerstag, 21. September, 9 bis 19 Uhr: Tagesfahrt nach Monschau, Eifel. – Donnerstag, 21. September, 19 Uhr: Film „Freya – Geschichte einer Liebe", 87 Minuten, Regie: Antje Starost, Hans Helmut Grotjahn. – Donnerstag, 21. September, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Caals. – Freitag, 22. September, 19 Uhr: Spätsommerliches Serenadenkonzert mit Klaus-Peter Riemer (Flöte) und Miyuki Brummer (Klavier). – Mittwoch, 27. September, 19 Uhr, GHH: Vortrag von Dr. Peter Jahn „Ilja Ehrenburg – Politisch korrekt im Angesicht des Todes". – Freitag, 29. September, 19 Uhr: Gesang und Lesung mit Alexander Lachmann, Gesang, Elke Jahn, Gitarre, und Uli Hoch, Lesung „Heimat – Fremde Ferne?". Lieder und Texte vom Fortgehen und Ankommen aus Heimat und Exil. – Mittwoch, 4. Oktober, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Kanckstädt.

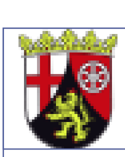
Köln – Dienstag, 19. September, ab 14 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41 – 43: Versammlung. Wir bitten darum, so zu kommen, dass die Versammlung ohne Verzug, um 14:30 Uhr, beginnen kann.

Lippe/Detmold – Mittwoch, 20. September, 15 Uhr, Kleiner Festsaal, Stadthalle Detmold: Herbstveranstaltung der Kreisgruppe Lippe, Vortrag von Hans-G. Ippig „Ostpreußisch Platt und Mundart, Spracheinflüsse und Sprachbezirke, Wortbeilspiele". Alle Ostpreußen und Freunde sind herzlich eingeladen!

Neuss – Sonnabend, 16. September, ab 11 Uhr, Aula, Berufsbildungszentrum, Hammfelddamm 2: 33. Hauptkreistreffen der Kreisgruppe Rößel mit Kreistagssitzung, Videofilm, Tombola und festlicher Tanzabend und Sonntag, 17. September, 10.30 Uhr, Kapelle der Augustinerinnen: Festgottesdienst. Ab 12 Uhr, Aula BBZ: Festakt, 14 Uhr: Begegnung mit den Landsleuten bei Kaffee und Kuchen. – Sonntag, 1. Oktober, Marienhaus, Kapitelstraße 36, ab 14 Uhr Einlass, Beginn um 15 Uhr: Erntedankfest der Ostpreußen mit Gedichten, Liedern und Tanz unter der Erntekrone.

Siegen – Bericht Klopseessen: Essen und Trinken hält nicht nur Leib und Seele zusammen, sondern stärkt auch die Gemeinschaft ungemein. Diese Erfahrung machte am 27. August die ostpreußische Kreisgruppe wieder anlässlich ihres schon traditionellen Klopse-Essens. Zahlreiche Gäste von den Vertriebenen, aber auch Siegerländer waren der Einladung von Anton Olbrich, dem Vorsitzenden der Ostpreußischen Kreisgruppe, gefolgt. Der Chef selbst hatte die leckeren Original-Königsberger Klopse zubereitet. Die Frauen steuerten Kartoffeln und Beilagen dazu bei, mit Bärenfang zur Verdauung, und genötigt wurde auch. Heimatlicher geht's nicht. Die Stimmung war bei herrlichem Wetter auf dem Hof unserer Landsmännin Christel Heide grandios. Von alten Melodien auf dem Schifferklavier begleitet, wurde plachandert, gelacht und alter Zeiten gedacht. Es war ein herrlicher Tag. *Hella Giesler*

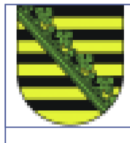
Witten – Montag, 18. September, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Vorträge und Gedichte unserer Landsleute und Gäste.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

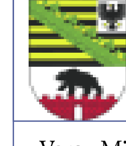
Mainz – Sonntag, 17. September, 10.30 Uhr, Biebricher Schloss in Wiesbaden: Tag der Heimat in Hessen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Dienstag, 26. und Mittwoch, 27. September: Fahrten mit Schülern der Gerhard-Hauptmann-Oberschule Limbach-Oberfrohna zum Haus der Heimat nach Reichenbach.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Dienstag, 26. September, 13 Uhr, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 29. September, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singkreis.

Gardelegen – Sonnabend, 23. September: Ostpreußentreffen in Schwerin. – Freitag, 29. September, 14 Uhr, Begegnungsstätte VS Gardelegen: Dia-Vortrag „Unsere Landsmannschaft".

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



Flensburg: Eine kräftige Prise Seeluft schnupperte die Gruppe bei einer empfehlenswerten Schiffstour auf dem über 100 Jahre alten Salondampfer Alexandra Bild: privat



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Sonntag, 1. Oktober, 10 Uhr, Kirche St. Michael: Erntedankfeier mit Pastor Sander, anschließen gemeinsames Mittagessen und Besuch der Grabstelle von Herrn Pollack.

– Bericht –

Die ostpreußische Landsmannschaft Flensburg unternahm eine kleine Schiffstour auf der Flensburger Förde. Lange geplant, am Sonntag, dem 20. August begann mit Kaffee und Kuchen an Bord ab dem Flensburger Binnenhafen, der Ausflug.

Die Alexandra: 1908 wurde der Salondampfer auf der Hamburger Werft von Janssen & Schmilinsky für Vereinigte Flensburg-Ekensunder und Sonderburger Dampfschiffsgesellschaft gebaut. Zur Taufe erhielt sie den Namen „Alexandra" (Prinzessin Alexandra Victoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg (21. April 1887 – 15. April 1957 war eine Tochter von Friedrich Ferdinand, Herzog von Schleswig-Holstein und seiner Frau Prinzessin Karoline Mathilde von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg) Das Schiff wurde in den Liniendienst auf der Flensburger Förde gestellt.

Während des Ersten Weltkrieges diente es von 1914 bis 1918 als Vorpostenboot. Von 1919 bis 1934 tat das Schiff wieder Liniendienst für die „Vereinigte Dampfschiffgesellschaft", die 1934 aufgelöst wurde. Die Alexandra wurde von der neu gegründeten Förde-Reederei GmbH übernommen. Bei den Segelwettbewerben in der Kieler Förde während der Olympischen Spiele von 1936 wurde das Schiff als Regatta-Begleitschiff eingesetzt.

Später wurde die Alexandra Lotsenversetzdampfer in der Ostsee sowie Taucherfahrzeug und Torpedofangboot in der Danziger Bucht. 1945 diente die Alexandra in Gotenhafen als Zubringerschiff für die „Wilhelm Gustloff" zur Evakuierung Königsbergs und wurde bei weiteren Verwundeten- und Flüchtlingstransporten über die Ostsee eingesetzt. In den letzten Kriegstagen kehrte das mit Flüchtlingen beladene Schiff nach Schleswig-Holstein zurück. Zwischen 1946 und 1975 wurde die Alexandra wieder im Liniendienst eingesetzt, vor allem zwischen Flensburg und Glücksburg. Bei den Segelwettbewerben der Olympischen Spiele von 1972 wurde der Dampfer wieder als Begleitschiff für die Regatten eingesetzt. Wegen Unrentabilität folgte am 31. August 1975 die Außerdienststellung. Das Schiff blieb unzugänglich gemacht im Flensburger Hafen (Ostseite) liegen und wurde dem Verfall preisgegeben.

Zwischen 1975 und 1979 bildete sich die Gruppe „Rettet die Alexandra". Am 1. Juli 1979 wurde der „Verein zur Förderung dampfgetriebener Fördeschiffe e.V." gegründet, der sich später in „Förderverein Salondampfer Alexandra e.V." umbenannte. Zwischen 1980 und 1982 wurde das Schiff instand gesetzt und nahm an Hafenfesten teil. 1982 wurde die Alexandra durch das Schleswig-Holsteinische Landesamt für Denkmalpflege als Kulturdenkmal anerkannt.

Dieser Salondampfer ist aus Sicht des Autors ein „Botschafter für die Stadt Flensburg". Um das zu beurteilen zu können, gibt es nur eine Möglichkeit: Unternehmen Sie mit der Alexandra eine Schiffstour! Dieses herrliche Schiff verfügt über einen Dampfkessel, der mit Kohle betrieben wird. Diese alte Technik begeistert Jung und Alt, denn der Maschinenraum darf während der Fahrt besichtigt werden. Wenige Daten: Leistung: 420 PS (309 kW) Höchstgeschwindigkeit: 12 Knoten, Länge: 36,96 m, Breite: 7,17 m, Bruttoregistertonnen: 140 (BRZ: 160), zugelassene Personenzahl: 150, Besatzung: sieben seemännische und technische, sechs in der Restauration. *Winfried Brandes, Vorsitzender*

Mölln – Mittwoch, 27. September, 17 Uhr, Quellenhof: Mitgliederversammlung im Rahmen einer Erntedankfeier und traditionelles Erntedankessen „Kassler mit Sauerkraut und Erbsenpüree".



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Landesgruppe – Sonnabend, 16. September, 11 bis 16 Uhr, „Zur Schenke", Erfurt: Tag der Heimat.

Ihre Termine und Berichte

Wir sind für Sie da und veröffentlichen gerne alles, was es aus den Heimatkreisen, Landesgruppen, Kreisgruppen und anderen Zusammenschlüssen der Landsmannschaft Wichtiges zu berichten gibt.

Wann: Spätestens am Mittwoch in der Vorwoche zur anvisierten *PAZ*-Ausgabe sollten ihre Termine, Fotos und Berichte in der Redaktion vorliegen. Ein Beispiel: Erscheint die *PAZ* am Freitag, 20. Oktober, sollte das Material bis Mittwoch, 11. Oktober, in der Redaktion sein. Längere Texte, die auf dem Postwege gesandt werden, sollten uns schon einige Tage früher erreichen.

Wohin: Preußische Allgemeine Zeitung, z. H. Frank Horns, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. Oder per E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de

Die Politiker predigen dem Volk Risikobereitschaft, aber lassen sie selber vermissen

Zu: Der Moment der Woche (Nr. 28)

Der letzte terroristische Anschlag, dieses Mal in Barcelona, liegt nun schon einige Zeit zurück, aber, wie bei einem Vulkan, der nächste Ausbruch wird kommen, der nächste Anschlag. Von den „Offiziellen“ dann wieder die üblichen Betroffenheitsriten mit Krokodilstränen und den üblichen Worthülsen: Nicht der Islam ist schuld, Tat eines Einzelnen, kein Hass gegen Muslime, das Leben muss weitergehen, wir lassen uns nicht unterkriegen, die Anschlagsgefahr sei hinzunehmen, wie zum Beispiel Autounfälle, eben Lebensrisiko, für den Bürger gäbe es keine 100-prozentige Sicherheit.

Aber für andere gibt es sie doch! Unsere „Spitzenpolitiker“ müssen sich um ihr Leben keine Sorgen machen, und sie fahren auch nachts nicht mit der U-Bahn in Gegenwart zwielichtiger Gestalten. Auf Kosten des „Packs“ sind sie bestens geschützt, durch schwerbewaffnete Schutz-Truppen, Panzerwagen, eigene Flugzeuge. Wie in der *PAZ* (Nr. 28 vom 14. Juli 2017) gesehen, beim Treffen in Hamburg auch durch Scharfschützen! Schießen nach eigenem Ermessen? Einführung der Todesstrafe (unbürokratisch) durch die Hintertür? Ist das Leben eines Politikers mehr wert als das einer altersverwirrten Oma, die sich vor den Lauf des „Snipers“ verirrt hat?

Warum wird die Bundeswehr (nach meinem Wissensstand die einzige Armee der Welt, die von einer Hausfrau mit Null-Ahnung von militärischen Dingen als Oberbefehlshaberin geführt wird) nicht in Deutschland, analog zu Israel, zur Sicherung von Bahnhöfen, Zügen, Flughäfen und öffentlichen Plätzen eingesetzt? Das wäre doch eine wichtigere Aufgabe, als sich durch völkerrechtswidrige Auslandseinsätze aufreiben zu lassen! Am besten wäre der Einsatz in Deutschland, solange unser Heer nicht total aus dem „Leym“ geht, enttraditionalisiert und gendierisiert ist! Nein, der Einsatz im Inneren ist „gesetzlich verboten“! Als wenn sich unsere sogenannte Kanzlerin an bestehende Gesetze halten würde. Sie handelt doch nach dem alten DDR-Motto: legal, illegal, scheißegal.

Da wollte seinerzeit die DDR die BRD wirtschaftlich überholen. Die haben es sich genial einfach gemacht und die BRD übernommen! Uns regiert nun eine Synthese aus Margot Honecker und einer ehemaligen Leiterin der Abteilung „Agitprop“: Margot Merkel! Dass dieser Person, die Deutschland, aus welchen Gründen auch immer, hasst und durch Islamisierung und unkontrollierte Immigration vernichten will, noch Sympathien bekundet werden, ist mir unverständlich. Es ist wohl wahr dieses Sprichwort: Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Schlächter selber!

Manfred Wetterfeld, Detern

Die Lage wird schöngeredet

Zu: Wahlkampfhelfer Wirtschaft (Nr. 33)

Es muss stark bezweifelt werden, dass die überwältigende Mehrheit in Deutschland mit der wirtschaftlichen Situation zufrieden ist. Es gibt Personen mit Zeitverträgen (im Verhältnis zu einem Dauerarbeitsvertrag in der Regel weniger gut vergütet), geringfügig Beschäftigte, Leiharbeiter und sehr viele Teilzeitbeschäftigte, die bei gleicher Tätigkeit gegenüber Vollzeitbeschäftigten benachteiligt werden. Da kommen einige Millionen Menschen zusammen. So können Kosten gespart werden, und es kann in Zufriedenheit geschwelgt werden.

Offensichtlich muss man vielen Menschen nur lange genug klarmachen, wie gut es uns allen geht. Dann wird es auch geglaubt. Die Anzahl derer, die trotz regelmäßiger Arbeit als arm gelten, ist beängstigend. Das hat nicht nur die Hans-Böckler-Stiftung festgestellt. Dies hilft natürlich nicht Frau Merkel und der CDU und auch nicht den meisten anderen Parteien beim Wahlkampf.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Mir ging es ähnlich

Zu: Die Siebengescheiten oder Neunmalklugen (Nr. 33)

Ich habe mich mit Vielem, was Eva Herman in ihrer Kolumne zur Sprache gebracht hat, identifiziert. Auch ich hatte alles gegeben, meine Arbeit, meine wirtschaftliche Sicherheit sowie meinen durch Engagement und Mut zur Wahrheit erarbeiteten guten Leumund. Im Umgang mit den Menschen heute erlebe ich ähnliche Situationen, aber es gibt auch Gleichgesinnte, und ich gebe nicht auf, an Deutschland und seine Zukunft zu glauben.

Barbara Eulitz, Sassnitz



Deutschlands politische Führung lässt sich auf Kosten des Steuerzahlers aufwendig beschützen: Angela Merkel beim Verlassen ihres gepanzerten Autos

Bild: pa

Die Medien sind mächtiger als Staat und Regierung und treiben die Politik vor sich her

Zu: Bürger in Starre versetzt (Nr. 34)

Wer hätte das gedacht? Auch wir haben in unserem Land Denkfabriken, ähnlich denen in den Vereinigten Staaten von Amerika. Seit einiger Zeit, je näher die Bundestagswahlen heran rücken, ist mir eine zunehmende Berichterstattung über die Alternative für Deutschland in den Massenmedien aufgefallen. Wer nun denkt, die Medien kämen mit ihren Berichten ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich als informelles Instrument für die Bevölkerung, nach, der ist dem größten Irrtum aufgesessen. Niemand hat den Medien das Recht verliehen, Politik zu gestalten, anstelle diese lediglich zu interpretieren.

Bedauerlich ist dabei, dass die Medien nachgewiesenermaßen mächtiger als Staat und Regierung sind und dadurch die Politik vor sich her treiben. Insgesamt ist es nur eine Handvoll Politiker und Medienmogule, welche die gesamte politische Linie bestimmt. Die nachgeordneten Journalisten und Tageblätter sind ökonomisch abhängig und können nur veröffentlichen, was systemkonform ist. Wir kennen alle den weisen Ausspruch: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing!“

Unter derartigen Gesichtspunkten sieht sich in zunehmendem Maße die AfD in den Medien denunziert. Die Systempolitiker der etablierten Parteien greifen dabei auf zweierlei Bemerkenswertes zurück. Sie machen sich den wissenschaftlich belegten Effekt des sogenannten bedingten Reflexes oder auch der gerichteten Unschärfe zunutze. Dabei suggerieren sie über einen längeren Zeitraum furchteinflößende Wörter wie Rechtsextremismus, Nazi, Faschismus, Nationalismus und letztlich gleich noch die in ihren Augen verdammte AfD.

Nun sollte man aber wissen, dass es Wörtern an begrifflicher Klarheit mangelt und sie jegliche Präzision vermissen lassen. Ein Begriff hingegen erfasst die Wirklichkeit, ist also folglich untauglich für die augenblickliche Manipulationskampagne der etablierten Parteien. Eine leider fatale Eigenschaft unserer Staatsbürger, die es der Parteiendynastie leicht macht, ihre anvisierten Ziele zu erreichen, ist der noch Zustand des augenblicklichen Wohlstands, der es den Menschen ermöglicht, ein hedonistisches Leben zu gestalten.

Ich persönlich mache zu diesem Punkt folgende Aussage: Solange die Einkaufsläden noch prall gefüllt sind, solange man sich noch auf dem Sofa räkeln kann, um sich an der Bundesliga und „Deutschland sucht den Superstar“ zu erfreuen, können unsere Politikgewaltigen uns ohne größere Gegenwehr dem Abgrund zutreiben. Erst muss es jedem Einzelnen richtig wehtun, um aus Lethargie, Verdrossenheit und Bequemlichkeit herausgerissen zu werden.

Dieter Groß, Köthen

Leserbriefe bitte an: Preußische Allgemeine Zeitung, Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

»Trinkgeld« – Eine umstrittene Sitte

Heute in einigen Berufszweigen verboten, war es für Dienstleister von jeher ein willkommenes Zusatzeinkommen

Die Sitte, ein Trinkgeld als zusätzliches Bonbon für geleistete Dienste zu geben, gibt es seit anderthalb Jahrtausenden. In einigen Branchen werden dabei hohe Umsätze erzielt.

Stimmt so! Rest für Sie“ – Der Münchner Müllmann Andreas H. wurde 2014 fristlos entlassen, weil er Trinkgeld annahm. Das ist seit 2010 amtlich verboten, auch Trinkgeldgeber machen sich strafbar. Ähnlich kleinlich gab sich die Stadt Köln, als sie per „Korruptionsbekämpfungsgesetz“ das Nehmen und Geben von Trinkgeldern zum Jahreswechsel, seit jeher als „Neujährchen“ gern geübter Brauch, untersagte. Da lobt man sich doch die Sparschweinchen, die in neun von zehn Arztpraxen und Kliniken stehen und auf „Fütterung“ von Patienten warten. Oder die „Troncs“ (Rumpf) in Spiel-Casinos, in die Gewinner etwa drei Prozent ihres Gewinns werfen – „pour les employées“. Hatte etwa Rudolf von Ihering recht, als er 1882 rügte: „Das Trinkgeldwesen ist in meinen Augen eine durch die Sitte organsirte Bettelei“

Bettelei? Seit anderthalb Jahrtausenden kennt man den „Geldbetrag, den ein Dritter ohne rechtliche Verpflichtung dem Arbeitnehmer zusätzlich zu der geschuldeten Arbeitsleistung zahlt“, wie es die „Gewerbeordnung“ von 2005 definiert. Als „Botengeld“ taucht es schon im Nibelungenlied auf, in seiner heutigen Benennung entdeckten es die Gebrüder Grimm im 14. Jahrhundert, etwa in einer Bestimmung von 1344, dass Totengräber jedermann bestatten sollten, „one alles trinkgelte“.

Das erlangte urdeutsche Prägung, da „ein mann umb trickgelt pflegt zu bitten, es sind noch teutsche sitten“. Mehr noch: Es errang internationale Gültigkeit, wie sonst nur noch der türkisch-persische „Bakschisch“. Das deutsche „Trinkgeld“ ging in Fremdsprachen ein, direkt wie altfranzösisch „tringuelte“ oder als sinngetreue Übertragung (Calque) wie beim mittellateinischen „bibales“ (von „bibere“ trinken), neufranzösisch „pourboire“ oder tschechisch „propitne“, was alles „fürs Trinken“ bedeutet. Aus dieser Reihe fällt nur das englische „tip“, das seit dem 16. Jahrhundert für „to insure promptitude“ (um Schnelligkeit sicherzustellen) steht.



Ein gern gesehenes „Bonbon“: Trinkgeld im Restaurant

Bild: Colourbox

Schon der klassische „Simplizissimus“ rühmte: Die „von Adel verehreten mich desto ehrlicher mit einem guten Trinkgeld“. Im 18. Jahrhundert grassierte das „Trinkgeldunwesen“, vor allem in deutschen und britischen Schlössern, Museen und Bibliotheken: Bedienstete forderten in erpresserischer Direktheit Bakschisch ein, dabei Listen präsentierend, wie großzügig angeblich frühere Besucher gewesen seien. Auf Landsitzen wurden Bälle arrangiert, bei denen Geld „für die Bediensteten“ gesammelt wurde, das der klamme Hausherr einstrich. Dagegen befahl der preußische König die Einrichtung von Sammelkassen, damit fürs Personal wirklich etwas abfiel.

Heute erlebt das Trinkgeld hohe Umsätze, in den USA über 20 Milliarden Dollar jährlich. Wir sollten bei Kreuzfahrten 300 Euro für „Trinkgeld“ einplanen. Kurt Tucholskys legendärer „trinkgeldlüsterner Bademeister“ ist in Österreichs Bädern trotz Verbots wieder präsent, und die angebliche Trinkgeld-Abstinenz chinesischer und japanischer Kellner hat sich längst als Märchen erwiesen. Generell kennen Touristikexperten ein trinkgeldliches Nord-Süd-Gefälle: Zurückhaltend in Skandinavien und Frankreich, unverschämt in Griechenland und Nordafrika, abzockerisch in der Schweiz und Italien, wo es automatisch in Rechnungen erscheint, fair in Deutschland, wo Trinkgeld als freiwilliges Dankeschön von etwa fünf Prozent des Rechnungsbetrags üblich ist. Fast überall gilt, dass man bei Kartenzahlung Trinkgelder extra und in bar abdrückt, damit es nicht bei gierigen Chefs landet.

Trinkgeld kann rufschädigend sein, zum Beispiel für Berlin, das als geizigste unter den deutschen Städten gilt. Bei Menschen spiegeln Trinkgelder Charaktere: „Sparsam bis zum Geiz“ war Walter Hallstein, 1958 Präsident der EWG-Kommission, der bei 8730 D-Mark Monatsgehalt nicht nur nie Trinkgeld gab, vielmehr seine Brüsseler Mitarbeiter ungeniert anpumpte. Berüchtigte Geizhälse sind derzeit die Modedesignerin Victoria Beckham, Ehefrau des Fußballers David Beckham, oder Hollywood-Stern Harrison Ford, Jahrgang 1942, der beim Bezahlen eisern „Seniorenrabatt“ verlangt. Anders die dick-liche Komikerin Amy Schumer, die im März 2016 zu einer New Yorker Restaurantrechnung von 77 Dollar einen „Riesen“ (1000 Dollar) zulegte. Die undankbaren Kellner stellten die protzige Quittung ins Internet.

Bis ins 19. Jahrhundert war das Trinkgeld in Sprichwörtern relativ häufig vertreten, manchmal durchaus witzig: „Erst das Kind sehen, bevor man der Hebeamme Trinkgeld gibt“ oder: „Fromme Sprüche sind das Trinkgeld von Pfaffen“. Dann wieder als Drohung wie bei Johann Chr. Gottsched : „ich wills gewiszlich noch erleben / der henker wird dirs trinkgeld geben“. Als mit steigenden Einkommen das Trinkgeld nicht mehr „zweiter Lohn“ sein musste, stand es für Schäbigkeit, etwa bei Heinreich Heine: „Das Volk von Paris hat die Welt befreit und nicht mal ein Trinkgeld dafür bekommen“. Berühmt war Otto von Bismarcks Zorn auf „Trinkgeldpolitik“, schöne Reden und dürre „Hilfen“, die letztlich nichts einbrachten.

Trinkgeld rollt immer und überall – als Dank für guten Service, als Erinnerungshilfe („fürs Wiederkommen“), als kleine Auszeichnung (für Papierkorbleerer im ICE) oder liebenswerte Korruption, wenn auf dem Werkhof (Köln: „Is' zwar kostenpflichtig, ävver schmieß dat do erin!“) oder sonstwo Regeln großzügig auszulegen sind. Beamten ist es untersagt, Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst sind Geschenke bis zum Wert von 14 Euro erlaubt. Bei Taxifahrern genügt ein Aufrunden des Fahrpreises. Friseure oder Paketboten belohnt man nach der Arbeit, Pannenhelfer, Monteure und andere davor, Handwerker mittendrin, bevor sie zur Mittagspause gehen. Trinkgeld übergibt man im Händedruck versteckt, mit einer launigen („für's Feiera-bendbier“) oder freundlicher Empfehlung („für deine Kinder“). Statt Münzen gebe man Papiergeld, lasst den Heiermann knistern! Oder grüne Dollars bei Russen, die ihn mehr als Rubel und Euro schätzen. Trinkgeld soll beiderseits Spaß bereiten, zumal hierzulande ja nicht die New Yorker Regel gilt: „Geben Sie Trinkgeld, als wären Sie Sinatra“. *Wolf Oschlies*

Brandenburg fällt in Mathematik durch

Politiker weisen sich gegenseitig die Schuld am Desaster zu, während Studenten Alarm schlagen

Beim diesjährigen Abitur sind in Brandenburg 6000 Prüflinge am Fach Mathematik gescheitert. Sie sollten Aufgaben lösen, die im Unterricht gar nicht behandelt worden waren. Der Stoff stand zwar auf dem Lehrplan, war aber an 27 von 137 Schulen unter den Tisch gefallen. Erst nach heftigen Protesten gewährte Bildungsminister Günter Baaske (SPD) den betroffenen Schülern einen erneuten Versuch.

„Die Panne zeigt auf erschreckende Weise“, so hieß es in der „Berliner Morgenpost“, „wie lückenhaft der Mathe-Unterricht an einigen Schulen offenbar ist. Die Verantwortlichen müssen dringend nachsitzen.“

Ein schlechtes Zeugnis erhielt vor allem Minister Baaske. Er trägt in erster Linie Verantwortung für die Fünfer und Sechser. Landtagsabgeordneter Gordon Hoffmann von der CDU forderte den Minister auf, „sein Haus in Ordnung zu bringen“. Baaske kündigte Aufklärung an. Mit den Lehrkräften werde besprochen, wie ähnliche Fälle künftig zu vermeiden seien.

„Dies ist auch bitter nötig“, so die „Morgenpost“ weiter, denn der fragliche Stoff, „sollte bereits seit 2014 gelehrt werden.“ Offenbar habe das Ministerium die Ausführung seiner Vorgaben nie überprüft. Jetzt darf man gespannt sein, wie der mathematische Lehrplan an 20 Prozent der höheren Lehranstalten Brandenburgs drei Jahre lang als Luftnummer überdauern konnte.

Dass die Politik in anderen Bundesländern ihre Hausaufgaben sorgfältiger gemacht hat, ist zu bezweifeln. Schon seit der Jahrtausendwende bemängeln wissenschaftliche Fachverbände den landesweiten Niedergang des Mathematikunterrichts: „An deutschen Hochschulen ist seit einer Dekade ein alarmierender Befund bemerkbar: Wer heute ein Studium in den MINT-Fächern beginnt, in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft oder Technik, hat trotz Hochschulreife selten die dazu nötigen mathematischen Fähigkeiten.“ So heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Deutschen Mathematiker Vereinigung (DMV) der Gesellschaft für Didaktik der Mathematik (GDM) sowie des Verbands zur Förderung des MINT-Unterrichts, MNU. Die Folgen liegen zu Tage. „Seit Jahren gehören die MINT-Fächer zu den Fachbereichen mit sehr hohen Abbruch-Quoten,“ beklagte Anke Dankers auf der Netzseite von der „Welt“. Nach Angaben des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschafts-Forschung (DZHW) hätten 2012 bundesweit fast die Hälfte der Mathematiker vorzeitig aufgegeben.

Noch im selben Jahr gründeten die Fachverbände eine Kommission „Übergang Schule-Hochschule“. Darin fordern die Gelehrten mehr Zeit und Raum für das Fach Mathematik an Schulen und Universitäten.

Ihr Ruf verhallte ungehört. Statt Forschung und Lehre auszuweiten und zu verstärken, strich die Politik den Bestand zusammen. Die Schulzeit an Gymnasien wurde von neun auf acht Jahre verkürzt. Der Fachbereich Mathematik an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, vormals eine eigene Fakultät, hat das Bayerische Kultusministerium mit der Statistik und der Informatik zusammengelegt. Verwaiste Lehrstühle wurden bei Emeritierung der Professoren aufgelöst.



Bild: Imago

Auch mit Abitur oft ahnungslos: Mathematikstudent

Sparmaßnahmen statt mehr Investitionen in Forschung und Lehre. So kann es kaum besser werden. Zu den schlechten Ergebnissen tragen aber auch überzogene Anforderungen an Studenten bei. So mussten Anwärter auf das Lehramt für Grundschulen in Bayern Kurse über Topologie belegen. Das ist Stoff für Studenten höherer Semester in der Mathematik. Topologie wird deshalb kaum an Gymnasien gelehrt, geschweige denn bei ABC-Schützen. Begründet wurde die Maßnahme mit der Anpassung der Gehälter an die besseren Bezüge von Studienräten der höheren Schulen. Für ein größeres Einkommen seien auch vermehrte Anforderungen anzulegen, hieß es.

An der Freien Universität Berlin sahen sich die Lehramts-Anwärter ebenso überstrapaziert. „Angehende Grundschullehrer fallen reihenweise durch die Klausur“, meldete die Netz-Redaktion von Radio Brandenburg-Berlin (RBB). Die Studenten sollten mathematische Beweise führen, statt zu vermitteln, wie man das Einmaleins erlernt.

„Das schreckt ab“, befand Reporterin Sarah Mühlberger mitfühlend, „dabei braucht Berlin viele neue Lehrer.“ Rund 1000 offenen Stellen stünden gerade einmal 200 Referendare gegenüber, die ihr Studium an Berliner Universitäten erfolgreich abgeschlossen hätten.

Die geplagten FU-Studenten muckten auf. Sie richteten einen offenen Brief an die Dekane der Erziehungswissenschaft und der Mathematik. Darin bemängelten sie die überzogenen Ansprüche an ihr Studium. „Das ist keine Trotzreaktion auf eine schlechte Note,“ erklärte ihre Sprecherin Neele Rother, „aber wir fühlen uns nicht ernstgenommen, weil wir seit Monaten darauf hinweisen, dass die Anforderungen für Grundschul-Pädagogik zu hoch sind.“

Sprecherin Rother fehlte auch der Bezug zur Praxis. Schriftliches Multiplizieren im Dezimal-System etwa werde nur kurz gestreift, obwohl dies einen wesentlichen Teil des Mathe-Unterrichts an Grundschulen ausmache.

Der Vorstoß zeigte Wirkung. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft schaltete sich ein. Ein Sprecher der Behörde erklärte: „Es ist niemandem geholfen, wenn Menschen reihenweise demotiviert oder mit Aufgaben befasst werden, die mit dem Mathe-Unterricht an Grundschulen nichts zu tun haben.“

Kaum Besserung der Leistungen verheißt auch ein Beschluss der Kultusministerkonferenz, die Reifeprüfung bundesweit zu vereinheitlichen. Danach sollen Abiturienten von Flensburg bis zum Bodensee an einem Tag dieselbe Matheprüfung schreiben. Das Ziel sei, das Abitur vergleichbarer und durchsichtiger zu machen.

Bernd Kramer und Karl-Heinz Reith von „Spiegel.de“ halten das für eine Milchmädchenrechnung. Dazu unterscheiden sich die Leistungen in den einzelnen Bundesländern viel zu sehr, wie sie zu bedenken gaben.

Laut dem sogenannten Bildungsmonitor 2016 des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln, liegen die Sachsen mit Abstand vorn. Das Bundesland verfügt demnach über das beste Bildungssystem in ganz Deutschland. Auf Platz zwei folgt Thüringen. Dort kümmern sich vergleichsweise viele Lehrkräfte um jeweils wenige Schüler oder Studenten. Entsprechend nachhaltig sei die Betreuung.

Erst auf Rang drei und vier folgen Bayern und Baden-Württemberg. Auf den Abstiegsplätzen 14 und 15 finden sich Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Berlin auf Rang 16 hält die rote Laterne.

Es würde wenig Sinn haben, das Bildungssystem der denkfaulen Berliner mit dem der tüchtigen Sachsen auf einen Nenner zu bringen. Die andern sollten lieber bei den Musterschülern spicken.

Volker Wittmann

(siehe auch Kommentar Seite 8)

»Mit Landmann kann man Pferde stehlen«

Mit solchen Weggefährten kann man im besten Sinne Pferde stehlen", ruft der legendäre GSG-9-Gründungskommandeur, General a.D. Ulrich K. Wegener, in einem Grußwort zur Neuerscheinung auf dem Buchmarkt „Schatten der Mächtigen. Biografie eines ehemaligen Personenschützers beim Bundeskriminalamt", seinem Weggefährten Reinhard Landmann kameradschaftlich zu. Das interessante Werk vermittelt dem Leser einen ungewöhnlichen Einblick in das Leben des führenden BKA-Personenschützers, dessen Beruf begrifflich auch als „Leibwächter" oder anglizistisch als „Bodyguard" bisweilen bezeichnet wird. Die vielfältigen Perspektiven und Aufgabenfelder von staatlichem Personenschutz stellen die beiden Autoren Oliver Arning und Stefan Bisanz sehr anschaulich an der Lebens- und Berufsgeschichte des jahrelangen Ausbildungsleiters in diesem Metier beim BKA vor: Reinhard Landmann. Ihm hallt nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst im Jahre 1990 als Erster Kriminalhauptkommissar der Ruf des deutschen „Personenschutzpapstes" auch heute noch nach – zu Recht, wie das Buch belegt.

Das bibliophil aufwendig gestaltete Werk ist mehr als nur die Biografie eines führenden Sicherheitsbeamten, der – vom Bundesgrenzschutz kommend – über die Landes- zur Kriminalpolizei in hohe BKA-Verwendungen aufsteigt: Es klärt ebenso über grundsätzliche Aufgaben von Personenschutz auf, wie es ein zeitgeschichtliches Dokument über große Polit-Kriminalfälle der Bundesrepublik Deutschland darstellt. So kommt die Geschichte der zweiten Generation der „Roten Armee-Fraktion 1977" im Deutschen Herbst zur Sprache, die eine „historische Einordnung" erfährt. Es werden die dabei zu Tage getretenen massiven Herausforderungen des Rechtsstaates realistisch nachgezeichnet und die Konsequenzen für den polizeilichen Personenschutz erläutert, die maßgeblich eben mit dem „Konzept Landmann" verbunden sind. Fernab übrigens vom gängigen Bodyguard-Klischee einschlägiger Kriminal- und Agentenfilme.

Beim BKA als Personenschützer

Im Werk wird gut erklärt, wie aus einem ursprünglichen Schutz- und Begleitdienst („Sicherungsgruppe Bonn") ein ganzheitliches Personenschutzkonzept entwickelt wurde, das zentral mit dem Namen „Landmann" in Verbindung steht, was dessen rechtliche Grundlagen besagen und wie es sich zeitgemäß weiterentwickelt hat. Dass sich dieses ganzheitliche Konzept voll und ganz bewährt hat, lässt sich schon daran ablesen, dass auf deutschem Boden zur aktiven Zeit von Landmann (und auch später) kein Staatsgast einem Anschlag zum Opfer gefallen ist. Und die Reihe der höchst prominenten Schutzpersonen von damals liest sich wie das „Einmaleins" der weltweiten Staatsmänner-Prominenz. Zu ihnen gehörten, alle in der höchsten „Gefährdungsstufe Eins": Jitzchak Rabin, Answar as-Sadat, Hua Guofeng, Giscard d'Estaing sowie die US-Präsidenten Ronald Reagan, Gerald Ford und Jimmy Carter. Landmann hat sie bei ihren Staatsbesuchen in Deutschland als sogenannter „Personenschutzkommandoführer" begleitet und persönlich beschützt.

Das Autorenduo geht auch ausführlich auf die von Landmann seit 1976 durchgesetzte „personenschutzspezifische Fahrausbildung" im BKA ein. Dazu heißt es im Buch: „Ziel der Basisausbildung ist es, die Lehrgangsteilnehmer durch Analysieren realer Fälle mit attentats- und entführungsrelevanten Geschehensabläufen bekannt zu machen und sie durch ein Gefahrensensibilisierungstraining in die Lage zu versetzen, personenschutzspezifische und andere Gefahren rechtzeitig zu erkennen." Dabei traf Landmann auf einen damals sehr erfolgreichen Amateur-Rennfahrer und „schnellsten Mann des Bundestages" (dort im Fahrdienst beschäftigt), auf Rolf „Larry" Körner, den er schon bald als führenden Mann für den Bereich Fahrausbildung gewann und den das BKA im Herbst 1980 vom in dieser Verwendung übernommen hat. Hier hatten sich zwei Sicherheitsprofis gefunden, die dieses zentrale Personenschutz-Segment im beruflichen Zusammenwirken optimal ausbauen konnten. Die riskanten Übungen im Umgang mit kritischen fahrdynamischen Grenzbereichen fanden übrigens auf dem von Larry-Körner gestalteten Trainingsgelände des Flughafens Köln-Bonn statt. Sie trugen wesentlich zur insgesamt so erfolgreichen Personenschutz-Karriere von Reinhard Landmann bei. *Bernd Kallina*



Oliver Arnig/Stefan Bisanz: „Schatten der Mächtigen. Biografie eines ehemaligen Personenschützers beim Bundeskriminalamt, Reinhard Landmann", *Verlag Security Explorer, Essen 2017, gebunden, 208 Seiten, E-Mail: buchbestllung@security-explorer.de*

Wieder da: der Redliche

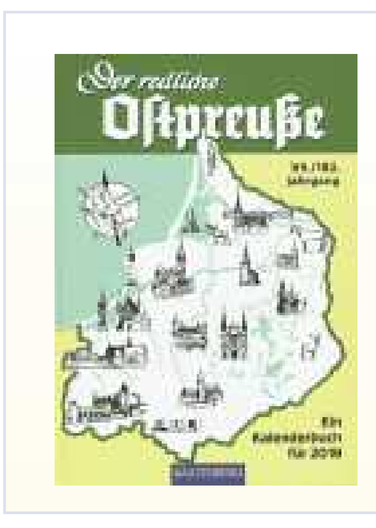
Der neue Jahrgang des beliebten Kalenderbuchs „Der redliche Ostpreuße" ist soeben erschienen. Im Mittelpunkt des 69. /182. Jahrgangs steht der Mensch. 1930 gab Carl Ludwig Rautenberg zum ersten Mal das Kalender-Jahrbuch heraus – unterbrochen nur durch die Kriegsjahre –, das auch heute noch in neuer Aufmachung seine Leser erfreut.

Herausgeberin Silke Osman hat eine Auswahl von Geschichten und Gedichten getroffen, in denen Honoratioren wie Rechtsanwälte und Ärzte, aber auch ganz einfache Menschen wie das Tantchen von nebenan mit all ihren Besonderheiten geschildert werden. So erzählt die wohl bekannteste ostpreußische Schriftstellerin Agnes Miegel über die Gefahren gesunder Ernährung, ein Thema, das auch heute wieder brandaktuell ist. Ganz gleich, wer über Ostpreußen schreibt, ob Deutsche oder Litauer – allen gemeinsam ist die Liebe zu dem geheimnisvollen Land Ostpreußen, das den einen auch heute noch Heimat bedeutet, anderen wie eine Erinnerung an ein fernes Paradies vorkommt.

Bilder alter Sehenswürdigkeiten

Die Kurzporträts berühmter Künstler und Wissenschaftler aus Ostpreußen, wie der Astronom Nicolaus Copernicus, die Maler Emil Neide und Richard Friese, Schriftsteller wie Johanna Wolff oder Zacharias Werner, der Marzipanhersteller Henry Schwermer – sie alle malen ein buntes Bild von Ostpreußen, das auch in diesem Band zum Ausdruck kommt. Ruth Geede ist mit ihrer Erzählung „Ohm und die Pferdekur" vertreten, in der die Männerfreundschaft zwischen Ohm und dem alten Sanitätsrat auf die Probe gestellt wird.

Das Kalendarium, das sich mit Bildern den besonderen Sehenswürdigkeiten des alten Ostpreußen widmet, rundet das Bild ab. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Silke Osman (Hg.): „Der redliche Ostpreuße. Ein Kalenderbuch für 2018. 69./182. Jahrgang", *Rautenberg Verlag, Würzburg 2017, gebunden, 160 Seiten, 9,95 Euro*

Der Duden in neuer Auflage

Der neue Duden – das Standardwerk der deutschen Rechtschreibung – ist auf dem Markt. In die 27. Auflage wurden insgesamt 5000 neue Stichwörter aufgenommen. Sie berücksichtigt in Mode gekommene Wörter ebenso wie veränderte Lebensgewohnheiten, die in der Alltagssprache ihren Niederschlag gefunden haben. Beispiele dafür sind das Wort des Jahres „postfaktisch", aber auch Modeerscheinungen wie „frugan, vegan" oder auch das politisch motivierte „Schmähgedicht". Insgesamt enthält der Duden 145 000 Stichwörter. Dem Wörterbuch vorangestellt sind Grammatikregeln sowie Korrektur- und Geschäftsbriefregeln. *MRK*



Dudenredaktion (Hg.): „Duden. Die deutsche Rechtschreibung: Das umfasende Stsndardwerk auf der Grundlage der amtlichen Regeln. 27. Auflage", *Dudenverlag, Berlin 2017. gebunden, 1264 Seiten, 26 Euro*

Island – Heimat der glücklichsten Menschen

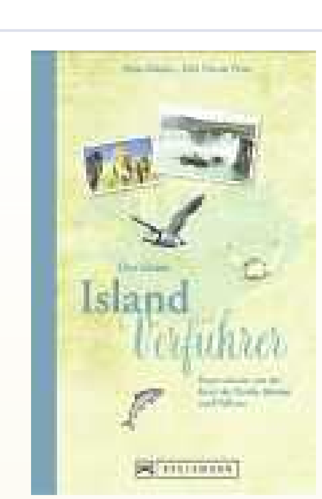
Dieses Buch hält, was es verspricht. Am Ende befindet sich der Leser dabei, eine Reise nach Island zu buchen oder zumindest detailliert darüber nachzudenken. Der Reisejournalist Hans Klüche und der Bildjournalist Erik Van de Perre schaffen einen rundum gelungenen Reiseführer.

Wer allerdings kurze und knappe Informationen benötigt, dem sei vom Kauf abgeraten. Der Island-Verführer besticht mit Bild und Text. Er gibt einen kurzweiligen Blick in Islands Inneres und beschreibt seine Bewohner, die Politik und das Land. In einer Einführung erfährt der Leser, dass in Island die glücklichsten Menschen der Erde leben, und das trotz hoher Scheidungsraten und Patchworkfamilien, oder dass man in diesem innovativen Land, in dem jeder von neun bis 99, der eine Tastatur bedienen kann, einen Facebook-Zugang hat, auch im entlegensten Nest mit einer Kreditkarte seinen Hot Dog an der Tankstelle bezahlen kann.

Tradition und Moderne sind kein Widerspruch. Der Leser wird mitgenommen auf einer Reise entlang der Ringstraße, die einmal um die Insel herumführt. Start ist die Hauptstadt „Reykjavik und der Südwesten. Wo das moderne Island zu Hause ist". In diesem Kapitel werden Stadtzentrum, Harpa, Perlan, Golden Circle, Gullfoss, Strokkr, Blaue Lagune und Reykjanes thematisiert. Zwischenüberschriften ermöglichen eine schnelle Orientierung und zugleich eine kontinuierliche Lektüre. Der weniger touristische Westen wird gefolgt vom Norden mit seiner Pferdehochburg und dem geologisch-ornithologischen „Freilichtmuseum" Myvaten.

Die Ringstraße führt weiter in den Osten mit seinem vegetationsarmen Bergland und den Süden mit dem Gletscher Vatnajökull und dem Vulkan Katla. Danach gibt das Kapitel „Hochland" Tipps, wie man dieses unbesiedelte Island bereisen kann.

Jedes Kapitel beginnt mit einer geografischen Einordnung, einer kurzen Inhaltsangabe und einigen Fotos. Eine Top-Ten-Liste, ein Register und eine Landkarte am Anfang runden diesen auch sprachlich gewitzten Reiseführer ab. *Christiane Rinser-Schrut*



Hans Klüche/Erik Van de Perre: „Der kleine Island-Verführer. Impressionen von der Insel der Fjorde, Küsten und Vulkane", *Bruckmann Verlag, München 2017, broschiert, 144 Seiten, 13 Euro*

Journalistin verunglimpft die AfD

Die im April 2013 gegründete Partei „Alternative für Deutschland" (AfD) vertritt inhaltlich in etwa die gleichen Positionen wie die „alte" CDU. Trotzdem wurde sie zum Hassobjekt der Mainstreampresse hierzulande. Eine maßgebliche Vertreterin derselben ist Melanie Amann vom „Spiegel". Die Politikredakteurin geriert sich seit Längerem als intime Kennerin der AfD und veröffentlicht nun folgerichtig ein Buch über diese Partei, welches den Titel „Angst für Deutschland" trägt. Mit Letzterem verweist sie auf ihre Hauptthese, dass das Programm der AfD im Wesentlichen darin bestehe, Angst zu schüren: vor dem Euro und der Globalisierung, Asylanten und dem Islam, Kriminalität und sozialem Abstieg. Dabei unterschlägt die „Spiegel"-Mitarbeiterin freilich, in welch starkem Maße praktisch jede Partei bestimmte Befürchtungen ihrer potenziellen Wählerschaft aufgreift.

Auch sonst bewegt sich die Argumentation von Amann, die 2015 immerhin in die „Top Ten der Politik-Journalisten" unseres Landes gewählt wurde, ebenfalls auf recht dürftigem Niveau: Praktisch alles, was die AfD tue oder wolle, sei schlecht für Deutschland. Aber es gibt auch eine frohe Botschaft: „Der AfD droht auf die Dauer das Schicksal jeder populistischen Bewegung, nämlich, dass ihre Protestwähler sich neue Trommler suchen." Und weil so viel politikwissenschaftliche Expertise wahrscheinlich noch nicht genug war, schiebt die promovierte Juristin zum Schluss ihres Buches folgende, reichlich unappetitliche Metapher nach: Wer die AfD wähle, handele wie jemand, der sich aus Protest gegen schlechten Service in sein Hotelbett erleichtere und dann in den eigenen Fäkalien schlafen müsse. Welch ein Meisterwerk des politischen Journalismus! *Wolfgang Kaufmann*

Melanie Amann: „Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD, wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert", *Droemer Verlag, München 2017, broschiert, 317 Seiten, 16,99 Euro*

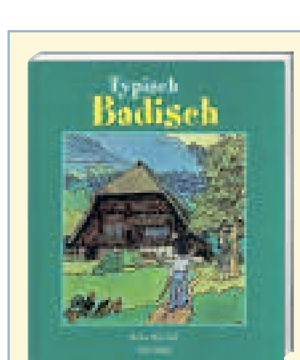
Lecker, giftig und wichtig

Pilzesammeln hat etwas von Schatzsuche. Zu einem Streifzug durch die geheimnisvolle Welt der Pilze lädt der österreichische Biologe Robert Hofrichter in seinem Buch „Das Geheimnisvolle Leben der Pilze" ein. Und er tut das mit einer solchen Begeisterung, dass jeder Leser gleich mitgerissen wird. Aber es sei kein Bestimmungsbuch, lässt der Autor wissen, auch keine Anleitung für schmackhafte Pilzgerichte wird man finden. Vielmehr lädt der Autor, den diese Lebewesen seit seiner Kindheit faszinieren, die Leser ein, den Planeten der Pilze zu entdecken. „Pilze sind überall. Sie sind die wahren Herrscher der Welt!", sagt der Autor. Ohne sie würde es unsere Wälder, unser Klima und das Leben selbst vielleicht nicht geben. Pilze bilden eine eigene Spezies, mehr Tieren ähnelnd als Pflanzen und doch weder zum Einen noch zum Anderen gehörend.

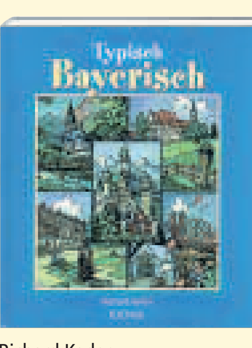
Die Erkenntnis, dass Pilze eine eigene Lebensform seien, kam erst spät im 20. Jahrhundert. Sie machte deutlich, dass es sie schon vor den Pflanzen gegeben hat. Erstaunlich, dass 90 Prozent all dessen, was grünt und blüht, von diesen Wesen erhalten wird. Bäume gehen Partnerschaften mit ihnen ein. Pflanzen und Pilze kommunizieren miteinander. Die Vernetzung der Bäume untereinander wäre kaum so umfassend möglich, wenn es nicht das „mykologische Internet" gäbe. Pflanzen sind durch ihre Verwurzelung nicht in der Lage, ihre Position zu ändern. Pilzfäden als Leitsystem werden genutzt, um sich gegenseitig nützliche Stoffe zu liefern, erklärt der Autor. Dabei wächst der Pilz nicht mit Gewalt durch die Pflanzenzellen, sondern der Wirt macht ihm den Weg frei. Das Buch öffnet die Augen für die Wunder des Lebens und führt in eine faszinierende Welt verborgener Mysterien. Absolut lesenswert! *Silvia Friedrich*



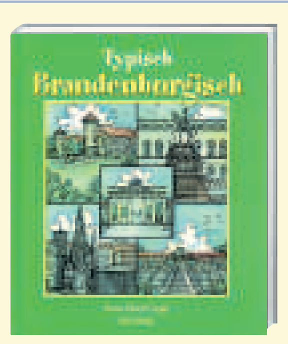
Robert Hofrichter: „Das geheimnisvolle Leben der Pilze Die faszinierenden Wunder einer verborgenen Welt", *Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2017, gebunden, 19,99 Euro*



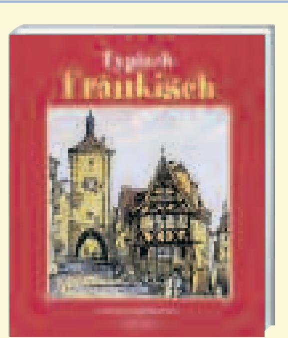
Heinz Bischof
Typisch Badisch
Typisch Badisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 58 Abb. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 575396 7,95 €



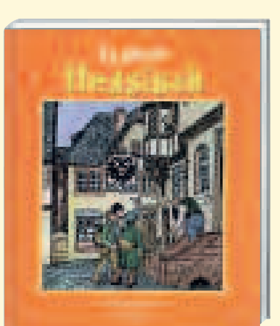
Richard Kerler
Typisch Bayerisch
Typisch Bayerisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 10 Abb. 184 Seiten/Gebunden
Nr. P 575397 7,95 €



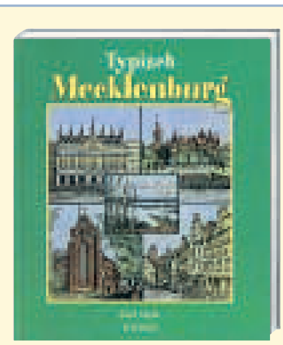
Hans-Ulrich Engel
Typisch Brandenburgisch
Typisch Brandenburgisch isch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 22 Abb. 168 S./Geb.
Nr. P 575398 7,95 €



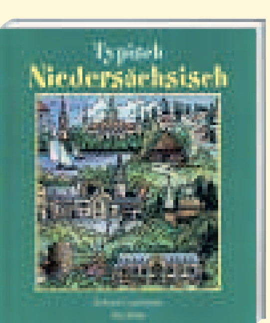
Werner Dettelbacher
Typisch Fränkisch
Typisch Fränkisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 60 Abb. 184 Seiten/Gebunden
Nr. P 575399 7,95 €



Herbert Heckmann
Typisch Hessisch
Typisch Hessisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 36 Abb. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 575400 7,95 €



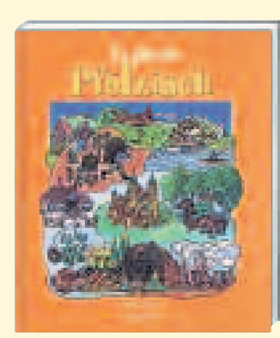
Gerd Lüpke
Typisch Mecklenburg
Typisch Mecklenburg stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 20 Abb. 184 Seiten/Gebunden
Nr. P 575401 7,95 €



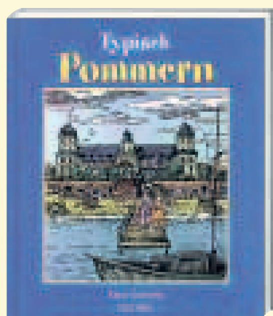
Richard Carstensen
Typisch Niedersächsisch
Typisch Niedersächsisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 10 Abb. 176 Seiten/Gebunden
Nr. P 575402 7,95 €



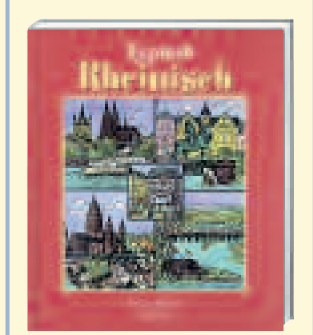
Ruth Maria Wagner
Ostpreußen wie es lachte
Ostpreußen wie es lachte zeigt in Geschichten, Gedichten, Anekdoten und Erzählungen die Region von ihrer humorvollen Seite. 112 Seiten/Gebunden
Nr. P 1527 7,95 €



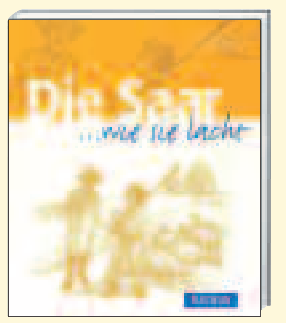
Hajo Knebel
Typisch Pfälzisch
Typisch Pfälzisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 11 Abb. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 575404 7,95 €



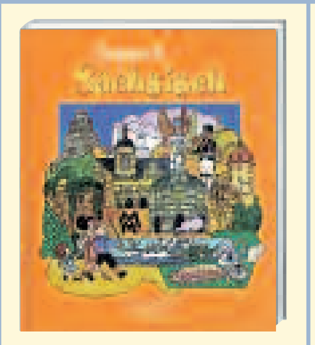
Klaus Granzow
Typisch Pommern
Typisch Pommern stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 9 Abb. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 575405 7,95 €



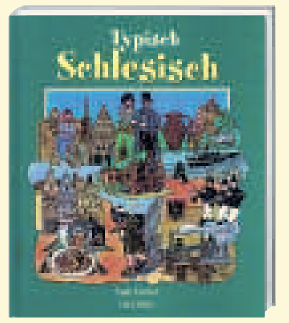
Werner Helmes
Typisch Rheinisch
Typisch Rheinisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 25 Abb. 176 Seiten/Gebunden
Nr. P 575406 7,95 €



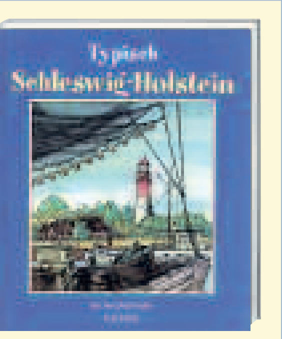
Karl Conrath
Die Saar wie sie lacht
Die Saar wie sie lacht zeigt in Geschichten, Gedichten, Anekdoten und Erzählungen die Region von ihrer humorvollen Seite. 128 Seiten/Gebunden
Nr. P 8970 7,95 €



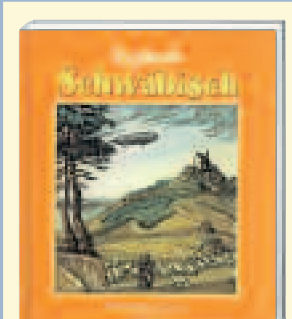
Wolfgang Erhardt Heinold
Typisch Sächsisch
Typisch Sächsisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 30 Abb. 180 Seiten/Gebunden
Nr. P 575408 7,95 €



Hajo Knebel
Typisch Schlesisch
Typisch Schlesisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 10 Abb. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 575409 7,95 €



Jan Herchenröder
Typisch Schleswig-Holstein
Typisch Schleswig-Holstein stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 45 Abb. 176 S./Gebunden
Nr. P 575411 7,95 €

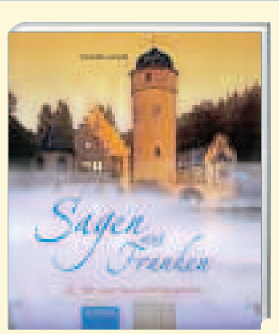


Heinz-Eugen Schramm
Typisch Schwäbisch
Typisch Schwäbisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 40 Abb. 176 Seiten/Gebunden
Nr. P 575410 7,95 €

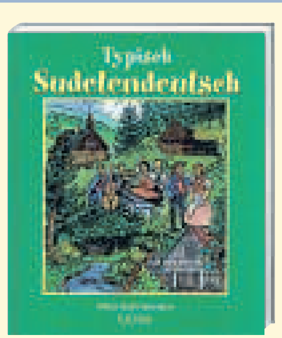


Ernst Wiechert
Wälder und Menchen
Eine Jugend in Ostpreußen
205 Seiten/Gebunden
Nr. P 533165 16,95 €

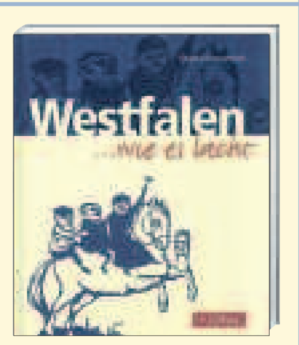
In eindringlicher und gleichzeitig zeitloser Weise beschreibt der Dichter seine glückliche Kindheit in einem einsam gelegenen Forsthaus mitten in den ausgedehnten Wäldern zwischen verschwiegenen Seen und geheimnisvollen Mooren seiner Heimat Ostpreußen. Erst im Schulalter lernt er die Geschäftigkeit der Stadt kennen. Dort beginnt sein neues Leben, geprägt vom menschlichen Miteinander und Gegeneinander welches er erst erlernen muss. Das alles wird überschattet von seiner Sehnsucht nach der Stille und der Majestät der Wälder seiner Heimat, die er mit ergreifenden Worten zu beschreiben versteht. Mit großer Liebe erzählt Ernst Wiechert und lässt uns an der Wanderung durch die Stätten und Jahre seiner Kindheit und Jugend teilnehmen.



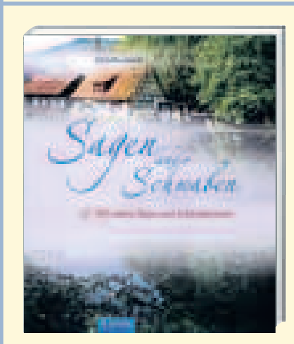
Ernst-Otto Luthardt
Sagen aus Franken
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte zu lokalisieren. 136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575623 7,95 €



Viktor Aschenbrenner
Typisch Sudetendeutsch
Typisch Sudetendeutsch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 38 Abb. 164 Seiten/Gebunden
Nr. P 575413 7,95 €



Siegfried Kessemeier
Westfalen wie es lacht
Westfalen wie es lacht zeigt in Geschichten, Gedichten, Anekdoten und Erzählungen die Region von ihrer humorvollen Seite. 144 Seiten/Gebunden
Nr. P 8977 7,95 €



Ernst-Otto Luthardt
Sagen aus Schwaben
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte zu lokalisieren. 136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575585 7,95 €



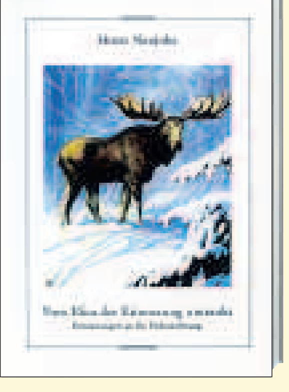
Marion Gräfin Dönhoff
Bilder die langsam verblassen
Ostpreußische Erinnerungen
Drei Kapitel aus Marion Dönhoffs legendärem Band „Namen, die keiner mehr nennt" und ihr Erinnerungsbuch „Kindheit in Ostpreußen" werden hier zu einem reich bebilderten Band zusammengefasst. Es entsteht ein wunderbares Buch, das das untergegangene Ostpreußen beschwört und auch ein Denkmal für seine Menschen ist. Autorin: Marion Gräfin Dönhoff wurde 1909 auf Schloss Friedrichstein in Ostpreußen geboren, gestorben 2002, war sie eine der wichtigsten Journalistinnen in Deutschland. Nach langer Tätigkeit bei der Wochenzeitung „Die Zeit" wurde sie 1973 in den Kreis der Herausgeber aufgenommen. Die farbigen Fotos stammen von Wladimir Federenko. 67 S/W- und farbige Abbildungen, Format 24 x 30 cm. 80 Seiten.
Nr. P 533126 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Wolfram Gieseler
Der Elch und seine urwüchsige Landschaft
Erinnerungen eines Forstmeisters an die Elchniederung in Ostpreußen 1937–1945 111 Seiten
Nr. P A1163 Kartoniert 7,95 €



Haff und Schilf
Das Buch von den Menschen und der Landschaft der Memelmündung
Mit zahlreichen S/W-Fotos von Dr. Erich Krause. (Reprintausgabe) 76 Seiten
Nr. P A1180 Kartoniert 7,95 €



Horst Naujoks
Vom Efeu der Erinnerung umrankt
Erinnerungen an die Elchniederungen
Mit zum Teil farbigen Fotos. 144 Seiten
Nr. P A1181 Kartoniert 7,95 €

Der redliche Ostpreuße
69./182. Jahrgang
Ein Kalenderbuch für 2018
Soeben neu eingetroffen!

Silke Osman (Hrsg.)
Der Redliche Ostpreuße 2018
Ein Kalenderbuch für 2018
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2018, jetzt mit 160 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten, Regisseure und Architekten wie Marie Thierfeldt, Nicolaus Coppernicus, Carl Steffeck, Gertrud Bischoff, Katharina Szelinski-Singer, Elisabet Boehm, Friedrich Reusch, Johannes Marienwerder, Johanna Wolff, Richard Friese u.v.m. sowie Erzählungen und Gedichten von: Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Siegfried F. Wiechert, Ernst Wiechert, Ruth Geede, Hermann Sudermann, Eva Maria Sirowatka, Hildegard Rauschenbach, Hedwig von Lölhöffel, Hans-Ulrich Stamm, Joachim Ringelnatz, Walter Adamson, Robert Budzinski, Grete Fischer, Agnes Harder, E.T.A. Hoffmann, Johann Gottfried Herder u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten
Nr. P 533182 Gebunden 9,95 €



Großformat-Kalender
Ostpreußen/ Westpreußen 2018
Der Kalender ist mit 12 verschiedenen, Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Königsberg, Elchwerder, das alte Rathaus in der Altstadt von Allenstein, Neidenburg, die Pfarrkirche St. Peter und Paul in Mohrungen, die Ordensburg in Marienburg, Memel, Deutsch Eylau, Osterode, ein Blick über die Altstadt von Danzig, das Kulturhaus und Gericht im Stadtzentrum von Tilsit und das Kurische Haff. Format 60 x 48 cm Spiralbindung
Nr. P 535681 27,95 €

Ostpreußen und seine Maler 2018
NEU für 2018
Subskriptionspreis bis 05.10.2017 19,60 €
ab 06.10.2017 22,60 €

Kalender
Ostpreußen und seine Maler 2018
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Ostpreußische Spät-Expressionisten". Format 50 x 35 cm Spiralbindung
Nr. P A1167 19,60 €



Kalender Masuren, Ermland und Oberland in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus Masuren, dem Ermland und dem Oberland. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535803 Kalender 14,95 €



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Zwei Drittel sind sich sicher

Berlin – Zwei Wochen vor der Bundestagswahl haben laut den Demoskopen von INSA zwei Drittel der Deutschen bereits fest entschieden, welche Partei sie wählen. Das sind zehn Prozentpunkte mehr als Ende August. Am sichersten waren sich die AfD-Anhänger mit 74 Prozent. Unter den potenziellen Grün-Wählern war dagegen die Unsicherheit am größten. Hier wissen erst 52 Prozent genau, dass sie die grüne Partei ankreuzen werden. *H.H.*

»Unterstützung für Schlepper«

Regensburg – Die in Regensburg beheimatete Organisation „Sea Eye" will laut „Epoch Times" ihre im August ausgesetzten Asylsuchertransporte im Mittelmeer wieder aufnehmen. Die Gruppe operiert mit zwei Schiffen vor der libyschen Küste und hatte die Transporte auf Druck der libyschen Küstenwache unterbrochen. Martin Sellner, Kopf der „Identitären Bewegung", wirft „Sea Eye" vor, Schlepper zu unterstützen. *H.H.*

ZUR PERSON

Stachel im Pelz Poroschenkos

Für den ukrainischen Präsidenten Pedro Poroschenko könnte es eng werden, wenn der ehemalige georgische Staatspräsident **Michail Saakaschwili** mit seinem Aufruf zum Aufstand in der Ukraine Erfolg haben sollte. Der gebürtige Tifliser hat am vergangenen Wochenende mit Unterstützung der Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko und Politikern im westukrainischen Lemberg illegal die polnisch-ukrainische Grenze überquert. Als die ukrainische Regierung den Zug, in dem Saakaschwili saß, stoppen ließ, überschritt dieser sie eben zu Fuß. Hunderte Unterstützer halfen ihm, wobei es zu einem Handgemenge mit ukrainischen Grenzschützern kam. Saakaschwili droht die Abschiebung nach Georgien, wo ihm wegen Amtsmissbrauchs ein Prozess erwartet. Der 49-Jährige strebt hingegen eine eigene politische Karriere in der Ukraine an.

Dabei hatte Poroschenko ihm erst im Mai 2015 zur ukrainischen Staatsbürgerschaft verholfen. Sodann ernannte er ihn zum Gouverneur der Region Odessa. Saakaschwilis Aufgabe dort war die Bekämpfung der Korruption, des Schmuggels und des Drogenhandels. Auf diesem Gebiet bringt er Erfahrung mit. Saakaschwili hat in den USA studiert und wurde dort promoviert, ist dort gut vernetzt und unterhält Kontakte zu einer jungen Denkfabrik. Wie der ukrainische Präsident heute, wollte er damals sein Land vom russischen Einfluss befreien und es in die NATO und die EU führen. Kritik an Poroschenkos Bündnis mit kriminellen Oligarchen und Korruptionsvorwürfe gegen ihn führten schließlich zum Zerwürfnis. In der Hoffnung, den Stachel in seinem Pelz loszuwerden, entzog Poroschenko seinem Widersacher die ukrainische Staatsbürgerschaft. Da er seine georgische zuvor abgeben musste, ist Saakaschwili nun staatenlos. *MRK*



Bild: Imago



Retter, Spinner, Großmäuler

Wer die Wahrheit vor Enthüllung schützt, wie Schulz der Kanzler von Kuckuchsheim wurde, und was wir uns eigentlich einbilden / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Der bekannte und beliebte „Heute Journal"-Moderator Claus Kleber zieht in die Schlacht: „Rettet die Wahrheit" heißt seine eben gerade erschienene Streitschrift. Ach! Ausgerechnet Kleber? Stand der ZDF-Mann nicht mit an vorderster Front jener Leute, die jeden irgendwie über die Grenze Geschwappten pauschal als „Flüchtling" etikettiert haben, obwohl es sich bei einem Großteil um illegale Zuwanderer ohne Fluchtgrund handelte? Und wie war das mit den TV-Bildern, die uns immerfort süße Kinder zeigten, als vier von fünf Grenzübertretern in Wahrheit junge Männer waren?

Was die Bilder angeht, hat Kleber eine beeindruckend glatte Erklärung: Daran sei ja nicht er schuld, sondern die Kameraleute und Cutter, die den emotionalen Bildern wohl „nicht widerstehen" konnten, zitiert „welt.de" aus dem dünnen Büchlein. Daran erkennt man den wahren Helden und loyalen Kollegen: Wenn es ernst wird, schmeiß einen Mitarbeiter ins Feuer. Soll der doch für deine Fehler brennen!

Den Trick hatte schon Klebers ARD-Kollegin Anja Reschke drauf, als man ihr die manipulierende Bildauswahl unter die Nase rieb. Das Material komme halt von den Agenturen so rein und sie habe dann auch gar keine Zeit mehr, sich die Streifen vor der Sendung noch anzuschauen, wand sich die „Panorama"-Chefin sinngemäß heraus. Ja, das hektische Nachrichtengeschäft! Da mochte selbst der grantelnde Laie Nachsicht walten lassen.

Blöd nur: Die angekreidete Sendung war im Dezember ausgestrahlt worden, doch wer genau hinguckte, konnte auf den Bildern frühherbstliches Laub erkennen. Hektisches Nachrichtengeschäft? Reschkes Redaktion hatte allem Anschein nach monatelang gewühlt, bis sie endlich auf die „richtigen" Motive stieß.

Wir fragen uns, wovor Kleber die Wahrheit eigentlich „retten" will. Mit Blick auf das Werk des ZDF-Nachrichtenstars drängt sich die Antwort auf: vermutlich vor ihrer Enthüllung. Wir entsinnen uns der schrecklichen Zeit nach den Kölner Silvester-Exzessen. In den ersten Tagen war es noch gelungen, die Wahrheit unter der Decke zu halten. Dann aber spritzte sie mit penetranter Wucht an allen Ecken heraus. Und einer der Blamierten will heute also die Wahrheit retten. Na dann.

Immerhin hat man aus dem Köln-Desaster gelernt; heute sind sie im Einfangen entlaufener Wahrheiten viel geübter. So ist es zwar nicht länger zu verheimlichen, dass die Asylsucher auf den Wohnungsmarkt drängen und damit das vielerorts ohnehin schmale Angebot weiter verengen. Monika Miller von der Fachstelle Asyl in Ludwigsburg wickelt das aber in die bezaubernde Formulierung: „Flüchtlinge werden auf dem Wohnungsmarkt als Konkurrenz wahrgenommen."

> Asylsucher sind gar keine Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt, das nehmen wir nur so wahr!

Also nicht etwa, dass sich die Einheimischen mit den Asylsuchern tatsächlich um das knappe Wohnungsangebot balgen müssten, weil jede vorhandene Bleibe eben nur einmal vergeben werden kann. Nein, wir nehmen das nur so wahr, weil unsere Einstellung nicht mehr stimmt, seit die erhoffte Immobilie an die neulich nachgezogene Familie aus dem Orient gegangen ist.

Falls die SPD am 24. September unter die Fünf-Prozent-Hürde kracht, würde Frau Miller vermutlich formulieren, dass die parlamentarische Vernichtung von den Sozialdemokraten bloß als Katastrophe „wahrgenommen" werde. Mehr nicht.

Soweit wird es kaum kommen. Trotzdem könnte das SPD-Resultat stockfinster ausfallen, trüber gar als im Elendsjahr 2009, als die Sozis mit 23 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit Gründung der Bundesrepublik wegstecken mussten. Martin Schulz arbeitet daher bereits eifrig an seiner „Wahrnehmung" der Wirklichkeit, genauer gesagt: Er schaltet sie ab.

Weil die Wirklichkeit allzu garstig ausfällt, ist der aussichtslose Kanzleranwärter nach Wolkenkuckucksheim umgezogen. Dort ist Schulz schon Regierungschef, die Großen des Reiches ziehen in einer „Prozession Richtung Willy-Brandt-Haus" (O-Ton Schulz!), um aus seiner Hand ihre Posten zu empfangen. Merkel dürfe unter ihm Vizekanzlerin werden, konzediert der Kanzler von Kuckucksheim in seiner Huld.

Die Journalisten der Berliner Pressekonferenz vergangenen Montag, auf der Schulz diese irre Phantasie hinaustrompetete, konnten ihr Grinsen nur mühsam unterdrücken. Anwesende SPD-Genossen werden ihrem entrückten Kandidaten verzweifelt signalisiert haben: Martin, komm wieder zu dir!

Von der hässlichen Wirklichkeit umzingelt, stieg er glücklicherweise aus den Wolken herab und räumte ein, vielleicht ziehe die Prozession ja auch zum Adenauer-Haus. Für diesen Fall empfahl er sich übergangslos als Minister unter Merkel. Nach diesem aufgekratzten Hin und Her war klar, dass der Mann sein Navi an der letzten Kreuzung verloren hat.

Aber immerhin erlebt Schulz noch wache Momente, in denen er in der Realität vorbeischaut, wo er schlagartig bemerkt, dass ihm das Wasser bis zum Hals steht. Folgerichtig schiebt er sich dann mit heftigen Ruderbewegungen in Richtung von Merkels Regierungsbank.

Wie sich die Deutschen am Sonntag in einer Woche entscheiden werden, ist ganz gegen unsere pessimistischen Erwartungen noch spannend geworden. Wie tief werden SPD und Grüne schließlich fallen? Kann die Linkspartei ihr Ergebnis halten, die FDP ihres sogar verdoppeln? Wird die AfD zweistellig? Alles interessante Fragen, nur das Abschneiden der Schwarzen ödet ein wenig, weil die sowieso vorne sein werden.

Das ist die Stelle für Sätze mit Bart wie „Der Wähler, das unbekannte Wesen". Heerscharen von Meinungsforschern durchstreifen unsere Reihen, um herauszukriegen, wie wir wirklich ticken. Und kommen zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen: Die einen sehen es überall gefährlich rumoren, die anderen finden die Deutschen selbstbewusst und gelassen wie seit dem Ersten Weltkrieg nicht mehr. Diese irritierende innere Unruhe, die uns Deutsche das ganze 20. Jahrhundert hindurch gequält habe, die sei entschwunden, sagen Wissenschaftler von drei Einrichtungen, darunter das bekannte Institut für Demoskopie Allensbach. Die Allensbacher sollten es wissen, sie sind die Dinosaurier unter den deutschen Meinungsforschern. Gegründet 1948, haben sie den Leuten schon auf die Finger geschaut, da war die Bundesrepublik noch gar nicht gegründet.

Unser gestärktes Selbstbewusstsein drücke sich unter anderem in unserem Freiheitswillen aus. Vor die Frage gestellt, was uns wichtiger sei, Freiheit oder Gleichheit, entscheide sich eine so deutliche Mehrheit für die Freiheit wie seit vielen Jahren nicht mehr, haben die Forscher ermittelt.

Na, das ist doch mal eine tolle Nachricht, was? Nicht ganz, so die Wissenschaftler. Mit dem gewachsenen Freiheitsgefühl nähmen sich die frechen Deutschen nämlich auch allerhand gegenüber den Mächtigen heraus, was sie sich früher nicht so getraut hätten. „Die deutliche Zunahme der Verächtlichmachung der Politik ist bedenklich", sorgt sich eine beteiligte Forscherin.

39 Prozent der 1437 Befragten meinten nämlich, dass Politiker keine Ahnung hätten und dass sogar sie selbst, die Bürger, deren Arbeit besser machen könnten.

Was für aufgeblasene Würstchen! Glauben die wirklich, sie hätten beispielsweise die Kompetenz, eine weltweit beneidete, harte Währung im Handumdrehen durch ein dauerkriselndes Monster namens Euro zu ersetzen? Also wirklich, dazu gehört einiges mehr als der sogenannte Grundverstand. Nämlich ein Ausmaß an Verblendung und Größenwahn, das der einfache Bürger auf der Straße niemals aufbringt.

Oder die Grenzen unkontrolliert zu öffnen für zwei Millionen Menschen aus der gefährlichsten Ecke der Welt? Nur wer wahrlich apokalyptisch denkt, kriegt sowas hin. Dazu sind wir kleinen Heinis doch gar nicht imstande.

MEINUNGEN

***Alexander Wallasch** hat sich für „Tichys Einblick" (6. September) die **TV-Runde** mit Marietta Slomka angesehen und beschreibt den Moment, nachdem die AfD-Politikerin **Alice Weidel** aus Protest das Studio verlassen hatte:*

„Können wir nicht aufrücken? Dann schließen wir die Reihen', flüstert Heiko Maas zu Trittin. Besser hätte er sein Begehren tatsächlich nicht ausdrücken können. ‚Rücken sie ein bisschen auf?' bittet also Slomka folgsam die Runde. ‚Jetzt wird's gemütlich!', freut sich Andreas Scheuer. Und mehr muss man dazu dann eigentlich auch nicht mehr sagen zu dieser Sendung."

*Die Schriftstellerin **Cora Stephan** wundert sich, warum den Deutschen **Angst vor Eiern und Diesel** gemacht wird, während sie den **Terror** gleichsam **hinnehmen** sollen. In der „Neuen Zürcher" (9. September) gibt sie sich aber optimistisch, dass wir den Betrug durchschauen:*

„Ich glaube nicht, dass ‚die Deutschen' spinnen. Mir scheint vielmehr, dass die volkspädagogischen Kampagnen von Politik und Medien an ihr natürliches Ende gelangt sind ... Längst hat sich der Lebensalltag vieler Menschen in Ländern mit wachsendem Migrationsdruck und muslimischen Parallelwelten zum Unguten verändert. Dass Politik dagegen nichts unternehmen könne, weil das alles die natürliche Folge der Globalisierung sei, glaubt eine Mehrheit der Bevölkerung schon längst nicht mehr."

***Wolfram Weimer** versucht auf „ntv.de" (5. September), das Erfolgsrezept von **Christian Lindner** zu entschlüsseln:*

„Er ist – genau wie Robert Habeck bei den Grünen und wie Jens Spahn bei der CDU – ein Politiker mit Mut zur Autonomie, zum Querdenkertum. Er verkörpert damit eine neue Generation, die weniger gestanzt und ideologisch analog, sondern geistig vernetzt und digital variantenreich daherkommt."

***Thomas Rietzschel** beschreibt im Portal „Achse des Guten" (9. September), wie der **„Kampf gegen Rechts"** die **Demokratie unterhöhlt**:*

„Die Demokratie ergibt sich erst aus dem souveränen Neben- und Gegeneinander selbstbewusster Parteien, linker, liberaler und rechter. Wird hingegen ein ganzer Flügel propagandistisch ausgegrenzt, indem alle – auch die traditionell rechts Angesiedelten – sich im ‚Kampf gegen Rechts' verbünden, ist mit der Demokratie kein Staat mehr zu machen. Sie mutiert unversehens zu der ‚sozialistischen Demokratie' nach ostdeutschem Vorbild."

***Ramin Peymani** ärgert sich auf seinem Blog „peymani.de" (11. September) über die **Berichterstattung** zu den Vorgängen in **Birma** (Myanmar):*

„Sie (die Rohingya) haben sich zunehmend radikalisiert und werden inzwischen von ultrakonservativ-sunnitisch geprägten Ländern wie Saudi-Arabien und Pakistan unterstützt, die mit dem ‚IS' paktieren. In diesem Land möchte ich Journalisten sagen hören, dass Myanmar zwar weit entfernt von einer Demokratie ist, aber jedes Recht und die Pflicht hat zu verhindern, dass sich eine radikal-religiöse Gruppierung eines Teils des Staatsgebietes bemächtigt."